

**Freie Universität Berlin**

**Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften**

**Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft**

**Arbeitsstelle Europäische Integration**

# **Masterarbeit**

Die Europäisierung der Interessenvertretung staatlicher Kultureinrichtungen im  
Mehrebenensystem der Europäischen Union

**Erstkorrektor und Betreuer:**

Dr. Andreas Hofmann

**Zweitkorrektor:**

Prof. Dr. Tobias Hofmann

Berlin, den 13.05.2021

Verfasser der Arbeit:

Kevin Hanschke  
M.A. European Affairs / Politikwissenschaft

Mindestwortanzahl: 15.000

Anzahl der Wörter: 16.900

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text verallgemeinernd das generische Maskulinum verwendet. Diese Formulierungen umfassen gleichermaßen weibliche und männliche Personen, alle sind damit selbstverständlich gleichberechtigt angesprochen.

## **Abkürzungsverzeichnis**

BKM – Bundesbeauftragte für Kultur und Medien

CIGS – Comparative Interest Group Survey

DBV – Deutscher Bühnenverein e.V.

DEI – Domestic Encompassing Interest

DG EAC – Generaldirektorat für Kultur

DMB – Deutscher Museumsbund e. V.

EBLIDA – European Bureau of Library, Information and Documentation Associations

ECJ – European Court of Justice

EEI – European Encompassing Interest

EFA – European Festivals Association

EG – Europäische Gemeinschaft

EK – Europäische Kommission

ENC – European Networks of Culture

EP – Europäisches Parlament

ETC – European Theatre Convention

EU – Europäische Union

EUFA – European Festivals Academy

EUV – Vertrag über die Europäische Union

EWG – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

EYCS – Rat der EU für Bildung, Jugend Kultur und Sport

MdB – Mitglied des Bundestags

MdEP – Mitglied des Europäischen Parlaments

MLG – Multi-Level-Governance

NGO – Nichtregierungsorganisation

OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

OMK – Offene Methode der Koordinierung

PEARLE – Performing Arts Employers Associations League Europe

ROI – Return of Investment

UNESCO – United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

VoC – Voices of Culture

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1. Einleitung</b>	<b>4</b>
1.1. Kontext, Aktualität und Relevanz	4
1.2. Theoretische Grundlagen	5
1.3. Untersuchungsgegenstand und Methodik	7
1.4. Aufbau	7
<b>2. Forschungsstand zur Europäisierung und Interessenvertretung</b>	<b>7</b>
2.1. Theorieansätze zur Europäisierung in der Interessenvertretung	8
2.2. Theorie über den Austausch von Ressourcen	12
2.3. Kritik an der Theorie des Ressourcenaustauschs	16
2.4. Theorieansätze zur Strategie von Interessenorganisationen	16
2.5. Kulturpolitik und Interessenvertretung im Kulturbereich in der EU	20
2.6. Kulturlobbying und der CIGS	25
2.7. Forschungsdesign und Annahmen	27
<b>3. Qualitative Interviews und qualitative Analyse</b>	<b>29</b>
3.1. Methodische Herangehensweise	29
3.2. Fallauswahl	31
3.3. Interviewfragebogen	36
3.4. Ablauf der Interviews	38
<b>4. Qualitative Analyse der Interviews und Resultate der Untersuchung</b>	<b>38</b>
4.1. Ursachen und Gründe für die Europäisierung	41
4.2. Strategiewahl	47
4.3. Kanal der Interessenvertretung	51
4.4. Art der Informationen im Austausch für Zugänge	54
4.5. Zeitpunkt der Interessenvertretung	56
<b>5. Schlussbetrachtungen</b>	<b>57</b>
<b>6. Literaturverzeichnis</b>	<b>63</b>
<b>7. Abbildungsverzeichnis</b>	<b>71</b>
<b>8. Anhang</b>	<b>71</b>
8.1. Annex 1 – Beschreibung der untersuchten Interessenorganisationen	71
8.2. Annex 2 – Ausformulierte E-Mail (englische und deutsche Sprache)	76
8.3. Annex 3 – Interviewfragebogen (deutsche Sprache)	78
8.4. Annex 4 – Interviewfragebogen (englische Sprache)	80
8.5. Annex 5 – Tabelle mit Interviewzitat	81

## 1. Einleitung

### 1.1. Kontext, Aktualität und Relevanz

Mehr als 13.000 Einträge zählt das Transparenzregister der europäischen Institutionen in Brüssel. Damit ist das inoffizielle Zentrum der EU nach Washington D.C. der zweitgrößte Schauplatz von Interessenvertretungen in der Welt. Einige Integrationsforscher sprechen gar von einer „Explosion“ der Lobbyingaktivitäten in der EU (Berkhout und Lowery 2010: 449 f.). Diese Entwicklung hat sich auch in der Forschung niedergeschlagen. In den letzten zwanzig Jahren entstand eine Vielzahl von Grundlagenwerken, die sich mit der Europäisierung von Interessenvertretung auseinandersetzen (Klüver 2012: 1 ff.; Hofmann 2017: 279 ff.). Dennoch finden sich Lücken in der EU-Lobbyismusforschung, denn häufig stehen die besonders integrierten Politikfelder, vor allem die Wirtschafts- und Finanzpolitik und die damit verbundenen Interessenorganisationen, im Mittelpunkt (Bunea und Baumgartner 2014: 1412 ff.). Obwohl öffentliche Interessengruppen rund ein Fünftel der gesamten Interessenorganisationen in der EU ausmachen (Greenwood und Webster 2000: 63 ff.; Michalowitz 2007: 59), fokussieren nur wenige Arbeiten solche Vereinigungen und Politikbereiche, die in geringerem Maß im Mehrebenensystem der EU integriert sind und in denen die europäischen, supranationalen Institutionen nur subsidiäres Mitbestimmungspotenzial haben (Greenwood 2003: 1 ff.).

Eines dieser Politikfelder ist die Kulturpolitik und das Verbandswesen, das sich in den letzten zwanzig Jahren dort entwickelt hat. Dies ist erstaunlich, da die Europäische Kommission die Kulturretats, insbesondere die Förderprogramme „Creative Europe“ und „Media“, fortlaufend vergrößert hat und der Dialog mit den Akteuren der Kultur- und Kreativindustrie ausgeweitet wurde. Daneben wird im Arbeitsplan der EU-Kommission, der „European Agenda for Culture“ von 2018 und in der Neuauflage des Programms „Creative Europe“, von der Bedeutung der Kreativindustrie für die zukünftige EU-Ökonomie gesprochen (Europäische Kommission 2019c). Damit verbunden hat auch die Zahl der Interessenorganisationen im Kultursektor auf europäischer Ebene zugenommen. Kulturpolitik ist auf der europäischen Ebene ein Politikfeld, das maßgeblich von Soft-Power-Instrumenten wie dem strukturierten Dialog mit der Zivilgesellschaft, der Offenen Methode der Koordinierung und der Fördermittelverteilung durch Programme wie „Creative Europe“ geprägt ist (Europäische Kommission 2019a). Die Existenz von Organisationen wie *EUNIC*, dem Europäischen Verband der nationalen Kulturinstitute, der *European Theatre Convention* oder dem *Europäischen Museumsbund* verdeutlicht, dass jeder staatliche Kultursektor durch einen europäischen Dachverband abgedeckt wird (Brennert 2014: 2). Dennoch gibt es bis heute kaum Forschung zu den Strategien dieser öffentlichen

Institutionen im Kontext der Interessenvertretung. Interessenforscher betonen allerdings die Relevanz der Analyse von Interessenorganisationen in weniger integrierten Politikfeldern zur Generierung eines ganzheitlichen Verständnisses von Struktur, Strategie und Ressourcen im System der europäischen Interessenvertretung (Michalowitz 2007: 61 ff.). Daneben fehlt es bisher an wissenschaftlichen Arbeiten, die sich mit Organisationen auseinandersetzen, die schwächere Interessen vertreten und weder rein wirtschaftlich noch als soziale Bewegungen agieren (Michalowitz 2007: 62 ff.).

Aus diesen Gründen setzt sich diese Arbeit mit dem Thema der Interessenvertretung von Kulturinstitutionen im Mehrebenensystem der EU auseinander.

Die Forschungsfrage lautet dementsprechend: **Wieso hat sich die Interessenvertretung von staatlichen Kultureinrichtungen europäisiert und welche Strategien wenden diese Institutionen zur Interessenvertretung im Mehrebenensystem der Europäischen Union an?**

## **1.2. Theoretische Grundlagen**

Die Grundlagen der Arbeit liefern die Theorieansätze zur Europäisierung von Interessenvertretung, die Ressourcenaustauschtheorie, die „Theory of Access“ und das Konzept der „Multi-Level-Governance“, das die EU und die Policy-Prozesse innerhalb des EU-Gefüges als Mehrebenensystem beschreibt. Diese Theorieansätze eignen sich besonders gut zur Analyse, weil sie die Akteure im Policy-Making-Prozess im Fokus haben. Mit dieser Akteurszentrierung liefern sie Erklärungsansätze für die Europäisierung und definieren die strategischen und institutionellen Aktivitäten (Michalowitz 2014: 21 ff.; Marks 1997: 20 ff.). Die Ressourcenaustauschtheorie beschreibt Interessenorganisationen als nutzenmaximierende Akteure, die mit unterschiedlichen Arten von Informationen ausgestattet sind (Bouwen 2002: 368 ff.). Diese Expertise wird von den Entscheidungsträgern benötigt, um bestmögliche Outputs zu generieren und politische Entscheidungen gegenüber verschiedenen Interessengruppen zu legitimieren. Damit Interessengruppen dieses Wissen bereitstellen, erhalten sie von den politischen Institutionen Zugänge zum Entscheidungsprozess und dem politischen Betrieb. Sie können dadurch ihre Einflussmöglichkeiten ausweiten und ihre Repräsentationsfunktion gegenüber ihren Mitgliedern legitimieren (Bouwen 2002: 370). Die ökonomische Beschreibung von Interessenvertretung soll im Bereich der Kulturpolitik überprüft werden, da in diesem Politikfeld einige Faktoren abweichend zu anderen Politikfeldern sind. Dazu gehören der hohe Anteil öffentlicher Akteure, das große Maß an Soft-Power-Politik, die geringeren finanziellen und personellen

Ressourcen der Interessenvertreter und die ideellen Interessen, wie die Generierung von europäischer Öffentlichkeit oder die Schaffung einer kulturellen Identität (Brennert 2014: 10 ff.).

Europäisierung wird in der Interessenforschung häufig aus der sozialkonstruktivistischen Perspektive betrachtet (Michalowitz: 60 ff.). Ein weiteres Verständnis, bezogen auf die Akteure im Europäisierungsprozess, haben Beate Kohler-Koch und Michèle Knodt entwickelt. Sie beschreiben Europäisierung als die „Erweiterung des Wahrnehmungshorizontes und des politischen Handlungsraums um die europäische Dimension“ (Kohler-Koch 2000: 22).

Besonders für den Kultursektor ist das eine wichtige Feststellung, da sich die Verantwortlichkeit auf der nationalen Ebene abspielt, aber die Zunahme an politischen Entscheidungen und finanziellen Ressourcen auf dem EU-Level Aktivitäten auch auf dieser Handlungsebene notwendig werden lässt (Michalowitz 2007: 62). Gerade in den Politikfeldern, die schwächer integriert sind, ist es ein Ziel der EU-Kommission, europäische Expertise aufzubauen. Deshalb werden Interessenorganisation durch die Kommission kofinanziert (Michalowitz 2007: 60 ff.)

Die Strategiewahl, auf welcher Ebene und bezüglich welcher staatlichen und supranationalen Institution die Interessenvertretung stattfindet, hängt von unterschiedlichen Variablen ab. In der Interessenforschung haben sich mehrere Theorien zur Beschreibung der Strategiewahl durchgesetzt. Zum einen spielt die Art der Übermittlung einer politischen Botschaft eine Rolle, zum anderen der Kanal, also die politische Institution, Ebene oder der Entscheidungsträger, gegenüber denen ein Interesse artikuliert wird, und der Zeitpunkt im politischen Prozess, zu dem die Interessenvertretung stattfindet (Chalmers 2013: 39 ff.). All diese strategischen Entscheidungen werden durch mehrere Faktoren bestimmt, wie die Ressourcenausstattung, die Repräsentationslegitimität gegenüber ihren Mitgliedern, das Informationsbedürfnis und die Informationsnachfrage der politischen Institutionen (Dür 2018: 1214 ff.). Bezüglich des Mediums beschreibt die Interessenforschung drei Arten von Strategien: die direkte (access), die indirekte (voice) und die juristische „litigation“ (Beyers 2004: 211 ff.; Börzel 2006: 128 ff.).

Zur Strategiewahl lässt sich somit sagen, dass die **Ressourcenvariablen** Einfluss auf die **abhängige Variable** der Strategiewahl haben und diese **Strategievariable** wiederum Einfluss auf das Maß des Zugangs zum politischen Prozess als **Zielgröße** in der Interessenvertretung hat. Durch den Zugang zum politischen Prozess legitimiert eine Interessenorganisation ihre

Existenz und ihren Repräsentationsanspruch gegenüber ihren Mitgliedern und sorgt dafür, dass sie und ihre Mitglieder die gewünschten Ressourcen aus dem Politikprozess erhalten.

### **1.3. Untersuchungsgegenstand und Methodik**

Die Arbeit basiert auf der Annahme, dass öffentliche Kulturinstitutionen wie Museen, Theater, Orchester und Kulturinstitute als Akteure im politischen Prozess in Erscheinung treten und eigene Interessen besitzen, die sie gegenüber politischen Institutionen artikulieren (Hall 2005: 227 ff.). Diese Hypothese soll anhand einer qualitativen Analyse leitfadengestützter, semi-strukturierter Interviews überprüft werden. Insgesamt zwölf Interviewpartner wurden anhand eines Samplingkatalogs herausgefiltert, der auf Basis der theoretischen Annahmen, der Vermessung des Forschungsgebietes und der Ergebnisse des Comperative-Interest-Group-Survey entwickelt wurde (Beyers et al. 2014: 174 ff.). Im Mittelpunkt der Interviews stehen europäische und nationale Verbände sowie Kulturinstitutionen, die Mitglied in solchen Organisationen sind und somit Interessenvertretung betreiben. Ein Drittel der Interviews wurde mit Verbandsgeschäftsführern der europäischen Dachverbände geführt, ein weiteres Drittel mit den Geschäftsführern nationaler Kulturverbände und das letzte Drittel mit Vertretern aus den Kulturinstitutionen.

### **1.4. Aufbau**

Nach der Einleitung sollen im zweiten Kapitel der Arbeit zunächst die theoretischen Ansätze zur Europäisierung von Interessenvertretung und zur Strategie von Interessenorganisationen sowie die Ressourcenaustauschtheorie vorgestellt werden. Daneben wird der Forschungsstand zur Interessenvertretung im Feld Kulturpolitik dargestellt. Kapitel drei setzt sich mit der methodischen Vorgehensweise, dem Interviewleitfaden und der Fallauswahl auseinander. Zudem findet in Kapitel vier die qualitative Analyse der Interviews statt. Das Schlusskapitel reflektiert die Resultate und ordnet sie in einen kulturpolitischen Kontext ein.

## **2. Forschungsstand zur Europäisierung und Interessenvertretung**

Im Theoriekapitel der Arbeit werden zunächst die Theorieansätze zur Interessenvertretung, die Ressourcenaustauschtheorie und die Theorien zur Strategie von Interessenorganisationen vorgestellt und die Begriffe der Studie definiert. Im letzten Teil des Kapitels wird der aktuelle Forschungsstand zum Themenfeld Kulturpolitik und die Interessenvertretung im Kulturbereich der EU präsentiert und, zusammen mit der Vorstellung von Teilergebnissen des CIGS, Annahmen für die Forschungsfrage aufgestellt.



## **2.1. Theorieansätze zur Europäisierung in der Interessenvertretung**

### Der Begriff der Interessenvertretung

Eine einheitliche Definition für den Begriff der Interessenvertretung hat sich bisher nicht durchgesetzt (Straßner 2004: 19). Die Minimaldefinition besagt, dass eine Interessenorganisation die Interessen einer gesellschaftlichen Gruppe vertreten soll (BPB 2009; Deutsches Wörterbuch 2020). Der Begriff „Lobbying“ entstand im 19. Jahrhundert in Großbritannien und ist abgeleitet von der Wandelhalle des Parlaments, in der Bürger bei den Abgeordneten um die Berücksichtigung ihrer Interessen baten (Michalowitz 2007: 19; Pfeifer 1995: 12; Clamen und Nonon 1991: 19). Die EK hat 2007 in einer Mitteilung erstmals eine Definition von Interessenvertretung veröffentlicht: „alle Tätigkeiten, mit denen auf die Politikgestaltung und den Entscheidungsprozess der europäischen Organe und Einrichtungen Einfluss genommen werden soll“ (Europäische Kommission 2007). Durch den Artikel 11 (EUV) des Vertrags von Lissabon ist die Interessenvertretung in der EU gesetzlich verankert (Europäische Union 2007).<sup>1</sup> Auch öffentliche Interessenorganisationen, wie Kulturverbände, fallen unter diese Definition (Europäischer Rat 2013).

### Das Mehrebenensystem der EU

Der Begriff des „Mehrebenensystems“ oder „Multi-Level-Governance“ wurde erstmals bezüglich der EG in den 1990ern von Hooghe und Marks (1996: 73 ff.) genutzt. Der Theorieansatz beschreibt die EU als politisches System, mit eigenen Institutionen, Strukturen und Normen (Jachtenfuchs und Kohler-Koch 2003: 18). Vertreter des MLG-Ansatzes betrachten die EU als Mehrebenensystem, in dem auf unterschiedlichen Ebenen Akteure im Politikprozess agieren. Nicht nur die Regierungen der Mitgliedsstaaten treffen die politischen Entscheidungen innerhalb der EU, sondern unterschiedliche Akteure innerhalb der Ebenen sind an den Entscheidungsprozessen beteiligt (Katscher 2012: 8 ff.). Zu diesen Akteuren gehören Interessenorganisationen, die sich in der nationalen und der europäischen Arena bewegen und sich transnational vernetzen (Marks 1997: 20; Marks und McAdam 1996: 249).

---

<sup>1</sup> Die ersten drei Absätze des Artikels regeln die Zusammenarbeit zwischen Interessenverbänden und den EU-Institutionen: „(1) Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen. (2) Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft. (3) Um die Kohärenz und die Transparenz des Handelns der Union zu gewährleisten, führt die Europäische Kommission umfangreiche Anhörungen der Betroffenen durch“ (Europäische Union 2007).

## Theorien zur Europäisierung

Seit der Gründung der EWG wird eine Vielzahl von Entscheidungskompetenzen auf die europäische Ebene übertragen. Zwar gehört die Kulturpolitik zu den weniger integrierten Politikfeldern, dennoch lassen sich Verschiebungen von Budgets und Entscheidungen zugunsten der europäischen Ebene beobachten (BPB 2020). Durch die Übertragung von Kompetenzen der Nationalstaaten auf die europäische Ebene mussten sich auch Interessenorganisationen an die neue Verteilung von Kompetenzen anpassen (Katscher 2012: 79). Organisationen nichtstaatlicher Natur, die politische Prozesse beeinflussen und Zugänge zu politischen Entscheidungsträgern generieren wollen, orientieren sich deswegen an den nationalstaatlichen Entscheidungsträgern und richten ihre Interessenvertretung an diesen aus. Zudem müssen sie für eine effektive und legitime Repräsentation von Interessen das politische Potenzial der EU-Institutionen beobachten und nutzen: „Interests always turn to where the power is“ (Kohler-Koch 1997: 2). Interessenorganisationen wählen als nutzenoptimierende Akteure die Ebene für ihre Aktivitäten, die die größtmögliche Effektivität in der Durchsetzung ihrer Interessen verspricht. Damit treiben sie die Europäisierung voran (Katscher 2012: 36).

Der durch die europäische Integration verursachte Anpassungsprozess wird als „Europäisierung“ von Interessenvertretung bezeichnet (Katscher 2012: 79). Der Begriff Europäisierung kann unterschiedlich definiert werden (Katscher 2012: 79 ff.). Dieser Arbeit liegt die Definition von Europäisierung als institutionelle, politische und intellektuelle Anpassung an die zunehmende Integration in Politikfeldern und in Gesetzgebungs-, Finanz-, und Entscheidungsprozessen zugrunde. Zu Vertretern dieses Ansatzes gehört Kohler-Koch, die bezüglich der Interessenvertretung den Begriff „Unionisierung“ zur Definition von Prozessen der Vergemeinschaftung in der EU und den Resultaten von politischen Entscheidungen auf der europäischen Ebene eingeführt hat (Kohler-Koch 2000: 12 ff.). Der Prozess der Anpassung kann sowohl auf der systemischen als auch auf der Akteurebene analysiert werden (Katscher 2012: 80). Vertreter letzterer betrachten den Vorgang der Europäisierung als Bottom-Up-Prozess. Diese Herangehensweise rückt die sozial-psychologischen Verhaltensweisen der am Politikprozess beteiligten Akteure ins Zentrum (Kohler-Koch 2000: 21). Die Grundannahme dabei ist, dass sich

*„(...) institutioneller Wandel nicht allein durch ausgehandelte Entscheidungen über Machtverschiebungen zwischen Regierungsebenen und zwischen Akteurskategorien vollzieht, sondern durch Veränderungen der die Institutionen konstituierenden Leitideen und Normen“ (Knodt 1998: 16).*

Die europäischen Institutionen stellen die Handlungsräume zur Verfügung, die von Interessenorganisationen genutzt werden können und dazu führen, dass sie ihr Verhalten anpassen (Knodt 1998: 17). In der Systemperspektive steht hingegen die Anpassung der politischen Systeme der Mitgliedsstaaten an die supranationale Entscheidungsebene im Zentrum (Schmidt 1999: 155 ff.; Börzel 1999: 573 ff.).

### Sozialkonstruktivismus als Ideengeber

Grundlage für diese Theorieansätze ist der sozialkonstruktivistische Ansatz zur Europäisierung von Claudio Radaelli, der unter Europäisierung

*„processes of (a) construction, (b) diffusion and (c) institutionalization of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, ‚ways of doing things‘, and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the EU policy process and then incorporated in the logic of domestic (national and subnational) discourse, political structures, and public policies”* (Radaelli 2004: 30)

versteht. Radaellis Konzept setzt sich aus zwei Stufen zusammen: In der ersten orientieren sich die nationalen Akteure (auch Interessenorganisationen) an den europäischen Institutionen und passen sich diesen kognitiv und sozial an. Im zweiten Schritt übertragen sie die daraus gezogenen informellen und formellen Normen in das nationale politische System (Radaelli 2004: 30 ff.).

Erweitert wurde dieser Theorieansatz durch Kohler-Koch und Knodt, die die Europäisierung als das Resultat von strategischen Entscheidungen von Akteuren betrachten (Kohler-Koch et al. 2004: 177). Europäisierung ist dort als „Erweiterung des Wahrnehmungshorizontes und des politischen Handlungsraums um die europäische Dimension“ zu verstehen (Kohler-Koch 2000: 22). Diese Begriffsdefinition wird um die Komponente des MLG-Systems ergänzt, an dessen Gegebenheiten sich die Interessenorganisationen ebenfalls anpassen: „Die speziellen Auswirkungen des Mehrebenen-Charakters der EG/EU werden als zusätzliche Komponente eines Europäisierungsprozesses angeführt“ (Knodt 2000: 238). Interessenorganisationen müssen sich auf die Interaktion mit den unterschiedlichen Levels des Mehrebenensystems einlassen (Knodt 2000: 238). Akteure, die sich europäisieren, nutzen in diesem Mehrebenensystem nicht nur die Möglichkeiten zur Interessenvertretung auf der nationalen Ebene, sondern auch die europäischen Repräsentationswege (Katscher 2012: 81). Wichtig dabei sind deren Strategien, Ressourcen, Motivationen und Fähigkeiten, sich zu europäisieren (Katscher 2012: 81).

## Das Spannungsfeld von Korporatismus und Pluralismus

In der Forschung wurden die zwei Modelle zur Interessenvertretung – der Korporatismus und der Pluralismus – zur Erklärung des Repräsentationssystems auf der europäischen Ebene herangezogen. Ziel der EG nach den Römischen Verträgen und der Gründung im Jahr 1958 sei es gewesen, ein korporatistisches Modell der Interessenvertretung aufzubauen, mit wenigen Interessenorganisationen, die wirkmächtig Interessen repräsentieren, eng an die politischen Institutionen gebunden sind und das von den EU-Institutionen benötigte Expertenwissen bereitstellen (Streeck und Schmitter 1991: 16 ff.; Dialer und Richter 2014: 1 ff.).

Einige Forscher sprechen davon, dass die EU-Institutionen einen Neokorporatismus mit Wechselbeziehungen zwischen Interessenvertretern und den Institutionen anstreben, aber auch dieser empirisch nicht festzustellen sei (Streeck und Schmitter 1991: 159). Eher zeigt sich, dass die Anzahl der Organisationen stetig zunimmt, wodurch sich eine Fragmentierung zugunsten individueller Interessen entwickelt (Streeck und Schmitter 1991: 159 ff.). Doch auch die EU-Institutionen hätten zu diesem Zustand beigetragen, indem sie schwächere Interessen unterstützen und somit auch Interessenakteure auf den Markt bringen, insbesondere in Politikfeldern, in denen die EU-Institutionen nur mit wenigen Kompetenzen ausgestattet sind (Streeck und Schmitter: 134 ff.). Das gilt auch für den Kulturbereich, weswegen ein Großteil der Interessenorganisationen im Feld der Kulturpolitik durch die EU kofinanziert wird. All diese Faktoren sorgen dafür, dass sich kein Neokorporatismus entwickelt, sondern die pluralistischen Tendenzen mit diesen Eigenschaften zunehmen:

*„more organizationally fragmented, less hierarchically integrated, more internally competitive, and with a lot less control vested in peak associations over its affiliates or in associations over its members“* (Streeck und Schmitter 1991: 136).

Daneben sind einige Forscher der Ansicht, dass sich diese pluralistische Tendenz im Laufe der EU-Integration immer mehr zu einem Mixed-Economy-Modell entwickeln würde, also ein „disjointed Pluralism“ mit „competitive Federalism“ (Streeck und Schmitter 1991: 135 ff.), in dem nicht nur die Einzelinteressen im Wettbewerb zueinanderstehen, sondern auch die verschiedenen Ebenen der Politik (Streeck und Schmitter 1991: 159). In diesem Modell gibt es keine Vertretungsmonopole, sondern eine Vielzahl von Akteuren, die gegeneinander agieren und aufgrund ihrer Strategiewahl und Ressourcenverwendung Zugänge zu den politischen Institutionen gewinnen. Der Status der Interessenorganisationen ist dadurch unsicherer und instabiler geworden (Streeck und Schmitter 1991: 159 ff.).

## **2.2. Theorie über den Austausch von Ressourcen**

Die europäischen Institutionen holen sich aufgrund von Ressourcen- und Personalmangel Unterstützung von Experten aus Interessenorganisationen, um damit die Qualität und die Output-Legitimität von Gesetzesvorlagen und Regulierungsvorschlägen zu erhöhen (Streeck und Schmitter 1991: 133 ff.). Die Zunahme an Kompetenzen der EU-Institutionen und der geringe Personalbestand sorgen dafür, dass Interessenvertreter auf der europäischen Ebene benötigt werden (Streeck und Schmitter 1991; 137 ff.).

Bouwen gehört zu den Vertretern der Ressourcenaustausch-Theorie. Der Schwerpunkt seiner Studien liegt auf „corporate and business interests“ (Bouwen 2002: 365 ff.; Bouwen 2004: 337 ff.). Ihm zufolge nutzen private Interessenorganisationen verschiedene Kanäle zur Einflussnahme auf den politischen Prozess im Mehrebenensystem der EU (Bouwen 2002: 365 ff.). Seine „Theory of access“, schafft die Möglichkeit, Lobbyingaktivitäten zu analysieren. Wie die „Theory of resource exchange“ fußt sie auf den Ansätzen der Pluralismustheorie (bezüglich der Pluralität der Interessengruppen und der Information als Währung in der Arbeit mit Entscheidungsträgern) und den Ansätzen des Neokorporatismus (bezüglich des Austauschs von Ressourcen und dem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis) (Bouwen 2002: 368 ff.). Die Idee des Austauschs besagt, dass politische Institutionen und Entscheidungsträger in EU-Kommission, -Parlament und -Rat aufgrund ihres begrenzten Personal- und Expertenpools Expertise und Information von Interessenorganisationen benötigen. Nur so können sie zielgerichtete und legitime politische Entscheidungen treffen und ihre institutionelle Rolle erfüllen (Bouwen 2002: 368).

Die Interessenorganisationen erhalten ihre Existenzberechtigung und Legitimität gegenüber ihren Mitgliedern dadurch, dass sie ihnen Zugänge zum politischen Prozess und den Entscheidungsträgern ermöglichen. Sie sind daher auf politische Institutionen angewiesen, die diesen Zugang herstellen können. Interessenorganisationen müssen dabei die richtige Strategie und den passenden Kanal wählen, um ihre politischen Botschaften zu vertreten. Dafür führen sie „Cost-benefit-Analysen“ durch und evaluieren so die Erfolgspotenziale der Strategie und des Kanals (Bouwen 2002: 368 f.). Daraus folgt, dass Austauschbeziehungen zwischen Akteuren nur dann sinnvoll und nachhaltig sind, wenn beide Seiten vom Austausch profitieren. Interessenorganisationen müssen auf diese Art mit den Institutionen und Organisationen interagieren, weil sie sich nicht selbst reproduzieren, sondern zum Überleben auf Ressourcen angewiesen

sind, deren Verfügbarkeit und Verteilung durch diese Institutionen und Organisationen organisiert werden (Bouwen 2002: 368 ff.).

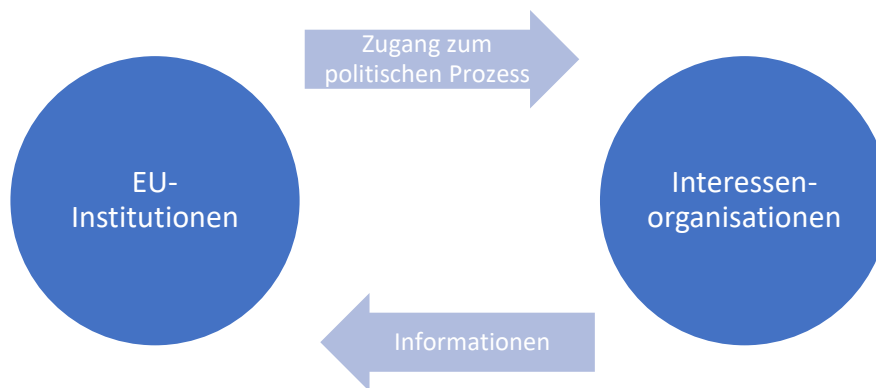


Abbildung 1 - Darstellung der Ressourcenaustauschtheorie nach Bouwen

### „Access goods“ als Austauschinstrumente

Die entscheidende Ressource für Interessenorganisationen ist der Zugang zu den europäischen Institutionen, um so Einfluss auf den politischen Prozess und Anteile bei der Verteilung finanzieller Mittel zu erlangen (Bouwen 2002: 368 ff.). Umgekehrt fragen die EU-Institutionen Ressourcen nach, die entscheidend für ihre Aufgabenbewältigung sind. Diese Ressourcen werden als „access goods“ bezeichnet (Bouwen 2002: 369 f.). Dies sind „(...) goods provided by private actors to the EU institutions in order to gain access. Each access good concerns a specific kind of information that is important in the EU decision-making process“ (Bouwen 2002: 370). Das zentrale Zugangsgut ist die Information. Drei verschiedene Austauschgüter werden unterschieden, die eine jeweils andere Art der Information übermitteln (Bouwen 2002: 369):

1. Expertenwissen von Einzelakteuren (Expertise und technisches Know-How)
2. Informationen über das „European Encompassing Interest“ (Bedürfnisse und Interessen eines ganzen Sektors in der europäischen Arena)
3. Informationen über das „Domestic Encompassing Interest“ (Bedürfnisse und Interessen eines ganzen Sektors in den nationalen Arenen) (Bouwen 2002: 369)

Die Ebene, auf der die Interessenorganisation und -aggregation stattfindet, und der von der Interessenorganisation ausgewählte Kanal bestimmen, ob es sich um ein EEI oder ein DIE handelt. Die „Encompassingness“, also der Umfang der Information, verbunden mit dem Grad der Repräsentation, zeigt an, wie legitim eine Interessenorganisation in ihrem Bereich Interessen vertritt (Bouwen 2002: 370 ff.). Die Interessenaggregation findet zwischen verschiedenen

Parteien statt, was zu einer Wechselwirkung führt. Je mehr Mitglieder eine Interessengruppe besitzt, umso stärker ist ihre Repräsentativität für ein Interesse, allerdings werden die Interessen als Botschaften durch mehr Mitglieder diffuser (Bouwen 2002: 372 ff.). Im Mehrebenensystem der EU ist dieses Wechselverhältnis von Bedeutung, da die europäischen Verbände oft über die nationalen Verbände aufgebaut sind, die wiederum eigene Mitglieder haben. Zudem existiert auch innerhalb eines Politikfeldes eine pluralistische Vielfalt an Einzelinteressen und -organisationen (Bouwen 2002: 370).

Zwei Variablen definieren demnach die „Encompassingness“ eines Interesses. Erstere ist die genaue Abgrenzung und Definition des Politikfeldes und Organisationsbereiches einer Interessengruppe, der darüber bestimmt, wie viele Mitglieder eine Organisation hat und die Vielfalt der Interessen innerhalb einer Organisation aufzeigt. Die Repräsentativität ist der zweite Faktor. Sie zeigt an, wie legitim die Vertretung der Organisation gegenüber den EU-Institutionen ist und wird dadurch bestimmt, wie eng die Bindung zwischen den Mitgliedern und der Interessenorganisation ist. Beide Variablen haben Einfluss auf den Grad des Zugangs, der einer Interessenorganisation zugestanden wird. Zugang wird besonders dann gewährt, wenn eine Organisation das kritische Zugangsgut besitzt, welches von keiner anderen Organisation bereitgestellt wird (Bouwen 2002: 370 ff.).

Daneben bestimmen drei Faktoren die Organisationsform, die Strategiewahl und den Umfang des Zugangs: Größe der Organisation, Strategie und nationales Umfeld. Kleinere Akteure sind wegen geringerer finanzieller und anderer Ressourcen in ihrer Strategiewahl deutlich determinierter als große Akteure. Die Organisationsform als Variable bestimmt, in welchem Umfang welche Art von Zugangsgütern zur Verfügung steht und zur Verfügung gestellt werden kann. Nicht nur die Qualität und Quantität der „Goods“ ist entscheidend, sondern auch die Schnelligkeit der Bereitstellung (Effizienz und Flexibilität) (Bouwen 2002: 373 ff.). Während Einzelakteure eher Expertenwissen bereitstellen, aggregieren Vereinigungen Interessen eines Sektors und stellen damit das EEI bzw. das DIE bereit (Bouwen 2002: 374 ff.).

#### Nachfrage der Europäischen Institutionen nach Informationen

Alle drei EU-Institutionen haben andere Bedürfnisse an Informationen. Dementsprechend treten die Interessenorganisationen unterschiedlich gegenüber den Institutionen auf. Die Rolle im legislativen Prozess der EU entscheidet maßgeblich, welche Institution für die Interessenorganisationen attraktiv ist:

<b>EU-Institutionen</b>	<b>Nachgefragte Informationen (Gewichtung nach Reihenfolge) und daraus resultierende Zugänge</b>
<b>Europäische Kommission</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Expertenwissen → Einzelakteure</li> <li>2. Informationen über das EEI → europäische Dachverbände</li> <li>3. Informationen über das DIE → nationale Dachverbände</li> </ol>
<b>Europäisches Parlament</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Informationen über das EEI → europäische Dachverbände</li> <li>2. Expertenwissen → Einzelakteure</li> <li>3. Informationen über das DIE → nationale Dachverbände</li> </ol>
<b>Ministerrat und Rat der EU</b>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Informationen über das DIE → nationale Dachverbände</li> <li>2. Informationen über das EEI → europäische Dachverbände</li> <li>3. Expertenwissen → Einzelakteure</li> </ol>

Die EK, ausgestattet mit dem Initiativrecht für Legislativvorlagen, ist die entscheidende Institution für die Lobbyarbeit vieler Verbände (Bouwen 2002: 379 ff.). Die Kommission benötigt das Expertenwissen und das EEI als Informationen von den Interessenorganisationen, um im technokratischen Legislativprozess adäquate Vorlagen zu erarbeiten und um gemeinsame europäische Interessen umzusetzen. Als Agenda-Setter repräsentiert die EK zudem die erste Stufe des Gesetzgebungsprozesses und ist als Zugangsinstitution besonders interessant für Interessengruppen (Bouwen 2002: 379 f.). Das DIE ist erst in der Endphase des EU-Gesetzgebungsprozesses für die EK notwendig, wenn die Kompromissfindung mit den nationalen Akteuren stattfindet (Bouwen 2002: 379 f.). Das EP hat mit seiner Rolle als Diskussionsforum für politische Fragen während des Legislativprozesses in der Interessenvertretung einen Bedeutungsgewinn erhalten. Das Parlament hat einen geringen Bedarf an Expertenwissen, muss allerdings die technischen Gesetzgebungsvorschläge der Kommission bewerten, weswegen das EEI



notwendig wird (Bouwen 2002: 380 f.). Alle MdEPs sind national gewählt und stellen das Scharnier zwischen der EU und den nationalen Interessen dar. Damit MdEPs wiedergewählt werden, brauchen sie Informationen über die Interessen ihrer nationalen Wähler (DEI). Deswegen ist es für die Interessenvertretung attraktiv, die Bedürfnisse und Präferenzen der Wähler bereitzustellen, um so Zugänge zu Parlament zu erlangen, aber auch die Unterstützung beim Wahlkampf für MdEPs zu liefern (Bouwen 2002 380 f.). Der Ministerrat der EU ist die Institution, welche am wenigsten von den Interessenvertretern auf der europäischen Ebene genutzt wird, weil die Interessenvertretung bei den Vertretern der nationalen Regierungen stattfindet. Der Rat kann die Vorschläge der Kommission auf verschiedenen Ebenen beeinflussen. Wichtig sind Informationen für den Aushandlungsprozess zwischen den Staaten (zunächst DIE, dann EEI) (Bouwen 2002: 381 f.).

### **2.3. Kritik an der Theorie des Ressourcenaustauschs**

Kritiker der Theorie zum Ressourcenaustausch bezeichnen diese als „fragmentiert“ und zu sehr auf die Nachfrage durch die politischen Institutionen und die Informationen als Ressource fokussiert. Zudem gibt es bisher kaum Ansätze, die die Angebots- und Nachfrageseite miteinander verbinden und sowohl die Ressourcenausstattung an Informationen und die Übermittlungsstrategie in Bezug setzen (Chalmers 2013: 43). Daneben wird kritisiert, dass sowohl die bisher erschienen theoretischen Arbeiten sich fast nur auf private Interessengruppen, also Unternehmen oder professionelle Verbandsstrukturen, beziehen würden und kaum „diffusere“ und „unstrukturiertere“ Interessengruppen, wie NGOs oder Bewegungen und deren Taktiken, miteinbeziehen (Eising 2007: 330 ff.; Kitschelt 1986: 57 ff.).

### **2.4. Theorieansätze zur Strategie von Interessenorganisationen**

Chalmers hat die Strategiewahl von Interessenorganisationen untersucht und daraus Ableitungen für die Entwicklung der Strategien im Lobbying auf europäischer Ebene entwickelt (Chalmers 2013: 39). Nicht die Art der Information ist entscheidend für die Zugängen zum politischen Prozess, sondern die Strategie und die Art der Informationsübermittlung, wie eine Botschaft an die politischen Verantwortlichen und die Öffentlichkeit herangetragen wird (Chalmers 2013: 40 ff.). Das Informationsangebot wird durch die Strategiewahl zum Beginn der Informationsübergabe bestimmt, die „tactics“ und der „type of information“ sind die beiden Variablen (Chalmers 2013: 40). Informationstaktik bezeichnet die strategische Veröffentlichung der Information. Interessengruppen nutzen verschiedenste Taktiken zur Informationsübermittlung, um die Salienz von Informationen zu erhöhen (Chalmers 2013: 41). Auch Chalmers ist,

ähnlich wie Bouwen, der Auffassung, dass Lobbying in der EU besonders durch die Wechselwirkungen des Informationsaustausches geprägt ist (Chalmers 2013: 41). Broscheid und Coen attestieren ebenso, dass in Brüssel „the key to lobbying success is not political patronage or campaign contributions, but the provision of information” (Broscheid und Coen 2002: 170). Michalowitz erweitert diese Betrachtungen über Unternehmensinteressen hinaus und attestiert staatlichen und NGO-Interessen ein ähnliches Vorgehen (Michalowitz 2004: 89). Dür und de Bièvre stellen fest, dass NGOs und öffentliche Interessen, sowie Interessenorganisationen, die mit geringeren finanziellen und strukturellen Ressourcen ausgestattet sind, Nachteile gegenüber unternehmerischen Interessen haben. Sie sind weniger attraktive Partner für die Institutionen, da sie nur in geringem Maße technische und rechtliche Experteninformationen anbieten und lediglich an allgemeine Prinzipien wie bspw. „soziale Gerechtigkeit“ appellieren können (Dür and de Bièvre 2007: 82).

### Arten von Strategien

„Inside“ (direkte) und „Outside“ (indirekte) -Strategien sind die Arten von Übermittlungsstrategien, hinzu kommt „Litigation“ als juristisches Instrument (Chalmers 2013: 42 ff.). Die beiden Strategiearten werden auch mit den Begriffen „Access“ und „Voice“ bezeichnet:

Arten von Strategien		
<p><b>Direkte Strategie</b> (Inside, Access)</p> <p>Telefonanrufe, E-Mailing, Termine mit Beamten und politischen Verantwortlichen, informelle Treffen, Partizipation in Gremien, Anhörungen, Expertengruppen</p>	<p><b>Indirekte Strategien</b> (Outside, Voice)</p> <p>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Konferenzen, Zusammenarbeit mit Kollaborationspartnern und Medien</p>	<p><b>Litigation</b></p> <p>Juristische Durchsetzung von Interessen durch den ECJ und nationale Gerichte</p>

Abbildung 2 - Arten von Strategien

### Indirekte Strategien

Outside-Strategien werden wie folgt beschrieben: „Outside tactics refer to interest groups mobilizing citizens outside the policymaking community to contact or pressure officials inside the policymaking community” (Kollman 1998: 3). „These tactics centre on using the media, launching public campaigns and even organizing public events (ranging from rallies to

conferences to cocktail parties)” (Chalmers 2013: 43). Outside-Strategien sind somit als Kommunikationsansätze zur Schaffung von Aufmerksamkeit zu verstehen, die sich um den politischen Prozess und Betrieb abspielen, aber nicht direkt mit ihm verbunden sind.

### Direkte Strategien

Unter Inside-Strategien versteht die Interessenforschung im Gegensatz dazu den direkten Kontakt mit Abgeordneten und politischen Verantwortlichen: „Inside tactics, involve a more direct form of contact between interest groups and decision-makers and usually refer to old-fashioned shoe-leather strategies like writing letters, making phone calls and face-to-face meetings” (Chalmers 2013: 43).

### Litigation

Als dritte Strategie wird Litigation, also die Durchsetzung von politischen Forderungen über die Gerichtsbarkeit der Europäischen Union oder der Mitgliedsstaaten genannt (Bouwen und Mccown 2007: 422 ff.). Diese spielt besonders in stärker integrierten Politikfeldern eine wichtige Rolle und wird als Strategie von Interessenvertretern immer häufiger angewandt. In schwach integrierten Feldern und im Kulturbereich spielt diese Strategie eine eher untergeordnete Rolle (Börzel 2006: 128 ff.; Vanhala 2009: 738 ff.)

### Wirksamkeit der Strategien

Beyers hat diese Betrachtung erweitert und festgestellt, dass Inside-Strategien besser für die Übermittlung von technischen und komplexen Informationen und effizienter in der Informationsübertragung gegenüber den politischen Verantwortlichen sind, da sie weniger Ressourcen benötigen und auch kaum Auswirkungen auf die Reputation einer Interessenorganisation haben (Beyers 2004: 211 ff., Beyers und Kerremans 2007: 460 ff.). Andere Autoren sind weniger kategorisch, was auch daran liegt, dass Outside-Strategien eine Vielzahl an Kanälen, Taktiken und Handlungen implizieren: „‘Protest politics’, according to Beyers, and ‘disruptive tactics’ according to Binderkrantz, are used infrequently and only by a minority of groups“ (Chalmers 2013: 43). Die Nutzung verschiedener Taktiken kann die Salienz einer Botschaft erhöhen, Indikator dafür sein, wie wichtig eine politische Botschaft für bestimmte Gruppen ist und die Identifikation und Bindung einer Interessenorganisation an eine politische Aussage aufzeigen (Potters und van Winden 1992: 269 ff.; Rasmusen 1993: 899 ff.).

Bezüglich der Informationen wird zwischen Expertenwissen und politisch salienten Informationen unterschieden. Erstere sind technische, wissenschaftliche, objektive und datenbasierte Informationen, die durch die Interessenorganisationen entwickelt werden (Ainsworth 1993: 41 ff.; Crawford und Sobel 1982: 1431 ff.), während der zweite Typus für den politischen Prozess und die demokratische Legitimität von Entscheidungen von Bedeutung ist, da er die Informationen darstellt, die die politische Unterstützung eines Politikresultates und die Ansprüche von Mitgliedern oder der Bevölkerung anzeigt (Chalmers 2013: 46 ff.).

Chalmers hat Strategiekategorien entwickelt, die die Taktiken von Interessenorganisationen aufzeigen sollen. Zu den fünf Inside-Strategien gehören: „face-to-face meetings; write a letter; write an email; make a phone call; and participate in the ‘open consultation’ process” (Chalmers 2013; 46 f.). Zu den Outside-Strategien gehören: „start a media campaign; organize a public event” (Chalmers 2013: 47). Er geht davon aus, dass das mehrfache Übermitteln einer Information auch zu einer Verbesserung der Zugänge führt (Chalmers 2013: 47). Bei der tatsächlichen Generierung von politischen Zugängen sei das Medium in der EU entscheidender als die Art der Botschaft selbst. Die Qualität der Informationen und die Vielfalt an Strategien spielen bei der erfolgreichen Zugangsgenerierung die wichtigste Rolle: „The frequent use of costly tactics (...) increases the persuasiveness, political salience, importance and even (perceived) reliability of information“ (Chalmers 2013: 52).

Viele Interessenorganisationen nutzen ein Framework zur Gestaltung von Lobbyingaktivitäten. Gleiche Inhalte würden zudem über mehrere Kanäle an die Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger übertragen, indem beispielsweise auch Inside- und Outside-Strategien miteinander vermischt werden (Chalmers 2013: 52). Die erfolgreichsten Interessenorganisation sind die, die beide Strategien kombinieren, besonders im Gegensatz zu Organisationen, die lediglich eine Strategie nutzen (Chalmers 2013: 54). Daneben gibt es eine Institutionalisierung direkter Strategien in der EU. Interessengruppen sind durch Sozialdialoge, Expertengremien und Ausschüsse über den Beratungsprozess direkt an den politischen Prozess gebunden (Chalmers 2013: 54). Für Interessenorganisationen, die nicht in diese institutionalisierte Systematik eingebunden sind, spielen die indirekten Strategien die entscheidendere Rolle:

*„Outside tactics, by contrast, remain beyond the pale of this institutionalization and thus retain a certain novelty and power. Launching media campaigns and hosting public events, even if only infrequently, become very important paths of access to the EU” (Chalmers 2013: 54).*

Dennoch sind Outside-Strategien auch für Verbände im System interessant: „Outside tactics are not ‘outside’ tactics. They are not (...) reserved for ‘those associations on the periphery of the political system’ and which are ‘disadvantaged in the policy process’” (Beyers 2004: 216). Lobbying hat sich zudem auf der europäischen Ebene professionalisiert: „Lobbying in the EU is less and less about shouting slogans and waving banners and more about approaching the policy-making process as policy experts and speaking the language of decision-makers” (Chalmers 2013: 54). Dies lässt sich auch in der Kulturinteressenvertretung beobachten: Der „Kulturbereich (galt lange) als eine Grauzone der Interessenvertretung, die auch aufgrund der habituellen Disposition der Kulturschaffenden interessenpolitisch kaum zugänglich schien“ (Brink 2018). Ein Wandel habe stattgefunden, der besonders durch „professionspolitisches“ und „solidarpolitisches“ Interesse ausgelöst wurde (Brink 2018).

## **2.5. Kulturpolitik und Interessenvertretung im Kulturbereich in der EU**

### Die Begriffsdefinition von Staatlichen Kultureinrichtungen und Kulturpolitik

Kulturpolitik wird von öffentlicher Seite und von Verbänden als „staatliches beziehungsweise kommunales Handeln im Bereich von Kunst und Kultur in Form ihres Schutzes und ihrer Förderung sowie der Sicherung und Gestaltung ihrer politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen“ (Wagner 2005: 74) definiert und um den Aspekt der Kooperation mit externen Akteuren erweitert: „Dies findet vielfach im Zusammenwirken mit Kultur- und Kunstverbänden, Kirchen und anderen gesellschaftlichen Organisationen statt“ (Wagner 2005: 74; Wiesand 2013). Der Begriff der Kultureinrichtung bezeichnet eine „öffentliche Institution, die kulturellen Zwecken dient, wie z. B. Bibliotheken, Gedenkstätten, Medienanstalten, Museen, Stiftungen, Theater“ (DWDS 2020; Heinrichs und Klein 2001: 179; Spektrum 2001; Senatsverwaltung für Kultur und Europa 2020). Der Arbeit liegt das Verständnis einer Kulturinstitution als öffentlich getragener bzw. geförderter Einrichtung zugrunde, die einem öffentlichen, kulturellen Zweck dient. Unter diese Definition fallen Museen, Theater, Bibliotheken, Archive, Opernhäuser, Orchester, Ballettkompanien und Kulturinstitute, nicht jedoch private Kulturinstitutionen, Unternehmen im Sektor der Kreativindustrie oder Medienunternehmen (BKM 2020; Wagner 2005: 74).

### Kulturpolitik als europäisches Politikfeld

Die Kulturpolitik auf der europäischen Ebene ist ein neues und wenig integriertes Politikfeld (BPB 2020). Ein Großteil der kulturpolitischen Entscheidungen findet in den Nationalstaaten und auf der regionalen Ebene statt. Dennoch nimmt die Bedeutung der europäischen

Institutionen bei der Gestaltung von Kulturpolitik zu (BPB 2020). Über den reinen Politikprozess hinaus spielt der Kultursektor im Selbstverständnis der EU eine Rolle, denn ganz im Sinne des europäischen Identitätsparadigmas versteht die EU Kultur als ein Mittel zur Schaffung von Inklusivität und Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsstaaten (Brennert 2014: 1 ff.). Um die Verbandsarbeit im Kulturbereich zu verstehen, ist es notwendig, die Konzepte und die historische Entwicklung der europäischen Kulturpolitik nachzuvollziehen (Brennert 2014: 5 ff.). Ebenso jung wie die Kulturpolitik als europäisches Politikfeld ist die Interessenvertretung im Kulturbereich (Brennert 2014: 6).

### Rechtliche Grundlagen der EU-Kulturpolitik

Obwohl der Kulturbegriff schon seit der Gründung der EG eine Rolle zur Verständigung, Kohäsion und der Identitätsfindung der Mitgliedsstaaten spielte und dessen Bedeutung in vielen Vertragsdokumenten erwähnt wird, hat die EU erst im Jahr 1992 mit dem Vertrag von Maastricht erste Kompetenzen im Politikfeld Kultur erhalten (Europäische Union 1992). Es entstand dennoch geringe rechtliche Kompetenz, denn mit dem Vertrag wurde das Subsidiaritätsprinzip eingeführt (Brennert 2014: 6).

Erst 2007, mit dem Vertrag von Lissabon, wurde das Feld der Kulturpolitik genauer bezüglich der Kompetenzen der europäischen Institutionen ausdefiniert und der EU Kompetenzen zugestanden, die flankierende gesetzliche, regulative und politische Vorschläge erlauben. Der Vertrag von Lissabon gilt nicht nur als Grundstein in der europäischen Kulturpolitik, er schuf auch die Möglichkeit für ein aktives „Policy Making“ im kulturpolitischen Bereich mit der Beteiligung privater und staatlicher Interessenorganisationen (Brennert 2014: 6 ff.; Europäische Union 2007).<sup>2</sup> Erstmals wurden auch Interessenorganisationen im Kultursektor in die Vertragsformulierung einbezogen (Brennert 2014: 6 ff.).

### Kulturpolitische Strategie der EU

Die Strategie zur EU-Kulturpolitik wird alle zehn Jahre neu aufgesetzt. Bis 2020 galt die „Strategie Europa 2020“. Die Strategiepapiere legen die politischen Ziele der EU fest, die in dem Zeitraum umgesetzt werden sollen (Creative Europe Desk Kultur 2020). Im Mai 2018 hat die

---

<sup>2</sup> In Artikel drei heißt es, dass die EU folgende Aufgaben wahrnimmt: „Sie wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas“ (Europäische Union 2007). Im Vertrag über die Arbeitsweise der europäischen Union heißt es zudem in Artikel 6, dass „Die Union ist für die Durchführung von Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Ergänzung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zuständig. (Europäische Union 2007). Dort wird somit die politische Handlungsfähigkeit der Europäischen Union im Politikfeld Kultur definiert.

EK die „New European Agenda for Culture“ verabschiedet (Creative Europe Desk Kultur 2020). Im Ministerrat für Kultur einigen sich die Mitgliedsstaaten im Vier-Jahres-Rhythmus auf Kultur-Arbeitspläne, in denen die Themen und Instrumente für die Kooperation im Kulturbereich vereinbart werden. Zwei Arbeitsinstrumente flankieren die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten, die OMK und der strukturierte Dialog (Creative Europe Desk Kultur 2020; Littoz-Monnet 2007:13 f.) Zu den Teilnehmern dieser strukturierten Dialoge gehören auch die befragten Institutionen und Interviewpartner, deren Meinungen im folgenden Kapitel vorgestellt werden. Als erfolgreichstes Politikinstrument haben sich die Finanzierungsprogramme und Fördermechanismen herausgestellt (Brennert 2014: 7 ff.).

### EU-Institutionen in der Kulturpolitik

Alle drei EU-Institutionen sind im Prozess zur Kulturpolitik beteiligt. Hauptakteur ist die EK mit dem *Generaldirektorat für Bildung, Jugend, Sport und Kultur (DG EAC)* und der dazugehörenden Exekutivagentur *EACEA* (Europäische Kommission 2020b). Das *DG* entwickelt die europäische Kulturpolitik und führt diese in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten aus. Zudem vergibt das *DG* über die *EACEA* die Fördermittel aus den Kulturprogrammen (Europäische Kommission 2020b). Das „Creative Europe“-Programm wurde im Jahr 2020 zum zweiten Mal erneuert und finanziert seit 2013 eine Vielzahl von Akteuren im Kultursektor (Brennert 2014: 7; Gehrt 2006: 5 ff.). Die Budgets haben sich zu jeder neuen Programmlinie erhöht, von 236,5 Mio. Euro für „Culture 2000“ (Gerth 2006: 7) zu 400 Mio. Euro für „Culture 2007-2013“ (EACEA 2013), 1,46 Mrd. Euro für „Creative Europe 2014-2020“ (Europäische Kommission 2019a) zu 2,2 Mrd. Euro für das neueste Programm „Creative Europe 2021-2027“ (Creative Europe Desk 2020).

Zudem entwickelt das *DG* Politik auf Basis wissenschaftlicher Erhebungen, Reports und Datensammlungen. Hauptaufgabe der Kommission ist es, Handlungsinstrumente auf Basis von strategischen Dokumenten zur kulturellen Zusammenarbeit und auf Basis der beschlossenen Leitlinien zu entwickeln. Damit ist sie die Exekutive im kulturpolitischen Prozess und hat das Gesetzesvorschlagsrecht im EU-Gesetzgebungsprozess (Europäische Kommission 2020b).

Die Zusammenarbeit mit den Regierungen der Mitgliedsstaaten erfolgt über den Ministerrat der EU, insbesondere den *Rat der EU für Bildung, Jugend Kultur und Sport (EYCS)* (Europäische Kommission 2020a). Im EU-Parlament setzt sich der *Ausschuss für Kultur und Bildung* mit den kulturpolitischen Themen auseinander (Europäische Kommission 2020a).

### Der Dialog mit dem Kultursektor

Weiterhin ist der Dialog mit dem Kultursektor ein Bestandteil der Arbeit der EU. Aufgrund von begrenzten personellen Ressourcen und dem Fehlen von Informationen steht die EU-Kommission im Austausch mit Organisationen des Sektors. Daneben spielt die Idee, Partizipationsmöglichkeiten und den demokratischen Prozess zu stärken, sowie Legitimität zu schaffen eine wichtige Rolle (Creative Europe Desk Kultur 2020). Aus diesem Grund organisiert die EU-Kommission das „European Culture Forum“, das Entscheidungsträger und Akteure des Kulturbetriebs zur Diskussion von kulturpolitischen Themen zusammenbringt (Europäische Kommission 2020a).

Ein weiteres Element in der Zusammenarbeit mit dem Kultursektor ist der strukturierte Dialog mit der Zivilgesellschaft. Der Dialog ist ein Framework zum Austausch zwischen der EK und den Akteuren im Sektor. Ziel des Programms ist es, die „advocacy capacity“ auf der europäischen Ebene zu stärken (Europäische Kommission 2020a). Daneben will es den Dialog zwischen politischen Institutionen und europäischen Verbänden vertiefen und die fragmentierten Interessengruppen im Kulturbereich zu Kollaborationen anregen. Seit 2015 wird der strukturierte Dialog mit dem Programmnamen „Voices of Culture“ durchgeführt (Europäische Kommission 2020a).

VoC ist neben der OMK das zweite Arbeitsinstrument der EU-Kulturpolitik (Creative Europe Desk Kultur 2020). Der strukturierte Dialog wurde 2007 mit dem ersten „Creative Europe“-Programm aufgelegt, um den „themenspezifischen Austausch zwischen der Europäischen Kommission und dem Kultursektor in Europa“ zu fördern (Creative Europe Desk Kultur 2020). Die Teilnahme an den Dialogen steht allen Akteuren der Zivilgesellschaft offen, die einen europäischen und kulturpolitischen Bezug haben (Voices of Culture 2020).

Seit 2007 mit der ersten Auflage des „Creative Europe“-Programms formen die „European Networks of culture“ eine Säule des Förderschemas. Im Jahr 2020 existieren insgesamt 28 solcher paneuropäischen Kulturnetzwerke. Die „Europäischen Netzwerke“ wurden mit dem Programmziel aufgelegt, „(...) der Kultur- und Kreativbranche zu helfen, länderübergreifend zu arbeiten und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern“ (Kreatives Europa 2020). Dadurch sollen nationale Akteure auf der europäischen Ebene zusammenarbeiten, sich austauschen und in einen Dialog untereinander treten (Kreatives Europa 2020). Seit der Schaffung des Programms wurden insgesamt 51 Netzwerke durch die EU unterstützt (Europäische Kommission 2019a: 1



ff.). Im Strategiepapier zu den Kulturnetzwerken geht die EK auch auf den Aspekt der Interessenvertretung und Advocacy ein: „Networks are experienced member-based structures encompassing thousands of operators and professionals. As representative bodies they are consulted by the Commission and help design the EU’s culture policy” (Europäische Kommission 2019b: 6). Die Kommission betrachtet die Netzwerke somit als Instrument zur Entwicklung kultureller Austauschbeziehungen, der Vermittlung von Best-Practises und als Ansprechpartner und Experten zu kulturpolitischen Fragen. Die Informationen, die sie bieten, sollen die EU-Kulturpolitik mitgestalten und die Förderprogramme und Finanzmittel für den Kultursektor effektiver organisieren (Europäische Kommission 2019b: 6). Zudem sollen sie dazu beitragen, dass die Programmmittel effizient in den Mitgliedsstaaten verteilt und die gesetzten Programmziele erreicht werden (Europäische Kommission 2019b: 6 ff.). Ausgewählt werden die ENC’s durch „Open-Call-Proposals“. In die Netzwerke hat die EU-Kommission zwischen 2014 und 2020 insgesamt 38 Millionen Euro investiert (Europäische Kommission 2020b: 6 ff.).

#### EU-Kulturpolitik und Interessenvertretung

Die Kulturpolitik der EU hat sich neben ihrer späten Entwicklung in den letzten Jahren verändert und ist stets durch die Programme geprägt, die die EK finanziell und ideell zur Durchsetzung ihrer kulturpolitischen Ziele anwendet (Brennert 2014: 5 ff.). Kulturpolitische Entscheidungsträger benötigen Lobbyisten, ebenso wie die kulturpolitischen Interessenverbände Zugänge zum politischen Prozess generieren möchten (Brennert 2014: 5). Die Zivilgesellschaft und auch staatliche Akteure, wie Kulturinstitutionen, sind im Mehrebenensystem integraler Bestandteil des Verbandswesens und häufig die Vertreter nicht-ökonomischer Interessen (Knill and Tosun 2012, 86 ff.). In der EU existiert nur wenig Forschung zur Interessenvertretung in der Kulturpolitik (Hall 2005: 236). Die Interessenvertretung wird in der EU insbesondere durch die nationalstaatlichen Interessen geformt, die ebenso ihre politischen Vorstellungen im Politikprozess einbringen und äußern. Dazu gehören auch staatliche Kultureinrichtungen, die sich über die unterschiedlichen Ebenen hindurch, von der regionalen, auf der nationalen und europäischen Ebene organisieren (Brennert 2014: 6 ff.). Die Interessenvertretung im Kulturbereich ist fragmentiert, wenig professionalisiert, schwach aufgestellt und macht nur einen geringeren Prozentsatz der Interessenorganisationen im Verbandsgefüge der EU aus (Friedrich 2010: 44).

#### Resultate und Annahmen für die Forschungsarbeit

In der Analyse zeigen sich Abweichungen von anderen Politikfeldern. Interessengruppen in der Kulturpolitik der EU nehmen eine besondere Rolle ein, denn sie sind zugleich

mitgliedsstaatliche oder nicht-staatliche Akteure, Kulturmediatoren, Verbände, die gesellschaftliche Werte und Strukturen spiegeln, Entscheider, Experten bzw. Berater (Brennert 2014: 10 ff.). Viele der europäischen Kulturverbände müssen somit eine mehrfache Rolle als Lobbyisten, Think-Tank, Experten oder Netzwerker einnehmen. Damit sind sie „multi-stakeholder“, die in einem politischen Raum agieren, der sich durch folgende Aspekte auszeichnet (Brennert 2014: 11):

*„1. The cultural sector is extremely diverse; in terms of sectors, recipients and participants, size and resources of organisations, national and regional systems of cultural policy, definition and interpretation of culture, and, of course, values both intrinsic and on each organisation’s agenda” (Gattinger 2012: 5).*

*„2. As the recognised representative of civil society in cultural terms, the organisation must be able to mirror developments and provide meaningful expert knowledge to the political system” (Gattinger 2012: 5ff.).*

*„3. Advocacy must be coherent and coordinated since the EU’s notion of cultural policy is ambiguous and the limited legal mandate constrains its administrative resources” (Gordon 2010: 106).*

*„4. Subsidiarity clauses might further encourage nationalist tendencies in advocacy activity focus” (Brennert 2014: 11).*

Neben diesen Faktoren ist die Kultur dasjenige Politikfeld in der EU, das vom EU-Identitätsgrundsatz „Unity in diversity“ geprägt ist und Kulturverbände somit Experten, Berater und Repräsentanten für diese Vielfalt sein müssen, weshalb sie mit der Herausforderung der „umfassenden Repräsentation der Diversität“ umzugehen haben (Brennert 2014: 11 ff.). Diese Aufgabe ist eng mit der Repräsentationslegitimität der Kulturverbände verbunden, weswegen Kulturverbände somit nicht nur die Stimmen ihrer nationalen Mitglieder aggregieren, sondern diese auch in EU-gerechte Sprache übersetzen müssen. Nur so könne „Output“- und „Input“-Legitimität generiert werden (Brennert 2014: 11ff.).

## **2.6. Kulturlobbying und der CIGS**

### CIGS als State-of-the-art

Der Comperative-Interest-Group-Survey (CIGS) ist die bisher umfangreichste quantitative Studie zur Interessenvertretung in der EU (Intereuro 2021). Für den CIGS wurden Daten der europäischen Dachverbände von Interessenorganisationen, als auch die nationalen Mitgliedsverbände und Unternehmen erhoben. Neun verschiedene Länder wurden für die Datensammlung

herangezogen (CIGS 2021b). Zudem wurde eine Online-Umfrage auf der gesamteuropäischen Ebene abgehalten (CIGS 2021b). Diese Umfrage wurde im Jahr 2015 und 2016 durchgeführt. Insgesamt wurden 15.000 Organisationen befragt (Beyers et al. 2020: 273). Die Frameworks befragen die Interessenorganisationen bezüglich der juristischen, finanziellen und strukturellen Organisation, der Vernetzung mit politischen Institutionen, strategischen Handlungen und Vorgehensweisen, aber auch zu Einstellungen und den Politikfeldern, für die ein Interesse besteht (Beyers et al. 2020: 273 ff.). Daneben beschäftigt sich der Fragebogen mit der Art und Weise der Mobilisierung, den organisatorischen und strukturellen Entwicklungen, den Beratungstätigkeiten, der Bedeutung von kritischen Lobbyingressourcen, der internen Demokratie und der Art der Informationsübermittlung (Beyers et al. 2020: 273 ff.; Baumgartner 2007; Dür et al. 2019).

### Ergebnisse des CIGS

Von den etwa tausend auf europäischer Ebene befragten Organisationen betätigen sich nach der Umfrage 131 und damit 17% im Feld der Kulturpolitik. 83% sind nicht im Politikfeld Kultur aktiv (CIGS 2021a). Von den im kulturpolitischen Bereich interessierten und aktiven Organisationen beantworten 68, also 53%, die Frage „How involved is your organization in these areas?“ mit „Somewhat involved in“, während die anderen 61, also 47%, diese Frage mit „Very involved in“ beantworten (CIGS 2021a). Von den Organisationen geben rund 45% an, „Business association“ zu sein. 11% verstehen sich als „Professional association“, 15% als Cause organisation“ und 10% als „Association of Public authorities“. Von diesen 900 Organisationen haben 33% ein Budget von 100.000 bis 500.000 Euro, 32% geben ein Budget über 500.000 Euro an, während 25% ein Budget unter 100.000 angezeigt haben. 33% der befragten Organisationen sehen „Moderate competition“ in dem Politik- und Interessenfeld, in dem sie aktiv sind, während 49% nur kleinen oder gar keinen Wettbewerb attestieren und 18% „strong competition“ ausgewählt haben (CIGS 2021a).

Zur Frage in welchen Aktivitäten die einzelnen Organisationen involviert sind, sagen 83%, dass sie in „Advocacy und Lobbying“-Aktivitäten involviert sind. Als zweitwichtigste Aktivität wird mit 80% „Representation“ genannt, während auf Platz drei der Servicegedanke gegenüber den Mitgliedern „Support or advice to members“ mit 79% steht. „Mobilizing members“ mit 62%, „Research“ mit 56% und „Media campaigns“ mit 40% formen die Plätze dahinter. „Support or advice to clients or beneficiaries“, „Fundraising“, „Promoting volunteering“ und „Recruiting members/supporters/donor“ wurden am seltensten genannt (CIGS 2021a). Bei der Frage, wie

involviert Organisationen in diesen Bereichen sind, wurde „very involved in“ 83% der Fälle bezüglich der Antwortmöglichkeit „Representation“ von den Organisationen angegeben. 69% beantworteten die Frage nach dem „very involved in“ mit „mobilizing members“, 76% gaben „Support or advice to members“ an (CIGS 2021a).

Eine zentrale Rolle beim CIGS spielt auch die Frage danach, wie häufig Organisationen mit Institutionen interagieren. Die Kommission spielt für eine Mehrzahl der Interessenorganisationen die entscheidende Rolle, dicht gefolgt vom EP, während der Rat auf der europäischen Ebene weit weniger interessant ist. 89% sind in Kontakt mit der EK, davon geben 11% an, jede Woche in Kontakt zu sein. Lediglich 11% der Organisationen geben an, dass sie nicht versucht haben, Zugang zur Kommission zu generieren. Ähnlich sieht es bei den Versuchen zur Kontaktabstimmung bezüglich der Kommissare und deren Kabinette aus, rund 70% der Interessenorganisationen haben einmal oder mehr versucht, Kontakt aufzunehmen. 78% haben „at least once“ und häufiger versucht, Kontakt zu Mitgliedern des Europäischen Parlaments aufzunehmen. Hier hat die Studie mehrere Kategorien entwickelt, die 78% gelten für normale Parlamentsmitglieder, die nicht in den Leitungen der Fraktionen involviert sind oder als Rapporteurs agieren (CIGS 2021a). Für 59% spielt die letzte Gruppe zur Kontaktaufnahme eine wichtige Rolle, während 60% „The chair or secretariat of the EP committee responsible for a particular piece of legislation“ als Kontaktgruppe angeben (CIGS 2021a). 65% haben einmal oder mehr Kontakt zu den Repräsentanten der Mitgliedsstaaten aufgenommen, während 43% „special working groups in the Council“ als Kontaktpartner angeben (CIGS 2021a).

## **2.7. Forschungsdesign und Annahmen**

### Forschungsdesign

Die theoretischen Vorbetrachtungen zeigen, dass bisher nur wenig Forschung zur Interessenvertretung in der Kulturpolitik des europäischen Mehrebenensystems existiert. Das Ziel der Arbeit ist eine erste, grundlegende Vermessung des Feldes über qualitative, semi-strukturierte Interviews mit Vertretern von europäischen und nationalen Interessenorganisationen und Kulturinstitutionen auf der lokalen Ebene. Im Mittelpunkt stehen die Gründe der Europäisierung und die Strategiewahl der Interessenorganisationen zur Generierung politischer Zugänge. Die Interviews basieren auf vier Annahmen.

### Annahmen zur Europäisierung und Strategiewahl

1. Kulturpolitik ist auf EU-Ebene ein Politikfeld, in dem Fördermittel verteilt werden. Aus diesem Grund dürften „Finanzierungsmöglichkeiten“ und eine Beteiligung an den zu verteilenden Ressourcen eine Ursache für das Engagement von Interessenorganisationen auf der europäischen Ebene sein. Darüber hinaus müssten der Wunsch nach Repräsentation, die Beteiligung und der Zugang zum politischen Prozess und der politische Austausch weitere Gründe für die Interessengruppen sein. Aufgrund der besonderen Beschaffenheit des Politikfeldes dürfte es dennoch im Antwortverhalten einige Abweichungen zu anderen Interessenvertretern geben, darunter das ideelle Interesse an kultureller Zusammenarbeit oder die Betrachtung von Kulturpolitik als Soft-Power-Instrument.

2. Interessenorganisationen im Kulturbereich nutzen Inside- (access) und Outside- (voice) Strategien, um ihre politischen Botschaften zu übermitteln. Die Verbindung beider Strategieansätze erhöht die Sichtbarkeit der Botschaft. Litigation-Strategien dürften aufgrund der Bedingungen des Politikfeldes eine untergeordnete Rolle spielen.

3. Strategische Kanäle für die Interessenvertretung müssten in dieser Reihenfolge, die EK als Institution, die Gesetzesvorschläge entwickelt, das EP als Vertreter der Bürger auf europäischer Ebene und zuletzt der Ministerrat, als Vertreter der nationalen Regierungen, sein. Die EK müsste für die Interessenvertreter im Kulturbereich die wichtigste Rolle spielen.

4. Informationen sind das Austauschgut zwischen Interessenorganisationen und den EU-Institutionen. Im Kulturbereich müssten insbesondere Informationen über den Sektor und wissenschaftliche, rechtliche, kulturelle und gesellschaftliche Informationen eine wichtige Rolle spielen.

Die Strategiewahl ist, wie in der Theorie sichtbar, abhängig von den Ressourcen der Interessenorganisationen. Die Variable *Strategiewahl* entscheidet wiederum, welches Maß an Zugängen zum politischen Prozess generiert wird. Zur Strategiewahl gehören neben der Art der Übermittlung einer Botschaft auch die Art der Information als Austauschgut im Prozess der Interessenvertretung und die Wahl des Kanals der Interessenvertretung, also welche Ebene im MLG-System angesprochen wird. Im Folgenden werden die Annahmen zur kulturpolitischen Interessenvertretung aus der theoretischen Betrachtung des Forschungsstandes herausgefiltert und diese dann in Kapitel drei für die Entwicklung der Interviews genutzt.

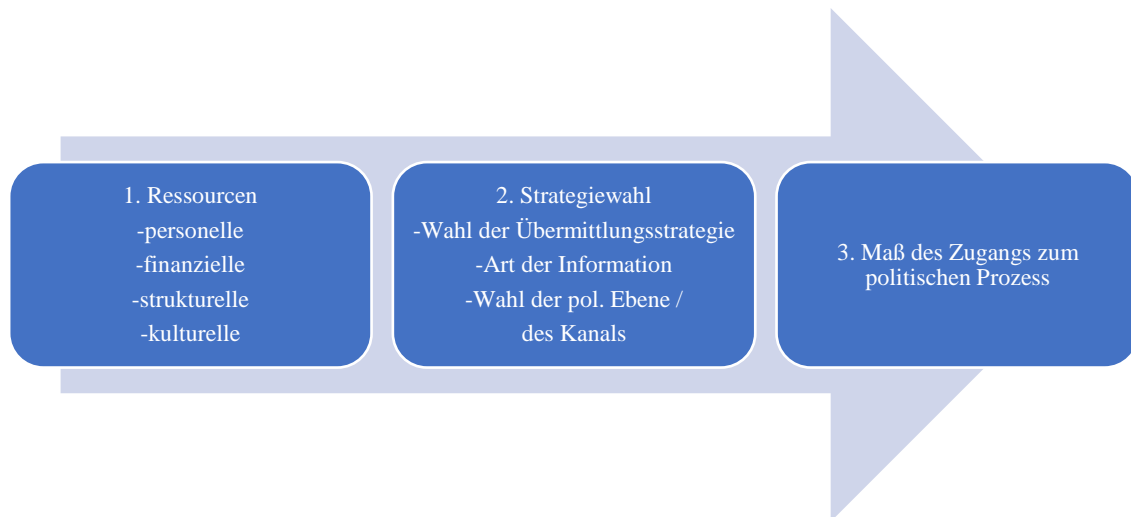


Abbildung 3 - Schematische Darstellung des Forschungsdesigns

### 3. Qualitative Interviews und qualitative Analyse

#### 3.1. Methodische Herangehensweise

##### Qualitative Interviews in der Forschung zur Interessenvertretung

Qualitative Interviews spielen in der Forschung zur Interessenvertretung eine wichtige Rolle zur Gewinnung von validen und reliablen Daten (Beyers et al. 2014: 174 ff.; Klüver 2009: 535 ff.). Besonders zur Bereitstellung von Informationen über die Strategie, die Zugänge, den Einfluss und das Maß an Involviertheit im Politikprozess haben sie sich als effektive Instrument herausgestellt (Beyers et al. 2014: 174 ff.). Viele Studien zur Interessenvertretung in der EU fußen auf qualitativen Interviews (Laumann und Knoke 1987; Heinz et al. 1993; Knoke et al. 1996; Mahoney 2008; Baumgartner et al. 2009). Ergänzend zu den Experteninterviews basieren einige Analysen auf Veröffentlichungen der Organisationen, Archivmaterial oder Medienberichterstattung (Beyers et al. 2014: 174 f.). Diese helfen bei der Vermessung des Forschungsgebiets und des Verbandswesens in einem Politikfeld (Gray und Lowery 2000; Halpin und Jordan, 2011; Klüver 2012). Im Bereich der Interessenvertretung besteht jedoch das Problem, dass viele Informationen, die für die Untersuchung relevant sind, nicht öffentlich zur Verfügung stehen, da Interessenorganisationen ihre strategischen Aktivitäten aufgrund des Wettbewerbs im Lobbying nicht freiwillig für alle Akteure öffentlich zugänglich machen (Beyers et al. 2014: 175). Auch die wichtigste Quelle für den ersten Überblick über die Interessenvertretung in der EU, das EU-Transparenzregister, ist mit diesem Bias belegt, da die Registrierung von Interessengruppen nur auf freiwilliger Basis erfolgt (Beyers et al. 2014: 175). Besonders die Informationsgewinnung über informelle Prozesse und das strategische Vorgehen kann durch Interviews erfolgen. Im Bezug zur Forschungsfrage lassen sich die Gründe für die Europäisierung und die

Taktiken und Strategien ausschließlich über qualitative Interviews herausfinden, da Dokumente nur selten Informationen darüber geben (Beyers et al. 2014: 176 ff.). In dieser Arbeit dienen die theoretischen Vorbetrachtungen und die Analyse des kulturpolitischen Bereichs als Basis für die Gestaltung des Interviewleitfadens, wie im nächsten Abschnitt des Kapitels noch genauer erläutert wird. Nicht nur die verschiedenen Feldstudien, sondern auch der CIGS selbst bildeten dabei eine Grundlage zur Entwicklung des Interviewfragebogens (Beyers et al. 2014: 177 ff.).

### Fehlerquellen bei qualitativen Interviews und Vermeidungsstrategien

Eine der häufigsten Fehlerquellen in Interviews ist die Abhängigkeit von der Erinnerung der Interviewpartner und der subjektiven Interpretation von Fakten. Eine umfassende Vorbereitung ist notwendig, um genannte Sachverhalte einzuordnen. Um das „under-reporting“ oder „over-reporting“ zu vermeiden, nutzt diese Arbeit eine zweiteilige Strategie (Beyers et al. 2014: 177). Zum einen werden die Fragen strukturiert gestellt. Zum anderen gibt es teilweise offene Fragen. Dabei wurde die „list response technique“ angewandt, bei der die Leitfäden strukturiert, in verschiedene Themenbereiche aufgeteilt und mit aufeinander abgestimmten Fragen in einer solchen Reihenfolge konzipiert sind, sodass sie präzise Antworten ermöglichen (Beyers et al. 2014: 177 ff.). Jede Frage spiegelt das Erkenntnisinteresse für eine der in der theoretischen Abhandlung herausgestellten Annahmen zum Verhalten und der Strategie von Interessenvertretern im Kulturbereich dar.

Ein ähnliches Problem ist die zeitliche Dauer zwischen einem Politikprozess und dem Führen des Interviews. Die in dieser Arbeit entwickelten Fragen beziehen sich auf das retrospektive und gegenwärtige Verhalten von Interessenvertretern. Besonders durch die Zeitspanne zwischen strategischen Handlungen und Aktivitäten können im Gespräch Fehler auftreten (Beyers et al. 2014: 177 ff.). Dies wird dadurch gelöst, dass der Interviewfragebogen strukturiert ist. Zudem werden in den untersuchten staatlichen Kulturbereichen mehrere Experten befragt, um aus unterschiedlichen Perspektiven Antworten zu erhalten.

Eine weitere Fehlerquelle in qualitativen Interviews ist die „asymmetric balance“ zwischen dem Interviewer und dem Interviewpartner (Beyers et al. 2014: 178). Der Altersunterschied, die sprachlichen Unterschiede, die akademische Qualifikation und andere Charakteristika der Gesprächspartner können zu einem bestimmten Antwortverhalten führen. Die befragten Verantwortlichen sind alle langjährige Policy-Experten und haben weitreichende Erfahrung in der

Interessenvertretung. Dennoch kann soziale Erwünschtheit als Fehlerquelle im Antwortverhalten auftreten (Beyers et al. 2014: 178 ff.).

Ein weiterer Bias könnte durch die Befragung von Verantwortlichen aus europäischen Kulturdachverbänden entstehen (Beyers et al. 2014: 178ff.). Grundprämisse dieser Arbeit ist, dass für die Interviews die europäischen Dachorganisationen befragt werden, um so genaue Informationen über die Europäisierungsprozesse und die Bedeutung der EU im Gefüge der Kulturpolitik zu erhalten. Da diese Arbeit allerdings auch das Mehrebenensystem der EU als theoretische Annahme einfließen lässt, ist es notwendig, auf allen Ebenen des kulturpolitischen Gefüges der EU Gesprächspartner zu finden und zu befragen, um dadurch diesen Bias zu korrigieren (Beyers 2014: 178 ff.).

Weitere Fehler, die nach Ansicht von Interessenforschern auftreten können, sind der „expansiveness and attractiveness bias“ (Beyers 2014: 178). Beide Fehler entstehen, weil machtvolle Akteure sich selbst herunterspielen, während kleinere Akteure ihre Bedeutung überschätzen. Es kann davon ausgegangen werden, dass Lobbyisten bei solchen Interviews strategische Antworten geben, um politische Botschaften zu übermitteln und sich Antwortmuster herausfiltern lassen. Eine mögliche Lösung für dieses Problem ist es, bestimmte Begriffe nicht zu verwenden, die zu einem solchen Antwortverhalten führen könnten (Beyers et al. 2014: 178). Dem Interviewleitfaden und den Gesprächen selbst liegen zudem drei Regeln zugrunde, die von den Forschern der Intereuro-Studie aufgestellt wurden:

1. Klare Fragestellungen und präzise Frageformate, die Antworten ermöglichen, die zum Erkenntnisgewinn beitragen (Beyers et al. 2014: 179 ff.).
2. Die korrekte Auswahl der Interviewpartner und einer relevanten und repräsentativen Stichprobe an Interviewpartnern (Beyers et al. 2014: 181 ff.).
3. Das Interview als Chance begreifen, um weitere Informationen von den Gesprächspartnern zu erhalten und auf diese Angebote einzugehen (Beyers et al. 2014: 184 ff.).

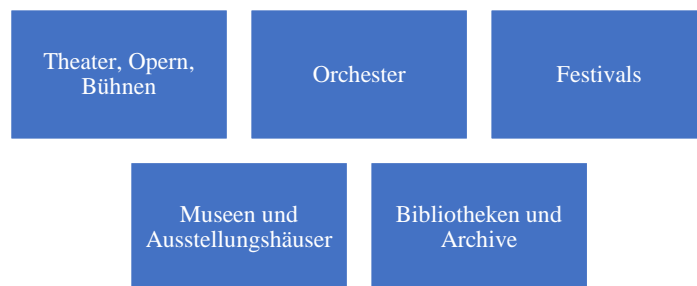
### **3.2. Fallauswahl**

Die Auswahl der Stichprobe für die qualitativen Interviews fand durch einen mehrstufigen Prozess statt, der deduktiv und induktiv aufgebaut ist.



### Sampling basierend auf den unterschiedlichen Kultursektoren

Auf Basis der Definition von staatlichen Kultureinrichtungen wurden fünf Kategorien von Einrichtungen gebildet, die bei der Anfrage der Interviewpartner berücksichtigt wurden. Dazu gehören Museen und Ausstellungshäuser, Theater und Opern, Bühnen, Orchester, Festivals, Bibliotheken und Archive. Jede dieser Kategorien sollte mit mindestens einer untersuchten Institution bzw. einem interviewten Ansprechpartner vertreten sein, um damit der Vielfalt im staatlichen Kulturbereich Ausdruck zu verleihen und unterschiedliche Positionen aus Subsektoren zu erhalten.



*Abbildung 4 - Schematische Darstellung der öffentlichen Kultursektoren*

### Sampling auf Basis des Mehrebenensystems

Ein anderes Kategoriensystem wurde bezüglich der Policy-Ebene der Interessenorganisationen entwickelt. Basierend auf der Annahme, dass Interessenvertretung im Mehrebenensystem auf den unterschiedlichen Politikebenen stattfindet und dass viele Aktivitäten in der Interessenvertretung im Kulturbereich aus regionalen und nationalen Aktivitäten erwachsen sind, wurde ein dreigliedriges Schema entwickelt, welches die Kategorien von Interviewpartnern definiert. Zum ersten Drittel gehören europäische Kulturdachverbände und Interessenorganisationen, die auf der europäischen Ebene aktiv sind und einen der fünf Subsektoren vertreten. Durch die Befragung dieser Ebene sollen die Ursachen für den Zusammenschluss und die Strategiewahl der europäischen Kulturdachverbände analysiert werden. Das zweite Drittel wird von nationalen Kulturverbänden der staatlichen Kultureinrichtungen gebildet, um so die nationale Ebene bei der Untersuchung abzubilden und aufzuzeigen, warum sich nationale Kulturverbände entscheiden, auf der europäischen Ebene aktiv zu sein und wie relevant sie diese Ebene für ihre Arbeit einschätzen. Die angefragten Verbände sind aus sprachlichen und weiteren Gründen, wie der Kontaktaufnahme, mehrheitlich in Deutschland ansässig. Das letzte Drittel wird durch nationale und regionale Kulturinstitutionen und Träger von Kultureinrichtungen geformt. Für diese Stichprobe wurden Intendanten und Direktoren unterschiedlicher Kultureinrichtungen

befragt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass auch die Meinung der Kulturinstitutionen und auch die regionale Ebene, also Städte und Gemeinden als Träger von Kultureinrichtungen berücksichtigt werden. Um auch die Gedanken der gegenüberstehenden Sphäre der politischen Institutionen, Beamten und Entscheidungsträgern zu erfassen und einen Bias zugunsten der Verbandsseite zu vermeiden, wurden auch Vertreter der europäischen Institutionen in die Stichprobe einbezogen.

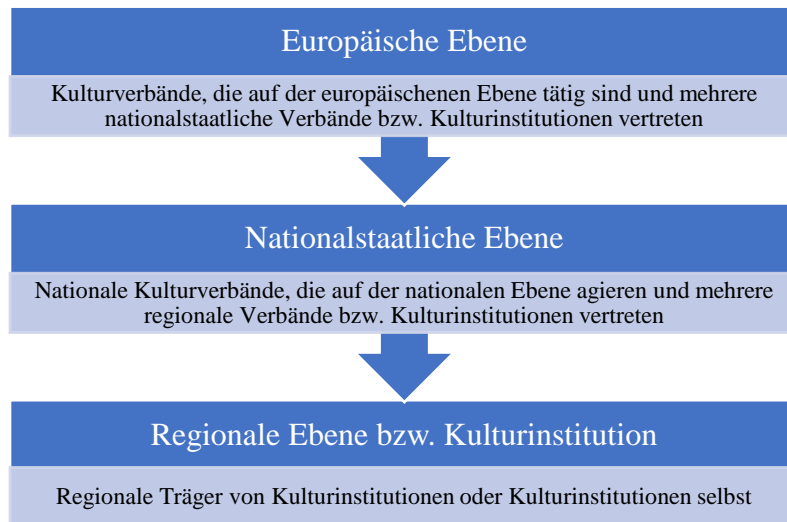


Abbildung 5 - Darstellung des Frameworks bezüglich des MLG-Systems

#### Vorgehen zur Ermittlung der Stichprobe

Um zu ermitteln, wie groß die Anzahl der Interessenorganisationen im Feld der Kulturpolitik ist, wurde das EU-Transparenzregister der Kommission herangezogen. Dort besteht die Möglichkeit, über das „data reporting“ Zahlen zu Interessenvertretenden in einem Feld zu erhalten. Um einen Überblick über die Zahl der Interessenorganisationen im Bereich Kultur zu bekommen, wurden die beiden Selektionsmerkmale „Culture“ und „Culture and Media“ herangezogen (Transparency Register 2021). Insgesamt 2940 Institutionen lassen sich so herausfiltern. Die ausgewählten europäischen Dachverbände sind alle Teile dieser Kategorie und somit im EU-Transparenzregister vertreten.

Ein weiterer Indikator zur Schaffung einer relevanten Stichprobe ist das „Creative-Europe“-Programm der EK und dessen Programmlinie „European Networks of Culture“, da es zum einen die größten Kulturenetzwerke bezüglich staatlicher Kultureinrichtungen umfasst und diese auch mit den nationalen Mitgliedsverbänden auflistet (Kreatives Europa 2020). Zudem dient das Programm der Förderung von Interessenvertretern im kulturpolitischen Bereich.

Das erste Drittel wurde durch die Berücksichtigung dieses Förderschemas ausgewählt und betrachtet somit die wichtigsten Kulturnetzwerke in den fünf definierten Bereichen auf der europäischen Ebene (Europäische Kommission 2019b: 1 ff.). Das zweite Drittel bzw. die nationalen Verbände wurden durch die Analyse dieser europäischen Verbände ausdefiniert.

Die angefragten nationalen Kulturverbände sind Teil eines der genannten europäischen Netzwerke bzw. gehören zu den Kooperationspartnern dieser europäischen Interessenvertreter. Dadurch wird sichergestellt, dass die nationalen Kulturverbände einen europäischen Bezug haben, um so die vorgestellten Fragen zu beantworten (Europäische Kommission 2019b). Daneben lässt sich aufzeigen, dass die Dachverbände auf nationaler Ebene, die zugleich Mitglied eines dieser Kulturnetzwerke auf europäischer Ebene sind, auch in den unterschiedlichen Subsektoren die relevantesten Verbände darstellen.

Bei der Auswahl des letzten Drittels der Interviewpartner wurde ähnlich vorgegangen. Die nationalen und regionalen Kulturinstitutionen sind alle Mitglieder der nationalen Verbände und teilweise auch der europäischen Dachverbände. Auch dies soll sicherstellen, dass die Interviewpartner einen europäischen Bezug haben und auf die Fragen antworten können. Zudem wurde ein Beamter der EK im Generaldirektorat Kultur angefragt, um so Einblicke in die institutionelle Ebene der EU zu erhalten.

Die durchgeführten Interviews setzen sich wie folgt zusammen:

Europäische Institution	Europäischer Kulturdachverband	Nationaler Kulturdachverband	Kulturinstitution
Europäische Kommission Generaldirektorat für Kultur	European Theatre Convention	Deutscher Bühnenverein	Staatsschauspiel Dresden
			Kulturdezernent einer bayrischen Großstadt
	Network of European Museum Organisation	Deutscher Museumsbund	Technoseum Mannheim
	European Festivals Association		

	European Festivals Academy		
	European Bureau of Library, Information and Documentation Associations		
	OPERAEUROPA		

*NEMO* ist das Netzwerk öffentlicher Museen in Europa. Der deutsche Mitgliedsverband von *NEMO* ist der *Deutsche Museumsbund e.V.* Der 1917 gegründete Verband gehört zu den ältesten Museumsverbänden in der Welt und ist die „Interessenvertretung der deutschen Museen und ihrer Mitarbeiter“ (Deutscher Museumsbund 2020). Ein Mitglied des DMB ist das *Technoseum*, Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim, Baden-Württemberg (Technoseum 2020). Die *European Theatre Convention* ist eines der größten Netzwerke öffentlich getragener und finanzierter Theater in der EU (Europäische Kommission 2019b: 28). Eng verbunden mit dem Netzwerk, aber kein direktes Mitglied der *ETC*, ist die Repräsentationsorganisation der deutschen Theater, der *Deutscher Bühnenverein e.V.*, der 1846 gegründet wurde und in seiner aktuellen Form seit 1947 besteht. Der *DBV* ist der „Interessen- und Arbeitgeberverband“ der deutschen Theater und Orchester (Deutscher Bühnenverein 2021b). Ein Mitglied des *Deutschen Bühnenvereins* und zugleich auch der *ETC*, dort vertreten durch den Intendanten im Präsidium, ist das *Staatsschauspiel Dresden*. Das Schauspiel ist das größte sächsische Staatstheater und wird durch den Freistaat Sachsen und die Stadt Dresden finanziert (Staatsschauspiel Dresden 2021). Ein weiteres Mitglied des *DBV* ist das Kulturdezernat einer bayrischen Großstadt. Der Kulturdezernat der Stadt ist Vorsitzender einer der sechs Gruppen des *DBV* und auf deutscher Ebene auch im Kulturausschuss *des Deutschen Städtetages* aktiv (Interview 4). Ein anderes Netzwerk, welches durch die ENC gefördert wird, ist die *European Festivals Association*. Die Organisation vertritt seit 1952 öffentlich geförderte Festivals in Europa und nationale Festivalverbände. Ein Projekt und gleichzeitig eine Organisation, die die *EFA* zur Durchsetzung dieser Zielvorstellung gelauncht hat, ist die *European Festivals Academy*, die wiederum selbst politische Interessenvertretung betreibt (The Festival Academy 2020). Der Verband *EBLIDA* (*European Bureau of Library, Information and Documentation Associations*) ist bisher nicht Teil der geförderten ENCs, bewirbt sich aber für die nächste Förderperiode ab 2021. *EBLIDA* ist die größte europäische Vereinigung nationaler Bibliotheksverbände. Insgesamt 110 Mitglieder, also nationale Verbände oder institutionelle Einzelmitglieder, zählt der Verband (*EBLIDA*

2021). *OPERAEUROPA* ist der größte Opernverband der EU (OPERAEUROPA 2021). Vertiefende Informationen über die einzelnen Verbände finden sich in Annex 1.

### Ablauf der Interviewakquisition

In der ersten Runde der Kontaktaufnahme wurde die Führungsebene der Verbände oder Institutionen durch eine formlose E-Mail angefragt. Das bedeutet, dass bezüglich der europäischen Dachverbände nur die Hauptgeschäftsführer oder Präsidenten angefragt wurden, bei den nationalen Organisationen ebenso. Im Fall der staatlichen Kulturinstitutionen wurden die Intendanten bzw. Direktoren adressiert. In dieser Mail wurde das Forschungsvorhaben erläutert, der Modus des Interviews erklärt, die Forschungsfrage aufgeführt und eine Bitte um die Teilnahme an den akademischen und leitfadengestützten Interviews verfasst (Annex 2). Jede Organisation wurde einmal angeschrieben. Insgesamt wurden dreißig E-Mailanfragen gestellt, auf die siebzehn Antworten folgten. Die Quote der Antworten im Verhältnis zu den gesandten Interviewanfragen beträgt somit circa 57%. Von diesen siebzehn Rückmeldungen führten insgesamt elf zu einer Vereinbarung zu einem Video- oder Telefoninterview. Ein angefragter Vertreter bat um die Zusendung der Fragen per Mail. Insgesamt wurden zwölf Interviews vereinbart, von denen zwölf durchgeführt wurden, was einer Quote von 36% bezüglich des Verhältnisses der durchgeführten Interviews zu den Anfragen ergibt. Die Interviews wurden in deutscher und englischer Sprache gehalten. Ebenso wurden die Interviewleitfäden in beiden Sprachen verfasst (Annex 3 und 4). Neun der Interviews wurden via Videotelefonie über die Programme Zoom oder Skype durchgeführt, während zwei Gespräche über Telefon geführt wurden und bei einem die Antworten per E-Mail zugesandt wurden. Die Interviews wurden zweifach mit dem Diktiergerät und der Aufnahmefunktion des Handys aufgezeichnet, nachdem die Interviewpartner zugestimmt hatten. Fünf der insgesamt 12 Interviewten waren Frauen, was eine Quote von 41.7% ergibt.

### **3.3. Interviewfragebogen**

Der Interviewfragebogen setzt sich aus sechzehn Fragen zusammen, die in vier Blöcke aufgeteilt wurden.

Block 1 befasst sich mit der Interessenvertretung im europäischen Gefüge. Die Fragen dienen der Analyse, warum sich Kulturinstitutionen in ihrer Interessenvertretung europäisieren, wie die Kultureinrichtungen und Verbände zu der Frage stehen, ob eine Europäisierung der Kulturpolitik feststellbar ist, wie der Austausch zwischen den Kulturverbänden und den politischen

Entscheidungsträgern abläuft und welche Themenbereiche auf der Ebene der EU im kulturpolitischen Bereich als relevant betrachtet werden. Der Block „Interessenvertretung“ wurde als erster Block ausgewählt, um im Sinne der Theorien zur Durchführung von Interviews die relevanten Fragen zu Beginn zu stellen und das durch die Kontaktaufnahme aufgebaute Vertrauen für die Beantwortung zu nutzen (siehe Annex 3, Frage 1–6).

Der zweite Block „Strategie und Informationsaustausch“ setzt sich mit der Strategiewahl der Interessenorganisationen auseinander und überprüft, ob die Hypothesen der Ressourcenaustauschtheorie auch im Kultursektor anwendbar sind. Aus diesem Grund wird mithilfe der Frage untersucht, ob ein Informationsaustausch bzw. eine Wechselwirkung zwischen der Bereitstellung von Informationen und Zugängen zum politischen Prozess stattfindet und welche Art von Informationen von den Interessenvertretern bereitgestellt und von den europäischen Institutionen nachgefragt wird. In diesem Block soll zudem geklärt werden, ob die Theorieansätze von Bouwen, Chalmers, Klüver und de Bièvre bezüglich der Strategien von Access, Voice und Litigation mit der Realität in der kulturpolitischen Interessenvertretung übereinstimmen und ob die Annahme korrekt ist, dass die Interessenvertretung von den Verbänden als erfolgreich beschrieben wird, wenn ein Mix aus den ersten beiden Strategien angewandt wird. Daneben wird untersucht, welcher Kanal und welcher Zeitpunkt für die politische Interessenvertretung gewählt wird. Die letzte Frage soll zudem ermöglichen, zu erfahren, wie die internen Entscheidungsprozesse bezüglich der politischen Botschaften und der Strategiewahl in den Interessenorganisationen im Kulturbereich getroffen werden (siehe Annex 3, Frage 7–11).

Der dritte Block des Interviewleitfadens ist der Finanzierung und dem Budget der Interessenorganisationen im Feld der Kulturpolitik gewidmet. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, aus welchen Quellen sich die Finanzierung und das Budget der Interessenvertreter speist und welchen Prozentsatz die Finanzierung durch europäische Institutionen ausmacht (siehe Annex 3, Frage 12–13).

Der letzte Block des Interviewleitfadens setzt sich mit der Organisation der Interessenorganisationen auseinander. In diesem Block soll untersucht werden, wie sich die Mitgliedsstruktur der Verbände und Institutionen zusammensetzt und welche Organisationsform gewählt wurde. Daneben wird nach dem Prozentsatz der tatsächlichen Mitglieder im Verhältnis zu den potenziellen Mitgliedern gefragt, um so herauszufinden, wie weit die Repräsentation des Sektors strukturiert ist und wie vorangeschritten die Europäisierung der Interessenvertretung bezüglich

der Mitglieder ist (siehe Annex 3, Frage 14–16). Je nach befragter Institution und der Ebene der Interessenvertretung (EU, national, Kulturinstitution) weichen die Fragen geringfügig ab. Für die englischsprachigen Interviews wurden die Fragen übersetzt.

### 3.4. Ablauf der Interviews

Der Ablauf der Interviews war stets der gleiche. Zunächst gab es eine kurze Vorstellung des Forschungsvorhabens und der Forschungsfrage. Anschließend wurde um die Zustimmung zur Aufzeichnung gebeten. Die insgesamt sechzehn Fragen wurden in allen dreizehn Interviews gestellt. Es gab Abwandlungen je nach Politikebene, Charakter der Organisation und der Ausrichtung bezüglich der Interessenvertretung. Die Interviews dauerten zwischen 25 und 60 Minuten. Alle Interviews wurden semi-strukturiert durchgeführt, was bedeutet, dass sich die Interviews alle am Leitfaden orientiert haben, aber aufgrund des offenen Charakters der Fragen, eine große Vielfalt an Antwortmöglichkeiten bestanden hat. Daneben gab es insgesamt drei quantitative Fragen.

## 4. Qualitative Analyse der Interviews und Resultate der Untersuchung

In diesem Kapitel werden die Interviews basierend auf den Antworten der Interviewpartner analysiert und auf Basis der vier vorher getroffenen Annahmen untersucht. Zunächst wird überprüft, ob die Annahme zu den Gründen der Europäisierung mit den Interviewergebnissen übereinstimmt. Anschließend wird die Frage betrachtet, welche Strategien die untersuchten Institutionen zur Interessenvertretung nutzen, um danach auf die Frage einzugehen, welcher Kanal in der Interessenvertretung genutzt wird. Zuletzt wird untersucht, welche Art der Information im Prozess der Interessenvertretung ausgetauscht wird. Im letzten Abschnitt werden weitere strategische Fragen wie bspw. der Zeitpunkt der Interessenvertretung analysiert. Im Rahmen der leitfadengestützten Interviews wurden die folgenden Gespräche geführt:

Institution, Datum und Dauer des Interviews	Rolle des Interviewpartners	Land und Hauptsitz	Budget	Brüsseler Büro	Auf welcher Ebene aktiv?	Sprache
Interview 1: <b>European Theatre</b>	Direktor	Deutschland, Berlin	500.000 Euro	Nein, EU-Büro in Berlin	EU, International	Deutsch

<b>Convention</b> (10.12.2020) (38min34sec)						
Interview 2: <b>Deutscher Bühnenverein</b> (17.12.2020) (35min1sec)	Geschäfts- führer	Deutsch- land, Köln	Keine An- gabe	Nein	Regional, Landes- ebene, Bun- desebene, EU, Inter- national	Deutsch
Interview 3: <b>Staatsschau- spiel Dresden und ETC und DBV</b> (18.12.2020) (44min53sec)	Intendant und Mit- glied im Präsidium und Vor- stand	Deutsch- land, Dresden	Keine An- gabe	Nein	Regional, Landes- ebene, Bun- desebene, EU, Inter- national	Deutsch
Interview 4: <b>Kulturdezer- nat einer bayrischen Großstadt und DBV und Deutscher Städtetag</b> (03.12.2020) (21min2sec)	Kulturde- zernent und Mitglied im Präsidium, Vorsitzen- der einer Arbeits- gruppe	Deutsch- land, Bayern	Keine An- gabe	Nein	Regional, Landes- ebene, Bun- desebene, EU, Inter- national	Deutsch
Interview 5: <b>Network of European Museums Organisations</b> (04.12.2020) (34min32sec)	Mitarbeiter für politische Kommuni- kation	Deutsch- land, Berlin	Keine An- gabe	Nein, EU- Büro in Berlin	EU, Inter- national	Englisch



Interview 6: <b>Deutscher Museumsbund</b> (04.12.2020) (38min2sec)	Geschäftsführer	Deutschland, Berlin	2.5 Mio. Euro	Ja, über NEMO (Network of European Museums Organizations)	Regional, Landesebene, Bundesebene, EU, International	Deutsch
Interview 7: <b>Technoseum Mannheim und DMB und NEMO</b> (08.12.2020) (26min54sec)	Kaufmännischer Leiter und Mitglied im Präsidium	Deutschland, Mannheim	Keine Angabe	Nein	Regional, Landesebene, Bundesebene, EU	Deutsch
Interview 8: <b>European Festivals Association</b> (02.12.2020) (33min16sec)	Generalsekretär	Belgien, Brüssel	600.000 bis 1 Mio. Euro	Ja	EU, International	Englisch
Interview 9: <b>European Festival Academies</b> (09.12.2020) (40min34sec)	Generalsekretär	Belgien, Brüssel	500.000 Euro	Ja	EU, International	Englisch
Interview 10: <b>European Bureau of Library, Information and</b>	Direktor	Niederlande, Den Haag	120.000 Euro	Nein, EU-Büro in Den Haag	EU	Englisch

<b>Documenta- tion Associa- tions</b> (01.12.2020) (24min56sec)						
Interview 11: <b>OPERA- EUROPA</b> (26.11.2020) (19min37sec)	Geschäfts- führer	Belgien, Brüssel	900. 000 Euro	Ja	EU, Inter- national	Englisch
Interview 12: <b>Europäische Kommission, Generaldirek- torat Kultur, Bildung, Jugend, Sport</b> (08.01.2021) (44min22sec)	Beamter in der Abtei- lung „Crea- tive Eu- rope“ des DG Kultur	Belgien, Brüssel	Keine An- gabe	Ja	EU	Englisch

#### 4.1. Ursachen und Gründe für die Europäisierung

Die Interessenorganisationen beantworteten die Frage nach den Gründen für die Europäisierung unterschiedlich. Die Gegensätze lassen Trends bezüglich der Größe und Ressourcenausstattung erkennen (Interviews 1–12). Während die meisten europäischen Dachverbände im Kultursektor betonen, dass die Europäisierung aufgrund materieller und ideeller Gründe stattgefunden hat und die Bedeutung der europäischen Ebene im Feld der Kulturpolitik zunimmt, sind die Institutionen oder die nationalen Interessenorganisationen zum Teil anderer Meinung und betonen die Bedeutung der nationalen Ebene bei der Ausgestaltung und Finanzierung von Kulturpolitik (Interviews 1–12). Die meisten nannten eine Vielzahl an Ursachen für die Europäisierung:

*„Wir wollen gemeinsame Zusammenarbeit generieren, den internationalen Austausch fördern und durch die europäischen Programme mehr Möglichkeiten im politischen und künstlerischen Feld haben. Als Repräsentationsorgan wollen wir über die politische Interessenvertretung auf der europäischen Ebene*

*Unterstützung gewinnen, Förderer finden, die Relevanz unseres Sektors darstellen und letztendlich politische und generelle Öffentlichkeit schaffen“ (Interview 1).*

Rund die Hälfte der Verbände betrachten die durch die EU verteilten Finanzmittel, insbesondere über die Kulturprogramme „Creative Europe“ und „Media“, als wichtigen Grund für das europäische Engagement im Kulturbereich:

*„Die einen wollen Meetings, Trainings, Finanzierungsmöglichkeiten und Vehikel zur Steigerung von Profit, einem ROI oder die Erhöhung der Publikumszahlen. Für die anderen ist es ein Vehikel zur Repräsentation in der EU und um überhaupt eine Stimme zu haben (...). Es geht immer um die Frage, wie kriegen wir mehr Mittel und Geld für unser künstlerisches Programm? Auf regionaler, lokaler Ebene gibt es immer weniger Mittel. Europapolitik wird da im Rahmen verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten gesehen. Es geht immer um Geld“ (Interview 8).*

An zweiter Stelle werden ideelle Gründe für die Organisation auf der europäischen Ebene benannt. Ein Drittel der Interessenorganisationen und Institutionen nennt den kulturellen Austausch, die Schaffung von kulturellen und berufsspezifischen Netzwerken und die Absprache bezüglich verschiedenster ästhetischer, künstlerischer, technischer, aber auch arbeitsrechtlicher Fragen als wichtigen Beweggrund für die Arbeit mit der EU:

*„Unsere Mitglieder wollen Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern, kulturellen Austausch über Aufführungen, Konzepte, Audience-Building und Beratung zu internationalen künstlerischen Fragen und Techniken“ (Interview 11).*

Besonders die ressourcenreichen Vereinigungen unterstreichen in ihren Antworten, welche Rolle unterschiedliche Ziele auf der Metaebene spielen, darunter die globale Friedenssicherung mithilfe der Mittel der Kultur, die Bewusstwerdung über die gemeinsamen europäischen (kulturellen) Werte und deren Vermittlung, die Unterstützung von Kultureinrichtungen in der ganzen Welt über die europäische Ebene, die Kulturdiplomatie gegenüber anderen Großmächten wie China oder den USA, sowie die Schaffung einer kulturellen Identität innerhalb der EU, zusammen mit der Entwicklung einer transnationalen, europäischen Öffentlichkeit:

*„Und es hat viel mit ideellen Gedanken zu tun. Wir sichern Frieden, unterstützen Proteste in Ländern, wo Kunst- und Meinungsfreiheit in Gefahr sind. Wir helfen unseren Partnern bei der Finanzierung in Länder, wo Kultur nicht gut ausfinanziert ist. Die europäische Ebene ist dabei der Kanal um im Gespräch zu sein, damit sich Dinge bewegen im Kampf für die Freiheit der Kunst. Es ist auch ein Versuch auf europäischer*

*Ebene Austausch zu generieren. Wir wollen die ETC als Plattform zur Zusammenarbeit sehen, nicht nur zwischen den Theatern, sondern auch zwischen den Mitarbeitern“ (Interview 3).*

Besonders die kleineren, sektoralen europäischen Dachverbände betonen die Bedeutung der europäischen Ebene als Instrument zur Generierung von Relevanz und einer Stimme gegenüber den nationalen Regierungen. Es würde helfen, bei den Verhandlungen über Finanzausgaben und Unterstützungsleistungen mit den nationalen Regierungen die Mitgliedschaft in europäischen Dachverbänden zu unterstreichen, um so politischen Druck aufzubauen und die soziale, ökonomische und kulturelle Relevanz eines spezifischen Kultursektors aufzuzeigen:

*„wir (...) gestalten OPERAEUROPA als wichtiges Instrument auf der nationalen Ebene aus, wenn Opernhäuser oder der Sektor in einem Land Unterstützung benötigt, dann setzen wir uns ein, schreiben Briefe, geben Statements ab. (...) Wir stellen europäische Öffentlichkeit für nationale Themen her“ (Interview 11).*

Auch der Netzwerkgedanke spielt bei den nationalen Institutionen und Mitgliedern eine Rolle. Die europäischen Dachverbände würden als „Serviceorganisationen“ fungieren, die einerseits politische Informationen aus Brüssel sammeln und die Mitgliedsinstitutionen in den Mitgliedsstaaten informieren und umgekehrt die Meinungen und Stellungnahmen der Mitgliedsinstitutionen bezüglich politischer Vorschläge und Entwicklungen auf europäischer Ebene sammeln und diese dann subsumieren und gegenüber den politischen Entscheidungsträgern präsentieren.

Besonders die ressourcenärmeren, europäischen Dachverbände unterstreichen, dass die EU eine immer wichtigere Rolle in der Gestaltung von Politik spielt, aber die nationale Ebene noch hauptverantwortlich für die Ausgestaltung von Kulturpolitik ist und somit auch die nationalen Kulturverbände oft stärker bezüglich ihrer Ressourcen aufgestellt sind und in der Auseinandersetzung mit den europäischen Institutionen eine machtvolle Rolle spielen:

*„Die Gelder kommen von den nationalen Institutionen und den regionalen Trägern. Die EU ist mehr das Beiboot. Auch innerhalb der EU: Nur 1% des EU-Haushalts wird für Kultur ausgegeben. Es ist ein marginales Politikfeld, aber die arbeitsrechtlichen Fragen haben zugenommen, oder die Fragen der Freizügigkeit, Arbeitserlaubnisse, der internationale Austausch von Mitarbeitern, Mobilität, Einreise“ (Interview 2).*

Die Hälfte der befragten Institutionen gibt zudem an, dass die Darstellung der Relevanz und der Bedeutung des jeweiligen staatlichen Kultursektors eine Ursache für die Betätigung auf der

europäischen Ebene darstellt. Durch die Aktivitäten in der EU würden die Außenwirkung eines Kultursektors gestärkt werden:

*„Wir wollen die Reichweite unserer Mitglieder erhöhen. Für sie politisch kommunizieren. Und einfach aufzeigen, was Museen tun. Also insbesondere wollen wir die Kommunikation und die Reflexion in der EU-Öffentlichkeit“ (Interview 5).*

Einzelne Institutionen merkten außerdem an, dass die Gestaltung einer besseren und sozial gerechteren Welt und die Durchsetzung der Sustainable Development Goals über die Regierungsebene der EU eine Rolle spielt. So geben die Verbände an, dass sich Koalitionen über die europäische Ebene auch mit globalen Partnern einfacher schmieden ließen (Interview 9).

Besonders die Museumsinstitutionen betonen den Lerneffekt bei der Vernetzung:

*„Die Museen gehören zum Non-Profit-Bereich und stehen nicht in marktwirtschaftlichem Wettbewerb zueinander. Der europäische Austausch und das Lernen von den anderen spielt eine wichtige Rolle im Verband. Museen sind öffentliche Einrichtungen und müssen Steuergelder immer effizienter einsetzen. Es ist effizient voneinander zu lernen“ (Interview 6).*

Die befragten Vertreter der EK aus dem Generaldirektorat für Kultur, aus den Referaten „Policy and Strategy“ und „Creative Europe“ gibt an, dass die Europäisierung der Kulturinteressenvertretung eines der Ziele der Agenda für Kultur seit 2007 ist. Die Programme „Creative Europe und Media“ bestehen aus mehreren Säulen, die auch der Förderung der Europäisierung der Interessenvertretung von staatlichen und nationalen Kultureinrichtungen dienen. Ziel ist es, durch den strukturierten Dialog mit der Zivilgesellschaft Expertise aus den Nationalstaaten und den unterschiedlichen Sektoren zu erhalten, um damit die Proposals und Direktiven, sowie die Kulturprogramme effektiver, zielgenauer und anhand der Berücksichtigung der Bedürfnisse der Zielgruppen zu gestalten. Ein wichtiges Dialoginstrument ist das Programm „European Voices of Culture“, das als Dialogformat angelegt ist. Der Beamte der Kommission betont, dass die Kommission nur wenige Mitarbeiter für diese Aufgabe zu Verfügung hat:

*„Die Sektorenvertreter und Programme wie „European Voices of Culture“ stellen sicher, dass auch die Kultursektoren und deren Stakeholder eine Stimme erhalten. Man muss die Basis dieser Organisationen zusammenbringen und alle Mitgliedsstaaten zusammenführen (...). Wir müssen deswegen wissen, was wichtig ist, in welchem Land. Es gibt so viele unterschiedliche Interessen, alle unterschiedlichen Stimmen und dann auch die Zivilgesellschaft. Nur das „mixing all that together“ schafft Relevanz und Effizienz (Interview 12).*

Die Förderlinie ist nach Angabe der Beamten eine der wichtigsten Säulen in dem Programm, um diese Expertise aufzubauen und die Interessenvertretung des schwach integrierten Kulturbereichs und die schwachen Stimmen des Kultursektors zusammenzuführen und zu professionalisieren. Die EU generiert ihre eigenen Interessenvertreter im Mehrebenensystem:

*„Die Interessenvertreter spielen eine entscheidende Rolle, um die Programme europaweit zu legitimieren. Es ist unmöglich von Brüssel und der Metaebene der europäischen Verwaltung zu antizipieren was in den Mitgliedsstaaten relevant ist und welche Bedürfnisse die kulturellen Akteure in den Ländern haben. Wir haben lediglich den Blick aufs große Ganze, auf Brüssel und die Metaebene. Über die Beteiligung von Interessenvertretern werden „Legacy“, die Effektivität der Programme und Policy-Outputs, sowie die demokratische Akzeptanz gegenüber den politischen Entscheidungen in diesem schwach integrierten Politikfeld gesteigert“ (Interview 12).*

Der EU-Beamte stellt zudem fest, dass „diese Entwicklung eines professionellen Systems von Interessenvertretern hilft, mit den regionalen und nationalen politischen Institutionen zusammenzuarbeiten“ (Interview 12).

Alle befragten nationalen Kulturverbände merken an, dass die europäische Ebene keine so entscheidende Rolle spielt, dass aber durch die gemeinsame Koordination zwischen den Nationalstaaten und den Förderprogrammen eine Zunahme der EU-Kompetenzen zu beobachten sei und die EU-Kommission und die *Exekutivagentur für Kultur* eine Säule in der Kulturfinanzierung geworden sind:

*„Die EU-Ebene spielt nicht unbedingt eine wichtigere Rolle, denn die Träger der staatlichen Kultureinrichtungen in Europa sind die Nationalstaaten oder lokale Exekutiven. Die regionale Ebene ist damit zunächst deutlich attraktiver als Kanal für unsere Interessenvertretung. Das Feld der Kulturpolitik ist dennoch vor allem ein Bereich der Förderpolitik. Es ist also wichtig, wer bezahlt und weniger wichtig, wer die großen Linien bestimmt. Der Geldgeber ist der zentrale Einflussfaktor und da EU die Museen nicht direkt bezahlt, hat sie weniger Einfluss. Dennoch existiert mit „Creative Europe“ ein Fördertopf, der attraktiv für unsere Mitglieder ist und eine weitere Säule in der Kulturfinanzierung darstellt“ (Interview 6).*

Die Kulturverbände, die zugleich auch Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmervereinigungen in ihrem Sektor sind, unterstreichen die Bedeutung der politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene, die nicht im Feld der Kulturpolitik, sondern in stärker integrierten Politikfeldern getroffen werden, unter anderem im Bereich der Arbeitsregulierung, Arbeitnehmerrechte,

Mobilitätsfragen, die den künstlerischen Austausch betreffen, aber auch Umwelt- und Nachhaltigkeitsregulierungen:

*„(...) die arbeitsrechtlichen Fragen, die direkt durch die EU-Institutionen mitbestimmt werden, haben zugenommen. Dazu gehören die Freizügigkeit von Künstlern, Arbeitserlaubnisse, der internationale Austausch von Mitarbeitern, Mobilität und die Einreise in die EU“ (Interview 2).*

Daneben wird auch der Austausch über die Fördermittel und mögliche Subventions- und Finanzierungsquellen als Grund für die Beteiligung in den europäischen Dachverbänden angegeben: „Die Dachverbände erstellen Leitlinien und Grundsatzpapiere, die uns dabei helfen, diese Mittel zu beantragen und abzurufen“ (Interview 11). Besonders differenziert wurde die Frage durch eine Verbandsgeschäftsführerin aus dem Festivalsektor, die die Zweigliedrigkeit der Europäisierung von Interessenvertretung im Kultursektor beantwortet:

*„Es geht eigentlich um zwei Dinge: die, die unsere Mitglieder wollen, und die, die wir als Verband und europainteressierte Policy-Experten vertreten wollen. Es geht immer ums Geld. Unsere Mitglieder wollen durch die Mitgliedschaft in unserem Verband möglichst viele Benefits. Zum einen exklusivere Zugänge zu Finanzmitteln und Fördermöglichkeiten, aber auch die politische Unterstützung und die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit generieren. Die andere Ursache ist weniger ökonomisch, sondern intellektuell begründet. Unser Verband wurde gegründet, um den kulturellen Austausch in der EU voranzubringen und damit auch die europäische Integration in ihrer Gesamtheit zu fördern. Das Netzwerk war schon in den Fünfzigern als europäisch-föderalistisches Projekt angedacht und sollte als Teil der europäischen Integrationsbewegung etwas zur Friedenssicherung und zur Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität beitragen. Und in diesem Spannungsverhältnis befinden wir uns nun. Das politische Feld der „Citizenship“, die Schaffung einer demokratischen und europäischen Zivilgesellschaft mithilfe der Kunst und unseres Netzwerks, ist unser Ziel (Interview 8).*

Drei der sechs Interviewten merkten an, dass „Cultural Action Europe“ der wichtigste Intermediär zwischen den Interessenorganisationen auf der europäischen Ebene und den europäischen Institutionen ist und eine Rolle in der Advocacy bezüglich inhaltlicher Themen in der Kulturpolitik spielt. Von drei Vertretern wurde betont, dass die Arbeit dieser großen, rein politisch ausgerichteten „Interessenintermediäre“ und Kulturnetzwerke eine wichtige Funktion bei der Entwicklung von Kulturpolitik auf der europäischen Ebene einnehmen (Interview 1, 8, 11):

*„Es geht dabei oft um die Frage, welche Netzwerke beteiligt werden. Es gibt Calls und offene Einladung auf denen sich alle bewerben können. Bei den Netzwerken gibt es einen Wettbewerb zur Finanzierung. Wir brauchen nationale Organisationen dafür. Aber es sind zu viele. Deren Interessen sind zu fragmentiert. Wir*

*versuchen im Rahmen der Professionalisierung der EU-Kulturpolitik europäische Organisationen aufzubauen und die Bestehenden zu unterstützen, sodass sie uns mit ihrer Expertise zur Seite stehen. Es ist unser Ziel, eine europäische Sphäre für die Repräsentanz des Sektors zu schaffen. Es benötigt einen „Sense of Belonging“, eine gemeinsame Zusammenarbeit, europäische Gemeinschaft und Öffentlichkeit. Es geht nicht darum, die nationale Identität abzulegen und nicht mehr national aktiv zu sein, sondern eine europäische Ebene hinzuzufügen und den Wahrnehmungshorizont zu erweitern. Dies dient dem Ziel der Friedenssicherung. Aber auch der Förderung und Verbreitung unserer gemeinsamer kultureller Werte und Lebensweise. Zwischen der Kulturverbänden herrscht eine Kombination von Wettbewerb und Kooperation, Akzeptanz und Kollaboration bei großen Fragen. Jeder denkt, er ist wichtiger als der andere. Wettbewerb um die besten Informationen ist prinzipiell gut für uns und auch im Sinne der EU, solange es nicht zu einem zu sehr fragmentierten System der Interessenvertretung, der Kulturpolitiken und Sektoren führt. Kultur ist sowieso schon kein großes Politikfeld. Wir sind 17 Referenten in 2 Abteilungen, die nur für Kultur zuständig sind. Nicht einmal ein Referent für jeden Mitgliedsstaat. Jede Meinung ist wichtig, aber die Vereinigung und der „common ground“, die Konsensfindung, sind essentiell, um den Sektor ganzheitlich zu stärken. Am Ende gibt es einen besseren Gesetzestext, wenn alle Stimmen gehört wurden, aber er wird noch besser, wenn all diese Stimmen kohärent kondensiert werden“ (Interview 12).*

Aus den Interviews lassen sich die folgenden Gründe für die Europäisierung der Kulturinteressenvertretung herausfiltern:

- EU als Finanzgeber von Kulturinstitutionen
- Netzwerkkonzepte und kultureller Austausch
- Mitbestimmung auf europäischer Ebene und Generierung von Zugängen
- Ideelle Werte und kulturelle Identität
- Servicegedanke und Mitgliederunterstützung
- Generierung von Relevanz und Öffentlichkeit

## **4.2. Strategiewahl**

Die Strategiewahl und strategischen Handlungen der Interessenvertreter stimmen in weiten Teilen mit den im Theorieteil erarbeiteten Annahmen überein. Zwei Drittel der befragten Interessenvertreter geben an, dass sie sowohl direkte „voice“-Strategien als auch indirekte „access“-Strategien anwenden, um ihre Interessenübermittlung „effektiver“ und „nachhaltiger zu gestalten“ (Interviews 1–11). So spielt sich die Strategiewahl eines Verbandes auf mehreren Ebenen ab:

*„Wir nutzen drei Ebenen der Kommunikation. Erstens den direkten Kontakt mit Beamten und Politikern, zweitens Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und drittens Veranstaltungen. Unsere Strategie zur*



*Übermittlung und Durchsetzung politischer Botschaft ist dreigliedrig. Es gibt die Serviceebene, also den Austausch und die Information der Mitglieder. Ebene Zwei ist die politische Arbeit, also der direkte Kontakt mit den politischen Entscheidungsträgern, ausgeführt von mir oder unserer Mitarbeiterin für politische Kommunikation. Die dritte Ebene ist die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, konzipiert von unserem Kommunikationsbeauftragten. Alle Ebenen werden bezüglich einer Botschaft verzahnt, um so möglichst effizient zu arbeiten. Zur Umsetzung von Kommunikationszielen müssen alle drei Ebenen genutzt werden, manchmal verwenden wir für ein oder zwei Ebenen ein anderes Framing. Aber unsere Botschaften müssen auf allen Kanälen immer kohärent und zielorientiert sein, denn nur dadurch entsteht Legitimität. Es gibt verschiedene Instrumente, um Informationen zu übermitteln: Briefe, ein direkter Kontakt, Telefonanrufe, persönliche Treffen, Pressestatements, Pressemitteilungen, die wir an alle Kulturpolitiker senden. Die Öffentlichkeitsarbeit im Radio, Zeitungen oder Fernsehen. All das hat Auswirkungen, wir messen diese allerdings nicht, denn dazu fehlen uns die personellen Ressourcen. Wir nutzen alle Wege, die existieren, aber gehen dabei nicht hoch strategisch vor“ (Interview 6).*

Dies stellt auch die Hauptgeschäftsführerin eines europäischen Theaterverbandes fest:

*„(...) Wir nutzen unterschiedlichste Strategien, entwickeln dafür aber eine einheitliche Linie. Wir müssen unser Interesse immer genau darstellen, sagen, was wir wollen und fordern, Themen proaktiv besetzen. Ermitteln was Mitglieder wollen und Wege finden, wie wir gesellschaftlich wahrgenommen werden können und Relevanz erlangen bzw. die Frage beantworten, warum wir förderungswürdig sind. Dies geschieht unter Einsatz begrenzter Mittel, personell wie finanziell. Eine Kampagne ist dann gut, wenn wir mit kleinem Budget große Effekte generieren. Um das zu erlangen, braucht es viele Partner und Kooperationen. Deshalb ist der direkte Austausch und der inhaltliche Austausch über Konferenzen, Seminare, Referenten aus Politik, Kultur, Gesellschaft für uns die entscheidendere Strategie. Eine weitere wichtige Rolle spielt die Vorstellung unserer Projekte, die Generierung einer medienwirksamen Öffentlichkeit, das Teilnehmen an Gremien, der strategischer Dialog mit der EU, insbesondere über „Voices of Culture“ und die damit einhergehende Einladung, Kommentierung, Vorgabe von Themen gegenüber der Politik“ (Interview 1).*

Auch auf der regionalen Ebene und bei den Kulturinstitutionen ist die Strategiewahl durch einen Mix unterschiedlicher Ansätze geprägt:

*„Unsere Netzwerkarbeit im Mehrebenensystem der EU schafft Öffentlichkeit gegenüber der Politik auf all diesen Ebenen. Es geht darum, mithilfe der Kontakte auf Landes- und Bundesebene Themen in die EU-Kulturpolitik einzubringen und zu spiegeln und so auch unsere Interessen zu vertreten. Wir betreiben Meinungsbildung über das gezielte Ansprechen von Abgeordneten und Parteivertretern. In unserer Heimatstadt gibt es dieses Bewusstsein auf der regionalen Ebene, dass der internationale und auch die europäische Kulturpolitik eine Grundlage für Tourismus, wirtschaftliche Entwicklung und kulturelle Identität ist. Das Theater und die Kulturpolitik ist in der DNA der EU und von Deutschland. Die EU ist ein Wissenskонтinent, und ein Kontinent der Ideen, das geht nicht ohne ein kreatives Umfeld. Regional- und Landesstrukturen mit*

*all ihren Besonderheiten sind wichtig für die europäische Ebene, und das Mehrebenensystem. Alle müssen sich unterstützen und in einer komplexer werdenden Zeit Informationen austauschen“ (Interview 3).*

Wichtig zur Gestaltung einer effektiven Kommunikation sei das permanente Engagement der Interessenorganisation und die damit einhergehende Schaffung von Nachhaltigkeit: „Es braucht permanenten Austausch, man kann nicht nur Relationen aufbauen wenn man sie gerade benötigt, sondern muss im stetigen Austausch mit den jeweiligen Entscheidungsträgern sein“ (Interview 5).

*„Alle paar Monate geben wir bestimmte Updates über unsere politischen und inhaltlichen Forderungen und Bedürfnisse. Zudem involvieren wir Kommissionbeamte, Politiker und Parlamentarier in unsere Veranstaltungen. Wir haben ein Hospitationsprogramm für Kulturpolitiker aufgesetzt, laden sie zu unseren Versammlungen ein oder als Speaker bei Veranstaltungen“ (Interview 8).*

Ausdruck dieses Ansatzes sei besonders das Programm „European Networks of Culture“:

*„Beim ENC gibt es Workshops und Arbeitsgruppen, die uns mit den Entscheidungsträgern zusammenbringen. Dabei schauen wir, wie Mehrwert durch die Fördermittel der EU generiert werden kann, wie der Austausch intensiviert wird und wie Partizipation und demokratischere Vergabe- und Teilhabeprozesse implementiert werden können. Daneben gibt es Arbeitsgruppen im EP, an denen wir partizipieren. Unser Ziel ist ein Europa bottom up, mit partizipatorischen Möglichkeiten für die Interessenakteure in der Kulturpolitik. Die Beamten, Kommissare und Parlamentarier sind Teil dieses Arbeitsprozesses, wir treten selbstbewusst als Netzwerk auf, das ihnen einen Mehrwert bietet“ (Interview 8).*

Auch ein weiterer Geschäftsführer betrachtet die Gremienarbeit als wichtiges Instrument:

*„Es geht Hand in Hand. Der direkte Austausch ist nur dann effektiv und effizient, wenn wir auch indirekt arbeiten. Das unterstützt den Austausch mit Politikern und die Positionierung in der Öffentlichkeit und steigert somit den Erfolg des Austausches“ (Interview 10).*

Es wird auch angemerkt, dass das Mehrebenensystem der EU die Notwendigkeit unterschiedlicher Strategieansätze bedingt:

*„Auf der europäischen Ebene brauchen die politischen Prozesse viel Übersetzung und vorrausschauende Konzeption. Bestimmte Dinge haben nicht gleichen Stellenwert für die EU-Institutionen, als sie das für uns oder die Mitgliedsstaaten haben. Zuständige Verantwortliche haben oft andere Ansichten. Man lernt in der Interessenvertretung voneinander. Der strukturierte Dialog mit seinen direkten Austauschgremien hilft dabei, uns eine Stimme in diesem Gewirr an Institutionen und Bürokratie zu verschaffen. Wegen unserer*

*begrenzten Mittel müssen wir Multiplikatoreffekte schaffen. Das heißt, wir müssen uns früh mit unseren Mitgliedsinstitutionen auf eine Linie einigen“ (Interview 10).*

*„Man braucht Visionen und Richtungen, eine Art von Ownership. Durch die Beteiligung von Politikern an unseren Events und Projekten kann das entstehen, verbunden mit Verantwortungsbewusstsein der Entscheider. Kultur und Festivals sind ein bescheidener, kleiner Teil der Gesellschaft. Wir müssen alles immer grassrootsmäßig und mit Kollaborationen machen. Wir sind kleine Netzwerke und streben nach kontinuierlicher, nachhaltiger Erweiterung und Überleben. Wir wollen unsere Bedürfnisse aufzeigen zu Finanzen und Unterstützung durch die Politik, aber auch als Teil der aktiven Zivilgesellschaft neue Ideen für die Ausgestaltung der zukünftigen Kulturpolitik einbringen“ (Interview 8).*

**Andere betonen die Bedeutung direkter Strategien:**

*„Wir sind eine sehr diskrete Organisation und generieren wenig Öffentlichkeit über Medien und Presse. Mit der Öffentlichkeit sind wir im Austausch über OPERAVISION, unserem von der EU geförderten Online-Portal für Oper. Das ist ein öffentlicher Kanal und eine Website zur Diversität der Oper in Europa und soll dabei helfen, die Relevanz und Bedeutung des Sektors einem breiten Publikum erfahrbar zu machen. Eine andere Säule ist die Mitgliederkommunikation, also die Information der Mitglieder über die geleistete Arbeit via Rundschreiben und Mitteilungen“ (Interview 11).*

**Auch die nationalen Verbände nutzen im europapolitischen und nationalen kulturpolitischen Kontext vor allem direkte Kontaktformen:**

*„Zentrum unserer politischen Kommunikation ist der direkte Kontakt mit Entscheidern. Diesen stellen wir über Briefe, Telefonate, Hintergrundgespräche, Einladungen zu Ausschusssitzungen, Gremienarbeit, die Kooperation mit externen Vertretern aus der Kulturbranche, der Vertretung des Sektors in Gremien, wie der Kulturministerkonferenz oder durch informelle Gespräche besonders auf Veranstaltungen her“ (Interview 2).*

**Trotz des Fokus auf direkte Strategien nutzen alle Interessenvertreter, die befragt wurden und diese als besonders wichtig für die Interessenvertretung bezeichneten, auch eine Vielzahl indirekter Strategien. So merken zwei Interviewpartner an:**

*„Sowohl politische Kontakte als auch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind Teil unserer Vermittlungsstrategie. Es hat sich herausgestellt, dass die Verbindung beider Strategieinstrumente uns dabei hilft, eine Botschaft besonders reichweitenstark und zugleich zielgenau zu verbreiten. Wir nutzen für die Pressearbeit insbesondere unsere Social-Media-Kanäle, emittieren Pressemitteilungen, veröffentlichen Standpunkte und versuchen unsere Website als Schaufenster unserer Arbeit zu präsentieren“ (Interview 5).*

Auch die Kooperation mit anderen Organisationen spielt eine Rolle:

*„Die Vernetzung mit anderen Kulturinstitutionen, wie dem Deutschen Kulturrat oder europäischen Kulturverbänden erhöht unsere Hörbarkeit und Sichtbarkeit. Direkte Kontakte sind immer besser als Pressemitteilung. Das liegt auch daran, weil wir kein reiner Interessenverband oder eine Gewerkschaft sind. Man kann der Politik Informationen geben und sie in eine bestimmte Richtung lenken, aber man kann nicht die Politik dauernd direkt kritisieren, da wir damit ja eigene Mitglieder (unsere Träger) kritisieren würden. Die Öffentlichkeitsarbeit flankiert diese direkte politische Arbeit“ (Interview 2).*

Auch der Kulturdezernent betrachtet Intermediäre als essentiell, um Botschaften in die EU-Kulturpolitik zu tragen:

*„Im Theaterbereich ist auch das Brüsseler Büro bzw. die kulturpolitischen Gremien des Deutschen Städtetags wichtig. Der Städtetag fragt Kommunen an, ob sie Stellung zu bestimmten Gesetzgebungsverfahren nehmen wollen, subsumiert das und nimmt eine gemeinsame Position ein, die anschließend in Brüssel vor der Kommission vertreten wird“ (Interview 4).*

Daneben wird die Bedeutung der Gründung eines Brüsseler Büros betont:

*„Wir sind durch das Brüsseler Büro direkt ansprechbar für die politischen Institutionen und nehmen zugleich alle Veranstaltungen, Empfänge oder Gremien wahr. Die kulturpolitische Blase ist in Brüssel nicht so groß. Man kennt sich nach wenigen Wochen, weiß mit wem man wann reden muss“ (Interview 9).*

### **4.3. Kanal der Interessenvertretung**

Lediglich ein europäischer Dachverband nennt das Europäische Parlament als wichtigsten Ansprechpartner:

*„Das EU-Parlament ist für uns die wichtigste Institution. Es hat eine wichtige Stellung im EU-Entscheidungsprozess und kann EK-Gesetzesvorschläge beeinflussen. Die Abgeordneten sind unsere engen Vertrauten aus den einzelnen Ländern und geben uns Informationen aus erster Hand für unsere Mitglieder“ (Interview 10).*

Diese Meinung unterscheidet sich von den anderen europäischen und nationalen Dachverbänden, die vornehmlich die EU-Kommission als Hauptansprechpartner für politische Fragen bezeichnen und ihre Interessenvertretung mehrheitlich an diesem Organ ansiedeln:

*„Generell sind wir mit allen EU-Institutionen und deren kulturpolitischen Gremien in Kontakt, allerdings ist es von praktischer Seite aus so, dass für uns die Kommission die wichtigste Institution ist, da sie*

*Finanzmittel verteilt, unsere Projekte inhaltlich und finanziell fördert, durch das Gesetzgebungsvorschlagsrecht der erste Ansprechpartner bei Gesetzes- und Regulierungsfragen ist und sich darum bemüht, durch Förderung und Austausch auf die Bedürfnisse unseres Sektors einzugehen. Daneben fördert die Kommission und das Generaldirektorat für Kultur gemeinsam mit der EACEA die Europäischen Kulturnetzwerke“ (Interview 1).*

Erwähnt wurde die Kommission auch zweimal bezüglich des Dialogformats „European Voices of Culture“. Bezüglich des Parlaments wurde von allen Dachverbänden der Ausschuss für Kultur und Bildung als wichtigstes Gremium benannt (Interview 1 und 9). Dieser sei „daran interessiert, aufgrund der zunehmenden Kompetenzen im Legislativprozess Beziehungen mit externen Akteuren im Kultursektor aufzubauen“ (Interview 1). Besonders die nationalen Kulturverbände und die regionalen Kulturinstitutionen merken an, dass der lokale MdEP konsultiert wird, um über kulturelle Angelegenheiten zu sprechen und diese eine Vermittlerrolle zwischen den lokalen Trägern und der europäischen Ebene einnehmen (Interview 1). Der EU-Ministerrat nimmt ebenfalls eine solche Rolle ein; ein Großteil der Dachverbände attestiert, der „EU-Ministerrat wird insbesondere durch die nationalen Verbände oder durch lokale Institutionen angesprochen“ (Interview 10). Ebenso spielen die nationalen Abgeordneten eine wichtige Rolle in der Interessenvertretung zur Kulturpolitik:

*„Unser direkter politischer Weg läuft über die örtlichen Parlamentarier. Es geht dabei um einen informelleren Austausch. Abgeordnete nutzen das regelmäßig und selbstverständlich. Zudem sind wir im Kulturausschuss des Deutschen Städtetags aktiv. Auch dieses Gremium ist gut, um Positionen zu entwickeln, die gegenüber der Bundesregierung und den europäischen Institutionen in kulturpolitischen Fragen artikuliert werden“ (Interview 4).*

Die meisten der europäischen Verbände nutzen dennoch mehrere Kanäle zur Interessenvertretung:

*„Wir sind mit allen europäischen Ebenen in Kontakt. Das Parlament, da geht es uns um den direkten Kontakt. Die MdEPs sind die Vertreter der Bürger. Über das EP generieren wir Relevanz und nutzen einen dezentralen Weg zur Einbeziehung unserer Interessen. Die Kommission hingegen ist das Exekutivorgan und soll im besten Fall unsere Forderungen umsetzen. Wir arbeiten eng mit der EK zusammen und unterstützen die Beamten bei der Aufarbeitung und der Implementierung von Programmen der Kommission. Insbesondere der Austausch bezüglich Creative Europe spielt eine wichtige Rolle für uns, weil wir über die Effizienz und Effektivität des Programmes mitbestimmen können“ (Interview 8).*

Mehrere Institutionen und Verbände nennen zudem größere Kulturnetzwerke und Arbeitgeberverbände als wichtige Mediatoren in der Auseinandersetzung mit der EU:

*„PEARLE und CAE spielen für uns eine wichtige Rolle, denn sie verknüpfen die Forderungen der meisten Kulturakteure auf europäischer Ebene und sind darauf spezialisiert, Advocacy für den Kultursektor gegenüber den EU-Institutionen zu betreiben“ (Interview 8).*

Fast alle Verbände gaben an, in regelmäßigem Austausch mit politischen Entscheidungsträgern zu stehen und diesen Austausch für ihre Interessenvertretung zu nutzen. Dies gilt sowohl für die europäischen Kulturdachverbände als auch die regionalen Kulturinstitutionen (Interview 1–12). Die Häufigkeit des Austauschs und der Kontaktaufnahme zu politischen Entscheidungsträgern variiert zwischen täglichen E-Mailwechsellern und Telefonanrufen, bis hin zu jährlichen Treffen mit Entscheidungsträgern. Alle europäischen Dachverbände haben angegeben, monatlich mit Vertretern der europäischen Institutionen im Austausch zu stehen. Besonders die Kommission wurde am häufigsten genannt. Auffällig ist, dass besonders die Kulturverbände, die über die beiden Programmlinien ENC und VoC enger an die Kommission angebunden sind, häufiger Austausch mit den Beamten haben:

*„Davor hatten wir nur Kontakte mit Kommissionsbeamten. Es gab starke Hierarchien. Und seit ein paar Jahren, seit der neuen Kommission, sind wir jetzt mit der obersten Ebene vernetzt. Die Professionalisierung nimmt zu. Wir haben sogar die privaten Handynummern (Interview 6).*

Europäische Dachverbände sind am häufigsten mit europäischen Institutionen in Kontakt. Die nationalen Kulturverbände fokussieren nationale Institutionen. Dennoch zeigt sich auch, dass die Kulturinstitutionen auf allen Ebenen aktiv sind und häufig über die MdBs aus dem entsprechenden Wahlkreis oder MdEPs, Botschaften in die europäische Arena einbringen. Die Institutionen, welche am seltensten mit politischen Entscheidungsträgern in Kontakt sind, zeichnen sich durch Gemeinsamkeiten aus. Bei den europäischen Dachverbänden sind es solche Netzwerke, die insbesondere den Servicegedanken gegenüber ihren Mitgliedern betonen und sich dem Austausch der Mitgliederinstitutionen untereinander widmen, Verbände, die mit geringeren Ressourcen ausgestattet sind und kostengünstigere und zeitlich weniger aufwendige Strategien wählen oder Institutionen, die eher an der nationalen und regionalen Ebene interessiert sind (Interview 1–12). Folgende Ergebnisse haben sich bezüglich der quantitativen Fragen ergeben:

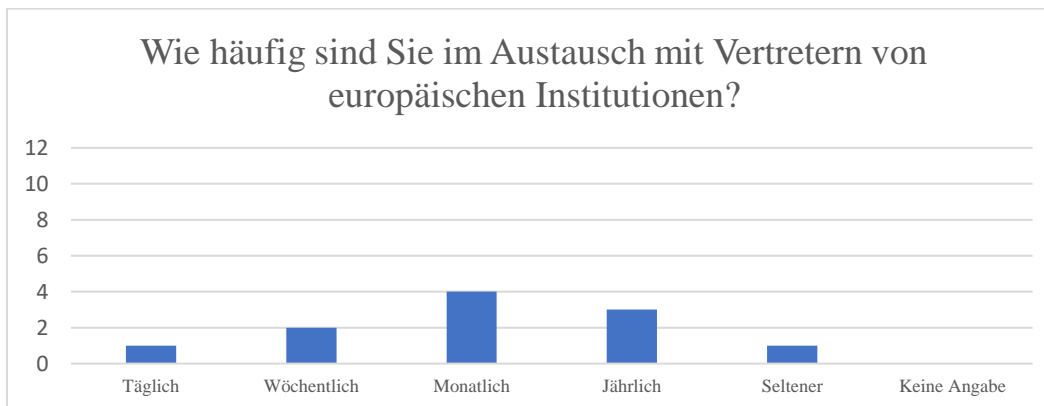


Abbildung 6 - Grafiken zu quantitativen Daten

#### 4.4. Art der Informationen im Austausch für Zugänge

Alle Verbände antworten auf die Frage, ob Informationen eine Rolle in der Interessenvertretung auf der europäischen Ebene spielen mit „Ja“ (Interview 1–12). Die interviewten Experten waren der Ansicht, dass Informationen und Expertise eine entscheidende Rolle bei der Ausgestaltung der Interessenvertretung spielen würden, und die Hälfte meinte, dass sie Zugänge zu Entscheidungsprozessen durch den Austausch von Informationen erlangt zu haben. Viele verweisen darauf, dass die Interessenvertreter vor allem „wissenschaftliche Informationen durch Umfragen,

Studien und Veröffentlichungen“ (Interview 11) an die politischen Verantwortlichen und ihre Mitglieder tragen: „Wir stellen rechtliche, wirtschaftliche Informationen für die politischen Institutionen bereit“ (Interview 7). Nicht nur die Übermittlung von Informationen an die politischen Institutionen spielt eine Rolle, sondern auch die Spiegelung der gesammelten Erfahrungen und Entwicklungen an die Mitgliederinstitutionen eines europäischen Verbandes. Der Opernverband entwickelt unter anderem

*„Benchmarking-Tools für das Lobbying der einzelnen Mitglieder in den Ländern (Produktivität, Arbeitsmarktregulierungen, was tut der Sektor, Subventionen) als Argumentationsgrundlagen gegenüber den nationalen Regierungen“ (Interview 11).*

Verbände, die auch in arbeitsrechtlichen Fragen Mitsprache einfordern, betrachten die Bereitstellung juristischer Informationen zur Unterstützung der Direktiven als Instrument ihrer Arbeit: „EU-Direktiven sind immer juristisch, wir geben juristische Expertise im Bereich kulturpolitischer Fragen ab“ (Interview 2). Der Bibliotheksverband hingegen betont die Bedeutung von Sektorinformationen und nutzt dafür eine selbstorganisierte Bibliotheksmesse im EU-Parlament:

*„Dort präsentieren wir das Beste, was der Sektor zu bieten hat und kommen ins Gespräch mit den Parlamentariern. Ein perfekter Ort, um Informationen und Bedürfnisse unserer Mitglieder vorzutragen“ (Interview 10).*

Auch die Theatervereinigungen unterstreichen die Notwendigkeit der Übermittlung von sektoralen Informationen an die Politik:

*„Es sind rechtliche und wirtschaftliche Informationen, die wir in den Kontakten mit den europäischen Institutionen übermitteln wollen. Es geht um ganz schwerwiegende rechtliche und aber auch technische Fragen, die wir mit der Politik erörtern. Kein Kulturpolitiker weiß, wie die arbeitsrechtlichen Grundlagen eines Bühnentechnikers aussehen oder wie dieses verbessert werden können“ (Interview 2).*

Der Grund für die Bereitstellung von Informationen von den Vertretern der Museumsorganisationen deutlich gemacht:

*„Den Politikern geht es darum, erstmal von uns etwas zu erfahren. Sie haben nämlich nicht die personellen Ressourcen, um tiefgehende Expertise im kulturpolitischen Bereich zu entwickeln. Es gibt nur wenige Mitarbeiter im DG Culture. Es geht um Informationsaustausch und wir haben Interesse an diesem Dialog und in der Regel die sich daraus ergebenden Zugänge zum politischen Prozess. Informationen und die*



*Mitgestaltung von Förderprogrammen verbessern aber auch den Zugang zu Fördermitteln für unsere Mitglieder. Der Dialog, die gemeinsamen Initiativen mit Kooperationspartnern, die Vertretung ideeller Interessen, macht die Kulturpolitik für uns zu einem Mittel zum Austausch von Werten. Wir übermitteln den Puls des Sektors, also kulturelle und soziale, gesellschaftliche Informationen“ (Interview 9).*

So sehen es auch die nationalen Verbände:

*„Wir sind Sachkundige in der EU für unser Land und unseren Sektor. Wir aggregieren die Meinungen unserer Mitglieder, übermitteln die Infos an die Politik und bekommen dadurch Zutritt zu Gremien, werden als Experten gehört. Wir müssen qualitativ hochwertige Informationen abliefern. Nur dadurch werden wir als Experten und mit unserer Expertise wahrgenommen“ (Interview 6).*

Vertreter der nationalen Theater merken zudem die zunehmende Komplexität des „Policy-Makings“ an und unterstreichen die Notwendigkeit von Informationen:

*„Wir leben in einer komplexen, hochgradig fragmentierten und differenzierten Welt. Verschiedenste gesellschaftliche, kulturelle, soziale und politische Fragen benötigen unterschiedliche Expertise. Die Herausforderung, Politik zu machen, liegt heute darin, diesen komplexeren Problemlagen mit gleichen Ressourcen Herr zu werden und Entscheidungen zu treffen, die optimale Outputs generieren und diese durch Effizienz und Zielgenauigkeit zu legitimieren. Hier setzen wir an, wir bieten Informationen, Fachexpertise über den Sektor und Wissen über den Bereich Kultur, das gar nicht anderweitig bereitgestellt werden kann. Neue Bedürfnisse entstehen. Politik wird komplexer und das hat Auswirkungen auf die Frage, welche Informationen an welchem Punkt des politischen Prozesses notwendig sind und wer diese Informationen bereitstellt. Wir leiden nämlich oft darunter, dass man uns vergisst, weil wir nicht zu den mächtigen und finanzstarken Interessen gehören“ (Interview 6).*

Einen künstlerisch-ästhetischen Ansatz haben die Vertreter der Festivalverbände:

*„Wir versuchen die Kraft der Festivals an die EK und das EP zu tragen. Diese künstlerische Kraft wollen wir nutzen, um über die Situation im kulturellen Bereich und für unsere Mitglieder zu informieren. Wir geben den Nutzen für Institutionen vor? Sie sollen unsere partizipativen Prozesse nutzen, um diese auf die Gestaltung der Förderprogramme anzuwenden. Wir bieten den Institutionen also künstlerische Informationen an und übermitteln Kreativität im Problemlösen. Gemeinsam mit den Institutionen wollen wir neue Wege finden, die Kraft für die Fortentwicklung der Demokratie in Europa zu nutzen“ (Interview 8).*

#### **4.5. Zeitpunkt der Interessenvertretung**

Alle interviewten Experten der Interessenorganisationen antworteten, dass die Interessenvertretung „so früh wie möglich“ und „so umfassend wie möglich“ gegenüber den politischen

Entscheidern und Institutionen durchgeführt werden muss, um effektiv Zugänge zu generieren und optimale Outputs zu realisieren (Interview 1–12). Fast zwei Drittel der befragten Experten geben an, dass „Proaktivität“ entscheidend für die Übermittlung politischer Botschaften ist:

*„Wir müssen proaktiv agieren, langfristig an unserer Strategie arbeiten und so früh wie möglich, ohne Hintergedanken mit den wichtigen Entscheidern in Kontakt treten“ (Interview 5).*

Einige Vertreter nennen konkrete Zeitpunkte, an denen die Interessenvertretung ihrer Organisation beginnt:

*„Wir schauen uns das Amtsblatt der EU-Kommission an, dort werden die aktuellen Drafts kommuniziert. Das ist dann der Zeitpunkt, an dem wir mit der Interessenvertretung beginnen“ (Interview 10).*

Ebenso sehen es die Geschäftsführer der Theaterverbände:

*„Wir bauen Kontakte so früh wie möglich auf, um sie dann in der richtigen Situation für uns zu nutzen. Wir dürfen niemals nur reagieren, sondern müssen immer proaktiv handeln. Wenn die Krise eingetreten ist und wir erst dann Kontaktaufbau leisten, ist es eigentlich zu spät“ (Interview 1).*

Einig sind sich alle Interessenvertreter auch darüber, dass die Interessenvertretung langfristig aufgestellt sein muss:

*„Es ist immer besser proaktiv zu sein, eine langfristige Strategie zu haben aufgrund der EU-Kulturpolitik. Wir leisten strukturelle Vorarbeit und gestalten dadurch die Förderinstrumente der EU mit. So wirken sie zielgerichtet und genau“ (Interview 4).*

Obwohl besonders die europäischen Dachverbände die Einbindung in die politischen Prozesse und die Designphasen für Förderprogramme der EU betonen, sagen diese auch, dass „der Kampf um die Einbindung selbst sehr wichtig“ sei (Interview 8). Call for Proposals oder die Nutzung von Einladungen würden helfen, politische Zielvorstellungen frühestmöglich einzubringen (Interview 2).

## **5. Schlussbetrachtungen**

Im Rahmen der Auswertung der Interviews, verbunden mit der davor erfolgten theoretischen Darstellung des Themenfeldes, hat sich herausgestellt, dass öffentliche Kultureinrichtungen ihre Interessenvertretung nach den Definitionen von Radaelli und Kohler-Koch europäisiert

haben und die in der Theorie genannten Gründe für Europäisierung zum großen Teil zutreffend sind. So kann die Frage, warum eine Europäisierung von Interessenvertretung erfolgt, nach Befragung von 12 Experten aus dem Kultursektor durch folgende Ursachen beantwortet werden:

### 1. EU als Finanzgeber von Kulturinstitutionen

Alle Institutionen betrachten die EU und besonders das Programm „Creative Europe“ als weitere Finanzquelle für ihre Aktivitäten oder substituieren den Wegfall nationaler und regionaler Finanzmittel mit den Geldern der EU. Durch den Zugang zu Ressourcen sichern die europäischen und nationalen Verbände ihre Legitimität gegenüber ihren Mitgliedern. Dieses Ergebnis stimmt mit der Annahme von Bouwens Ressourcenaustauschtheorie überein.

### 2. Netzwerkkonzepte und kultureller Austausch

Rund zwei Drittel der Kulturinstitutionen nennen den kulturellen Austausch und die Netzwerkbildung als Grund ihres Engagements auf der europäischen Ebene. Im Mittelpunkt steht dabei die Organisation gemeinsamer Projekte, die Schaffung von Austauschprogrammen, die Absprache bezüglich künstlerischer Formate, die gegenseitige Unterstützung in rechtlichen, ökonomischen und politischen Fragen und der Austausch auf der Arbeitsebene durch Konferenzen, Gremien und Veranstaltungen. Als Instrument von Seiten der EU haben sich die Programme „European Networks of Culture“ und „Voices of Culture“ herausgestellt. Der Netzwerkkonzept und konnte in den theoretischen Betrachtungen zur kulturpolitischen Interessenvertretung in der EU herausgearbeitet werden. Sowohl die EU-Institutionen als auch die Interessenvertreter haben ein Interesse zur Netzwerkbildung, um die Stimme der Kultursektoren zu aggregieren und breiter aufzustellen. Bei der EU ist dies eng mit dem Ziel verbunden, schwache Interessen in wenig europäisierten Politikfeldern zu unterstützen und ein neo-korporatistisches System der Interessenvertretung aufzubauen. Die Kondensation der Interessen in Netzwerken geht eng mit der Professionalisierung der Interessenvertretung auf der europäischen Ebene einher.

### 3. Mitbestimmung auf europäischer Ebene und Generierung von Zugängen

In der Theorie von Bouwen zum Ressourcenaustausch spielt die Generierung von Zugängen zum Politikprozess und die damit einhergehende Einflussnahme in den politischen Prozess die wichtigste Rolle. Auch die Hälfte der befragten Institutionen nennen die Schaffung von Zugängen, die mit der Partizipation im politischen Prozess verbunden ist, als Ursache für die Europäisierung ihrer Interessenvertretung. Dafür beteiligt sich ein Großteil der Verbände in Gremien, bei Expertenanhörungen oder am strukturierten Dialog der europäischen Institutionen. Der

Zugang zum politischen Prozess ermöglicht nach Ansicht der befragten Experten die Mitbestimmung bei der Entwicklung von Policies und Förderprogrammen, wie „Creative Europe“, was für die Institutionen und ihre Mitglieder bedeutet, dass sie darauf Einfluss nehmen können, wie die EU-Finanzmittel verteilt und eingesetzt werden. Für die EK und die anderen Institutionen hilft der Dialog dabei, die Programme und Finanzmittel durch das Expertenwissen, welches die Kommission aufgrund fehlender Ressourcen nicht besitzt, effektiver und zielgenauer zu gestalten. Aus diesem Grund besteht auch bei den EU-Institutionen ein Interesse, den Interessenorganisationen Zugänge zu gestatten. In diesem Punkt wird die Ressourcenaustauschtheorie nach Bouwen auch bestätigt, denn die Informationen dienen als Austauschgut für Zugänge.

#### 4. Ideelle Werte und kulturelle Identität

Anders als in den ökonomisch orientierten Theorien zur Interessenvertretung haben rund die Hälfte der Interviewpartner ideelle Gründe für ihr Engagement auf der europäischen Ebene genannt. Darunter fallen Ziele, wie die Sicherung von Frieden mithilfe des kulturellen Austauschs, die Schaffung einer gemeinsamen europäischen kulturellen Identität, die Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit, der Schutz von Wissenschafts- und Kunstfreiheit, Kultur als Soft-Power-Instrument in der Außendarstellung der Staaten oder die Unterstützung von Kulturschaffenden in der Welt, insbesondere in Entwicklungsländern. Diese Ziele sind teilweise aktivistischer Natur und erinnern eher an soziale Bewegungen als an klassische Interessenorganisationen. Hier zeigt sich auch das in der Theorie skizzierte Spannungsverhältnis von öffentlichen Interessenorganisationen in Politikfeldern wie der Kulturpolitik, die sowohl Charakteristika von sozialen Bewegungen (ideelle Interessen, Grassroot-Strukturen) und von Interessenorganisationen (Professionalisierung, Nutzung von politischen Kanälen, direkter Austausch) aufweisen. Die ideellen Interessen wurden in der Interessenforschung zur EU-Interessenvertretung bisher wenig betrachtet, spielen aber im Kultursektor eine erhebliche Rolle. Auch die Gründungsgeschichte vieler europäischer Dachverbände basiert auf ideellen Interessen, die mit der Förderung einer kulturellen, europäischen Integration einhergehen.

#### 5. Servicegedanke und Mitgliederunterstützung

Die Kulturdachverbände betrachten sich selbst als Serviceorganisationen ihrer Mitgliedsinstitutionen und werden auch umgekehrt von diesen als Servicenetzwerke betrachtet. Neben der Bereitstellung von Informationen für die Mitglieder (arbeitsrechtlich, juristisch, kulturell, wissenschaftlich und ökonomisch), der Unterstützung bei europäischen Fragen, die die nationale und regionale Ebene betreffen, der Vertretung der Mitglieder durch Expertenwissen, der

Beratung bei politischer Fragestellung und der Aufbereitung und Weiterleitung von Informationen über die politische Entwicklung in der EU, verstehen sich die Verbände als Intermediäre zwischen den Mitgliederinstitutionen und der Politik. Die Servicerolle wird von vielen als Grund für die Europäisierung genannt, weil die Mitgliedsinstitutionen selbst weder die personellen oder finanziellen Ressourcen haben, zu analysieren, welche Folgen politische Entscheidungen und Regulierungen für sie haben. Hier lässt sich Bouwens Austauschtheorie erweitern, denn Informationen werden von den Intermediären für die Mitgliedsbeiträge der Mitgliedsinstitutionen mit diesen ausgetauscht. Interessenorganisationen sollen die Bedürfnisse aggregieren und dann in der EU vertreten.

#### 6. Generierung von Relevanz und Öffentlichkeit

Alle Institutionen nannten als Grund für die Europäisierung die Darstellung der Relevanz des Sektors auf der europäischen Ebene und die Schaffung einer transnationalen Öffentlichkeit für die Bedürfnisse der Mitgliedsinstitutionen. Durch die europäischen Dachverbände können die nationalen und europäischen Fragen und Probleme des Sektors mit Außenwirkung in die Diskurse auf der europäischen Ebene eingebracht werden. Zudem hilft die Mitgliedschaft in einem erfolgreichen europäischen Kulturdachverband dabei, auch auf der nationalen und lokalen Ebene Probleme in die Agenda einzubringen und Bedürfnisse gegenüber den Politikern zu artikulieren. Besonders wichtig ist es den Kulturinstitutionen, ihre Relevanz und die Bedeutung des Sektors gegenüber den politischen Verantwortlichen und der Öffentlichkeit deutlich zu machen, um damit wieder verstärkt Finanzmittel und politische bzw. gesellschaftliche Unterstützung einzuwerben.

Auch die Strategiewahl der Kulturinteressenorganisationen stimmt mit den theoretischen Vorannahmen, die insbesondere auf den Ausarbeitungen von Chalmers und Michalowitz basieren, überein. Die befragten Interessenorganisationen nutzen sowohl direkte als auch indirekte Strategien, also sowohl den engen politischen Austausch mit den europäischen Institutionen als auch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, um ihre Botschaften nach außen zu tragen. Litigation als juristisches Mittel spielt aufgrund des wenig verrechtlichten Charakters des Politikfelds eine untergeordnete Rolle. Die Kulturinteressenorganisationen beschreiben ihre Strategie als erfolgreich, wenn eine Botschaft über unterschiedliche Kanäle übermittelt wird. Auch dies stimmt mit den Theorien zur kommunikativen Strategiewahl der Interessenorganisationen überein. Neben den klassischen Mitteln (Anrufe, Termine mit Politikern und Beamten, Veranstaltungen, Konferenzen und Pressemitteilungen, Briefe, Social Media) stellten einige der Institutionen

heraus, dass besonders partizipative Formate, wie Veranstaltungen mit Politikern, effektive Instrumente zur Vermittlung sind. Die EK ist der erste Ansprechpartner für die europäischen Kulturverbände und wurde auch von nationalen Verbänden und regionalen Kulturinstitutionen als wichtigste Institution auf der europäischen Ebene genannt. Als Exekutivorgan und verantwortliches Organ für die Verteilung von Finanzmitteln, sowie aufgrund der Kompetenz des Gesetzesvorschlags, fokussieren sich die Interessenorganisationen auf die EK als Kanal ihrer Interessenvertretung. An zweiter Stelle wurde das EP genannt, welches die Vermittlerrolle im kulturpolitischen Bereich für viele Interessenorganisationen einnimmt. Der Ministerrat wird über die Regierungen als Intermediäre und von den nationalen Verbänden fokussiert, spielt aber auf der europäischen Ebene die geringste Rolle. Ähnlich wie in Bouwens Betrachtungen bieten die Interessenorganisationen Informationen im Austausch für politische Zugänge an. Neben wissenschaftlichen, juristischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Informationen werden Expertisen über die jeweiligen Sektoren übermittelt. Diese kann am ehesten mit dem EEI und DIE verglichen werden. Die Ressourcenaustauschtheorie lässt sich auch auf das Feld der Kulturpolitik anwenden, da Informationen das Hauptgut im Austauschprozess von europäischen Institutionen und Interessenvertretern sind. Auch die Annahme, dass die EU aufgrund der geringen personellen und wissenschaftlichen Ressourcen Informationen von den Kulturverbänden benötigt, um den Politikprozess und dessen Outcomes effektiver zu gestalten und damit Legitimität herzustellen, konnte bestätigt werden.

Die Arbeit konnte eine erste Vermessung des Feldes herstellen. Dennoch müssen auch die Interviewergebnisse kritisch interpretiert werden, da zwar die vorher genannten Fehlerquellen so klein wie möglich gehalten wurden, bestimmte Tendenzen wie sozial erwünschtes Antwortverhalten oder ein Bias bezüglich des Standortes der Institutionen verzerrte Antworten produzieren können. Dennoch lassen sich aufgrund der Vielzahl der Gespräche verallgemeinerbare Erkenntnisse ableiten.

Insgesamt zeigt sich, dass Interessenorganisationen im Mehrebenensystem auf allen Ebenen aktiv sind und sich die Struktur der Interessenvertretung im Kulturbereich in den letzten Jahren europäisiert hat. Dennoch ist die nationale Ebene auch für die Interessenvertretung im öffentlichen Kultursektor die essenziellste Ebene, da hier ein großer Teil der Finanzmittel verteilt und Gesetze erlassen werden. Die Frage nach der Europäisierung der Kulturpolitik ist eng mit den Debatten zur Schaffung einer europäischen kulturellen Identität und Öffentlichkeit verbunden. Die Kulturinteressenvertreter sind seit der Gründung vieler Kulturverbände wichtige Akteure

in diesem kulturellen Integrationsprozess und versuchen seit der Schaffung der EG, mit ihrem Engagement den Wert der kulturellen Integration in die EU und die Nationalstaaten zu tragen. Weitere Forschung ist notwendig, um das Feld der kulturpolitischen Interessenvertretung in der EU tiefergehender zu analysieren. Dies würde nicht nur dafür sorgen, Informationen über das Verhalten von Interessenorganisationen in weniger integrierten Politikfeldern zu erhalten, sondern auch Prognosen für die Entwicklung dieser Politikfelder zu erstellen. Zudem würde die Intensivierung der Forschung zur europäischen Kulturpolitik dabei helfen, Lücken in den Policy- und Förderframeworks aufzuzeigen und damit die Policy-Outcomes zu verbessern.

## 6. Literaturverzeichnis

Ainsworth, Scott (1993): Regulating lobbyists and interest group influence, *The Journal of Politics* 55(1), 41–56.

Baumgartner, Frank (2007): EU Lobbying: A view from the US, in: *Journal of European Public Policy* 14 (3), 482–488.

Baumgartner, Frank, Berry, Jeffery, Hojnacki, Marie, Kimball, David, Leech, Beth (2009): *Lobbying and Policy Change: Who Wins, Who Loses, and Why*, University of Chicago Press, Chicago.

Beyers, Jan (2004): Voice and access. Political practices of European interest associations, *European Union Politics* 5(2), 211–40.

Beyers, Jan, Braun, Caelesta, Marshall, David, Bruycker, Iskander de (2014): Let's talk! On the practice and method of interviewing policy experts, in: *Int Groups Adv* 3 (2), 174–187.

Beyers, Jan, Fink-Hafner, Danica, Maloney, William Novak, Meta, Heylen, Frederik (2020): The Comparative Interest Group-survey project: design, practical lessons, and data sets, in: *Int Groups Adv* 9 (3), 272–289.

Beyers, Jan, Kerremans, Bart (2007): Critical resource dependencies and the Europeanization of domestic interest groups, in: *Journal of European Public Policy* 14 (3), 460–481.

BKM (2020): Kultureinrichtungen, online unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/vom-bund-institutionell-gefoerdert-kultureinrichtungen-in-deutschland-304636>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Börzel, Tanja (1999): Towards Convergence in Europe? Institutional Adaption to Europeanization in Germany and Spain, in: *Journal of Common Market Studies*, 37: 4, 573-596.

Börzel, Tanja (2006): Participation Through Law Enforcement, in: *Comparative Political Studies* 39 (1), 128–152.

Bouwen, Pieter (2002): Corporate lobbying in the European Union: the logic of access. in: *Journal of European Public Policy* 9 (3), 365–390.

Bouwen, Pieter (2004): Exchanging access goods for access: A comparative study of business lobbying in the European Union institutions, in: *Eur J Political Res* 43 (3), 337–369.



Bouwen, Pieter, Mccown, Margaret (2007): Lobbying versus litigation: political and legal strategies of interest representation in the European Union, in: *Journal of European Public Policy* 14 (3), 422–443.

BPB (2009): Interessenvertretung, online unter: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/40487/interessenvertretung>, (letzter Zugriff: 19.11.2020).

BPB (2020): Kulturpolitik der EU, online unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/177101/kulturpolitik-der-eu#:~:text=Kulturpolitik%20der%20EU%20Die%20K.%20wurde%20als%20ein,%282009%29%20wurde%20die%20K.%20in%20Art.%20167%20aufgenommen>, (letzter Zugriff: 17.02.2021).

Brennert, Kai (2014): Between accountability, efficiency and structural constraints: Advocacy in EU cultural policy, University of Warwick, online unter: [https://www.academia.edu/10025929/Between\\_Accountability\\_Efficiency\\_and\\_Structural\\_Constraints\\_Advocacy\\_in\\_EU\\_Cultural\\_Policy](https://www.academia.edu/10025929/Between_Accountability_Efficiency_and_Structural_Constraints_Advocacy_in_EU_Cultural_Policy), (letzter Zugriff: 18.02.2021).

Brink, Martina (2018): Forschungsprojekt an der HCU Hamburg untersucht Interessenvertretungen in der freien Kulturszene, online unter: <https://idw-online.de/de/news704096>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Broscheid, Andreas, Coen, David (2002): Insider and outsider lobbying of the European Commission. An informational model of forum politics?, *European Union Politics* 4(2), 165–189.

Bunea, Adriana, Baumgartner, Frank (2014): The state of the discipline: authorship, research designs, and citation patterns in studies of EU interest groups and lobbying, in: *Journal of European Public Policy* 21 (10), 1412–1434.

Chalmers, Adam William (2013): Trading information for access: informational lobbying strategies and interest group access to the European Union, in: *Journal of European Public Policy* 20 (1), 39–58.

CIGS (2021a): Report CIG-survey EU, online unter: [https://acim.uantwerpen.be/files/documentmanager/project/datareport\\_intereuro.pdf](https://acim.uantwerpen.be/files/documentmanager/project/datareport_intereuro.pdf), (letzter Zugriff: 20.10.2020).

CIGS (2021b): The project, online unter: <https://www.cigsurvey.eu/the-project/>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Clamen, Michel, Nonon, Jacqueline (1991): *L'Europe et ses Couloirs*, La Découverte, Paris.

Crawford, Vincent, Sobel, Joel (1982): Strategic information transmission, *Econometrica* 50(6), 1431-51.

Creative Europe Desk (2020): Creative Europe, online unter: <https://www.creativeeurope.at/MEDIA/news/update-das-neue-creative-europe-programm-2021-2027.html>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Creative Europe Desk Kultur (2020): EU-Kulturpolitik, online unter: <https://kultur.creative-europe-desk.de/service/eu-kulturpolitik.html>, (letzter Zugriff: 18.02.2021).

Deutscher Bühnenverein (2021a): Organisation, online unter: <http://www.buehnenverein.de/de/verband/organisation.html>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Deutscher Bühnenverein (2021b): Ziele und Auftrag, online unter: <http://www.buehnenverein.de/de/verband/ziele-und-aufgaben.html>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Deutscher Museumsbund (2020): Unser Auftrag, online unter: <https://www.museumsbund.de/unser-auftrag/>, (letzter Zugriff: 19.01.2021).

Deutsches Wörterbuch (2020): Interessenvertretung, online unter: <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/40487/interessenvertretung>, letzter Zugriff: 19.11.2020).

Dialer, Doris, Richter, Margarethe (2014): Lobbying in der Europäischen Union, Springer Fachmedien, Wiesbaden.

Dür, Andreas (2008): Interest Groups in the European Union: How Powerful Are They?, in: *West European Politics* 31 (6), 1212–1230.

Dür, Andreas, Bièvre, Dirk de (2007): Inclusion without Influence? NGOs in European Trade Policy, in: *J. Pub. Pol.* 27 (1), 79–101.

Dür, Andreas, Marshall, David, Bernhagen, Patrick (2019): *The Political Influence of Business in the European Union*, The University of Michigan Press, Ann Arbor.

DWDS (2020): Kultureinrichtung, online unter: <https://www.dwds.de/wb/Kultureinrichtung>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

EACEA (2013): Culture Programme 2007-2013, online unter: [http://eacea.ec.europa.eu/culture/programme/about\\_culture\\_en.php](http://eacea.ec.europa.eu/culture/programme/about_culture_en.php) (letzter Zugriff: 20.10.2020).

EBLIDA (2021): About EBLIDA, online unter: <http://www.eblida.org/about-eblida/>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Eising, Rainer (2007): Institutional context, organizational resources and strategic choices, *European Union Politics* 8(3), 329-62.

Europäische Kommission (2007): Europäische Transparenzinitiative, online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:ai0003&from=DE>, (letzter Zugriff: 20.11.2020).

Europäische Kommission (2019a): Creative Europe, [https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/about\\_en](https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/about_en), (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Europäische Kommission (2019b): European Networks of Culture, online unter: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/1e4ce5f2-8508-11ea-bf12-01aa75ed71a1/language-en>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Europäische Kommission (2020a): Cultural policy cooperation at the EU level, online unter: <https://ec.europa.eu/culture/policies/cultural-policy-cooperation-eu-level>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Europäische Kommission (2020b): EU competences in the field of culture, <https://ec.europa.eu/culture/policies/eu-competences-field-culture>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Europäische Kommission (2020c): Strategic framework for the EU's cultural policy, <https://ec.europa.eu/culture/policies/strategic-framework-eus-cultural-policy>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Europäischer Rat (2013): Interest groups in EU decision-making, online unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/documents-publications/library/library-blog/posts/interest-groups-in-eu-decision-making/> (letzter Zugriff: 16.02.2021).

Europäische Union (1992): Vertrag von Maastricht, online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:11992M/TXT&from=DE>, (letzter Zugriff: 18.02.2021).

Europäische Union (2007): Vertrag von Lissabon, online unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:C:2010:083:FULL&from=DE>, (letzter Zugriff: 18.02.2021).

Europäische Union (2007): Vertrag über die Europäische Union, Artikel 11, online unter: <https://dejure.org/gesetze/EU/11.html>, (letzter Zugriff: 19.11.2020).

Friedrich, Silke (2010): Measuring interest group activity, *CESifo DICE Report*, 8, No. 4, 37–46.

Gattinger, Monica (2012): Democratization of Culture, Cultural Democracy and Governance, Canadian Public Arts Funders (CPAF) Annual General Meeting, Whitehorse.

Gerth, Hans (2006): EU Cultural Policy and Transnational Networks, ECPR 3rd Pan-European Conference, Istanbul.

Gordon, Christopher (2010): Great expectations – the European Union and cultural policy: fact or fiction?, *International Journal of Cultural Policy*, 16 (2), 101–120.

Gray, Virginia, Lowery, David (2000): *The Population Ecology of Interest Representation. Lobbying Communities in the American States*. Ann Arbor, The University of Michigan Press, Ann Arbor.

Greenwood, Justin (2003): *Interest representation in the European Union*, Palgrave Macmillan, London.

Greenwood, Justin, Webster, Ruth (2000): The Governability of EU Business Associations, *Journal of European Integration*, 23, 63–92.

Hall, Jason (2005): Lobbying for Arts and Culture: From the Culture Wars to the Rise of New Issues, *The Journal of Arts Management, Law, and Society*, 35 (3), 227–238.

Halpin, Darren, Jordan, Grant (2011): *The Scale of Interest Organization in Democratic Politics. Data and Research Methods*, Palgrave Macmillan, New York.

Heinrichs, Werner, Klein, Armin (2001): *Kulturmanagement von A-Z, 600 Begriffe für Studium und Beruf*, DTV, München.

Heinz, John, Laumann, Edward, Nelson, Robert, Salisbury, Robert (1993): *The Hollow Core. Private Interests in National Policy Making*, Harvard University Press, Cambridge.

Hooghe, Liesbet, Marks, Gary (1996): Europe with the Regions: Channels of Regional Representation in the European Union, in: *Publius: The Journal of Federalism* 26 (1), 73–91.

Intereuro (2021): About, online unter: <https://www.intereuro.eu/index-2.html>, (letzter Zugriff: 19.02.2021).

Jachtenfuchs, Markus, Kohler-Koch, Beate (2003): Regieren und Institutionenbildung, in: dies. (Hrsg.): *Europäische Integration*, Opladen, Leske+Budrich, 11–46.

Katscher, Laura (2012): Die Kirchen und die Europäische Union – Kirchliche Interessenvertretung im europäischen Mehrebenensystem, online unter: <http://tuprints.ulb-tu>

darmstadt.de/3313/1/Die%20Kirchen%20und%20die%20Europ%C3%A4ische%20Union\_Kirchliche%20Interessenvertretung%20im%20europ%C3%A4ischen%20Mehrebenensystem\_Dissertation\_Laura%20Katscher.pdf, (letzter Zugriff: 19.09.2020).

Kitschelt, Herbert (1986): Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies, in: *Brit. J. Polit. Sci* 16 (1), 57–85.

Klüver, Heike (2009): Measuring Interest Group Influence Using Quantitative Text Analysis, in: *European Union Politics* 10 (4), 535–549.

Klüver, Heike (2012): *Lobbying in the European Union: Interest Groups, Lobbying Coalitions, and Policy Change*, Oxford University Press, Oxford.

Knill, Christoph, Tosun, Jale (2012): *Public policy: A new introduction*, Palgrave Macmillan, New York.

Knoke, David, Pappi, Franz, Broadbent, Jeffrey, Tsujinaka, Yutaka (1996): *Comparing Policy Networks, Labor Politics in the US, Germany and Japan*, Cambridge University Press, Cambridge.

Knodt, Michèle (1998): *Tiefenwirkung europäischer Politik: Eigensinn oder Anpassung regionalen Regierens?*, Nomos, Baden-Baden.

Knodt, Michèle (2000): *Europäisierung à la Sinatra: Deutsche Länder im europäischen Mehrebenensystem*, in: Knodt, Michèle, Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, Campus Verlag, Frankfurt, 237–264.

Kohler-Koch, Beate (1997): *Organized Interests in the EC and the European Parliament*, online unter: <http://eiop.or.at/eiop/texte/1997-009a.htm> (letzter Zugriff: 13.10.2020).

Kohler-Koch, Beate (2000): *Europäisierung: Plädoyer für eine Horizonterweiterung*, in: Knodt, Michèle, Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, Campus Verlag, Frankfurt, 11–31.

Kohler-Koch, Beate, Conzelmann, Thomas, Knodt, Michèle (2004): *Europäische Integration – Europäisches Regieren*, VS Verlag, Wiesbaden.

Kollman, Ken (1998): *Outside Lobbying, Public Opinion and Interest Group Strategies*, Princeton University Press, Princeton.

Kreatives Europa (2020): Europäische Netze, online unter: [https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/culture/european-networks\\_de](https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/culture/european-networks_de), (letzter Zugriff: 18.02.2020).

Laumann, Edward, Knoke, David (1987): *The Organizational State. Social Choice in National Policy Domains*, The University of Wisconsin Press, Ann Arbor.

Littoz-Monnet, Annabelle (2007): *The European Union and culture: Between economic regulation and European cultural policy*, European Policy Research Unit series, Manchester University Press, Palgrave, Manchester, New York.

Mahoney, Christine (2008): *Brussels versus the Beltway. Advocacy in the United States and the European Union*, Georgetown University Press, Washington.

Marks, Gary (1997): *An Actor-Centred Approach to Multi-Level Governance*, in: Jeffery, Charlie (Hrsg.): *The regional dimension of the European Union. Towards a Third level in Europe?*, Frank Cass, London, 20–38.

Marks, Gary, McAdam, Doug (1996): *Social Movements and the Changing Structure of Political Opportunity in the European Union*, in: *West European Politics* 19: 2, 249–278.

Michalowitz, Irina (2004): *EU Lobbying - Principals, Agents and Targets*, Strategic Interest Intermediation in EU Policy-making, LIT Verlag, Münster.

Michalowitz, Irina (2007): *Lobbying in der EU*, UTB Verlag, Stuttgart.

OPERAEUROPA (2021): *Über OPERAEUROPA*, online unter: <https://opera-europa.org/de/ueber-opera-europa>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Pfeifer, Georg (1995): *Eurolobbyismus: Organisierte Interessen in der Europäischen Union*, Peter Lang, Frankfurt.

Potters, Jan, van Winden, Frans (1992): *Lobbying and asymmetric information*, *Public Choice* 74, 269–292.

Radaelli, Claudio (2004): *The Europeanization of Public Policy*, in: Featherstone, Kevin, Radaelli, Claudio (Hrsg.): *The Politics of Europeanization*, Oxford University Press, Oxford, 28–56.

Rasmusen, Eric (1993): *Lobbying when the decisionmaker can acquire independent information*, *Public Choice* 77, 899–913.

Schmidt, Vivien (1999): National patterns of governance under siege, The impact of European integration, in: Kohler-Koch, Beate, Eising, Rainer (Hrsg.): The transformation of governance in the European Union, Routledge, London, 155–172.

Senatsverwaltung für Kultur und Europa (2020): Kultureinrichtungen, online unter: <https://www.berlin.de/sen/kultur/kultureinrichtungen/>, (letzter Zugriff: 01.02.2021).

Spektrum (2001): Kulturelle Einrichtungen, online unter: <https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/kulturelle-einrichtungen/4454>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Staatsschauspiel Dresden (2021): Ensemble, online unter: <https://www.staatsschauspiel-dresden.de/>, (letzter Zugriff 20.10.2020).

Straßner, Alexander (2004): Begriffliche und theoretische Grundlagen, in: Sebaldt, Martin/ Straßner, Alexander: Verbände in der Bundesrepublik Deutschland: eine Einführung, VS Verlag, Wiesbaden, 15–71.

Streeck, Wolfgang, Schmitter, Philippe (1991): From National Corporatism to Transnational Pluralism: Organized Interests in the Single European Market, in: Politics & Society 19 (2), 133–164.

Technoseum (2020): Museum, online unter: <https://www.technoseum.de/museum/>, (letzter Zugriff: 19.02.2021).

The Festival Academy (2020): The Network, online unter: <https://www.thefestivalacademy.eu/en/network/>, (letzter Zugriff: 19.10.2020).

Transparency Register (2021): Searching the register, online unter: <https://ec.europa.eu/transparencyregister/public/consultation/search.do?locale=en&reset=>, (letzter Zugriff: 01.03.2021)

Vanhala, Lisa (2009): Anti-discrimination policy actors and their use of litigation strategies: the influence of identity politic., in: Journal of European Public Policy 16 (5), 738-754.

Voices of Culture (2020): About, online unter: <https://voicesofculture.eu/about/>, (letzter Zugriff: 18.02.2021).

Wagner, Bernd (2005): Kulturpolitik, online unter: [https://www.ku-poge.de/kumi/pdf/kumi110/kumi110\\_74-76.pdf](https://www.ku-poge.de/kumi/pdf/kumi110/kumi110_74-76.pdf), (letzter Zugriff: 20.10.2020).

Wiesand, Andreas (2013): Kulturpolitik, online unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202049/kulturpolitik>, (letzter Zugriff: 20.10.2020).

## **7. Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1 – Darstellung der Ressourcenaustauschtheorie nach Bouwen (Bouwen 2002), S.15

Abbildung 2 – Arten von Strategien (Chalmers 2013), S. 20

Abbildung 3 – Schematische Darstellung des Forschungsdesigns, S. 34

Abbildung 4 – Schematische Darstellung der öffentlichen Kultursektoren, S. 38

Abbildung 5 – Darstellung des Frameworks bezüglich des MLG-Systems, S. 39

Abbildung 6 – Grafiken zu quantitativen Daten, S. 62

## **8. Anhang**

### **8.1. Annex 1 – Beschreibung der untersuchten Interessenorganisationen**

#### **European Theatre Convention**

Gegründet wurde die Vereinigung 1988 und zählt heute insgesamt 40 Mitglieder aus 22 Ländern, darunter 34 Vollmitglieder, also wichtige öffentliche Theaterhäuser, 4 assoziierte Mitglieder und 2 Ehrenmitglieder (Europäische Kommission 2019b: 28). Die „ETC actively promotes artistic collaboration between its member theatres whether by devising innovative new projects or by supporting the creative international cooperation processes between members in areas like participatory theatre, youth engagement and new digital initiatives in theatre“ (Europäische Kommission 2019b: 28). Im Zentrum der Arbeit steht der internationale künstlerische und politische Austausch, der Austausch von Personal und Künstlern, die Organisationen von zwei europäischen Theaterkonferenzen im Jahr, professionelle Entwicklungsprogramme und Künstlerresidenzen, daneben spielt die Beratung politischer Institutionen eine wichtige Rolle: „The network is a leading voice for the needs and concerns of the theatre community at all levels of government (Europäische Kommission 2019b: 28). It promotes the visibility of the theatre sector at European and international levels and represents its members in European cultural partnerships“. Neben diesen Schwerpunkten, die auch politische Interessenvertretung und Repräsentationsaufgaben umfassen, ist das Netzwerk insbesondere im internationalen kulturellen Austausch involviert und organisiert transnationale Theaterfestivals oder entwickelt in Kooperation mit den europäischen Institutionen Diskussions- und Vermittlungsformate wie „Engage“ (Europäische Kommission 2019b: 28).

#### **Deutscher Bühnenverein e.V.**

Aus diesem Grund ist die Vereinigung für alle künstlerischen, organisatorischen und kulturpolitischen Fragen, die die Theater und Orchester in Betreffem mitverantwortlich. Zu den Themen des Verbandes gehören die Bedeutung der Theater und Orchester für die Städte, die



Publikumsentwicklung, die Gestaltung juristischer Rahmenbedingungen, die sozialen Lage der Künstler, die Ausbildung für die künstlerischen und künstlerisch-handwerklichen Berufe, die Finanzsituation der Theater und Orchester, die Optimierung von Organisationsstrukturen und die Beratung der Politik bei Gesetzgebungsverfahren (Deutscher Bühnenverein 2021b). Als Arbeitgeberorganisation ist der DBV daneben für die Aushandlung von Tarifverträgen und der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verantwortlich. Hauptziel des Verbandes ist es, „die einzigartige Vielfalt unserer Theater- und Orchesterlandschaft und deren kulturelles Angebot zu erhalten, zu fördern und zu pflegen“ (Deutscher Bühnenverein 2021b). Daneben will der Bühnenverein „die Theater und Orchester bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen, ihre Gesamtinteressen wahrnehmen, den Erfahrungsaustausch unter ihnen pflegen sowie der Gesetzgebung und Verwaltung mit Rat und Gutachten dienen“ (Deutscher Bühnenverein 2021b). Der DBV kooperiert mit der ETC und ist Mitglied des Arbeitgeberverbandes PEARLE (Performing Arts Employers). Der Verband ist in sechs Gruppen aufgeteilt (Staatstheater, Stadttheater, etc.) (Deutscher Bühnenverein 2021a). Da die Vereinigung durch die Träger der Theater zusammengesetzt wird, sind die Vorstandmitglieder und die Gremienmitglieder teilweise Führungskräfte der Theater, aber auch Entsandte der Träger, bspw. Kulturdezernenten der Städte. Daneben gibt es Landesverbände und thematische Ausschüsse. Der Bühnenverein hat insgesamt 470 Mitglieder. Eine Besonderheit dieser Organisation ist, dass sie trotz der Vielzahl öffentlicher Theater auch 68 Privattheater unter diesen 470 Mitgliedern vertritt (Deutscher Bühnenverein 2021a).

### **Staatsschauspiel Dresden**

Es entstand in seiner heutigen Form 1983, hat aber eine jahrhundertlange Theatergeschichte, schon als Königliches Hoftheater. Das Staatsschauspiel gehört zu den führenden deutschsprachigen Theaterhäusern und ist international vernetzt, unter anderem durch kulturpolitisches-künstlerisches Engagement in der ETC und dem DBV (Staatsschauspiel Dresden 2021).

### **Kulturdezernat einer bayrischen Großstadt**

Auch auf europäischer Ebene ist der Kulturdezernent in mehreren politischen Gremien und Interessenorganisationen vertreten, darunter im europapolitischen Büro des Deutschen Städtetages (Interview 4).

## **NEMO**

Das Netzwerk wurde 1992 gegründet und deckt den gesamten Raum des Europäischen Rates ab. NEMO hat 103 Mitglieder, von denen 31 nationale Museumsverbände sind, 30 „network Members“, also Museumsnetzwerke mit mehr als 2 Mitgliedern und thematischem Schwerpunkt und insgesamt 42 Individualmitglieder (Museen mit nationaler Bedeutung, Serviceorganisationen für Museen etc.) (Europäische Kommission 2019b: 25). Dadurch repräsentiert NEMO zusammen etwa 30.000 öffentliche Museen in Europa. Der Verband hat die Zielvorgabe, „to ensure, that museums are an integral part of European life by promoting their work and value to policy makers, by providing museums with information and through networking opportunities for co-operation“ (Europäische Kommission 2019b: 25). Die Mission von NEMO ist es, Interessenvertretung für Museen auf der europäischen Ebene zu betreiben und die Museumsverbände der Mitgliedsstaaten zu repräsentieren und in deren Arbeit zu unterstützen: „NEMO puts forward the cause of museums by advocating at the EU level. The network shares information about current and prospective EU policies, initiatives and funding opportunities to support museums internationally. Through a number of trainings, NEMO also aims at professionalising and strengthening the capacity of the museum sector in Europe“. Jedes Jahr organisiert NEMO die European Museums Conference, als Zusammentreffen für seine Mitglieder und die politischen Verantwortlichen in der EU (Europäische Kommission 2019b: 25). Daneben organisiert NEMO Austauschprogramme, ein Praktikantenprogramm für Politiker der europäischen Institutionen, entwickelt wissenschaftliche Studien und Leitfäden und informiert seine Mitglieder über die politischen Entwicklungen in der EU. Unterschiedliche Gremien arbeiten zudem an verschiedenen thematischen Aspekten der Museumsarbeit (Europäische Kommission 2019b: 25).

## **Deutscher Museumsbund e.V.**

Das institutionelle Ziel der Organisation ist der Einsatz „für eine vielfältige und zukunftsfähige Museumslandschaft sowie für die Interessen der Museen und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“. Der DM setzt sich für „qualitätsvolle Museumsarbeit und die Förderung des Austauschs zwischen Museumsfachleuten“ ein (Deutscher Museumsbund 2020). Daneben will der Verband „die Öffentlichkeit auf Museumsthemen aufmerksam machen und optimale Rahmenbedingungen für den Museumssektor schaffen“. Diese Missionen sind durch die Hauptagenda des Verbandes geprägt: „Getragen wird unser Engagement von der Überzeugung, dass Museen einen unverzichtbaren Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft leisten“ (Deutscher Museumsbund 2020). Zu den Handlungsfeldern des DMB gehören Advocacy

(Beratung von Politik und Administration in museumspolitischen Fragen, Engagement in der Kulturpolitik), Netzwerke (Austausch zwischen Museumsfachleuten in 14 Fachgruppen, internationale Zusammenarbeit der Museen, Konferenzen, Einbeziehung Landes- und Regionalebene) und Arbeitshilfen (Publikation von Leitfäden, wissenschaftlichen Studien, Förder- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Stellenmarkt) (Deutscher Museumsbund 2020). Zu den Schwerpunkten der Arbeit in den letzten Jahren gehören „Digitalisierung“, „Museumsattraktivität“, „Umgang mit Sammlungen“, „Bildungsarbeit in Museen“ und „professionelle Zusammenarbeit“. Der Museumsbund vertritt mehr als 1000 Museen in der Bundesrepublik (Deutscher Museumsbund 2020).

### **Technoseum Mannheim**

Die Direktoren des Museums sind in mehreren Fachgruppen des DMB aktiv und engagieren sich auch im Vorstand (Technoseum 2020). Getragen wird das Museum von der Stadt Mannheim und dem Land Baden-Württemberg. Das Museum ist sowohl Mitglied im DMB als auch im Museumsverband Baden-Württemberg. Zudem ist es über den DMB auch defacto Mitglied von NEMO und ICOMOS. Das Technikmuseum wurde 1990 eröffnet (Technoseum 2020).

### **European Festivals Association**

Insgesamt hat EFA 83 Mitglieder, davon 68 individuelle Festivals und 15 Festivalverbände aus den unterschiedlichen EU-Mitgliedsstaaten (Europäische Kommission 2019b: 42). Damit vertritt der Verband mehr als 1400 Festivals in Europa und ist damit die führende Repräsentanz auf europäischer Ebene. EFA versteht sich als künstlerische und kulturpolitische „membership community“ und sieht seine Mission in der Tätigkeit „to enhance international contacts, collaborate and undertake training and peer-to-peer knowledge exchange throughout the year“ (Europäische Kommission 2019b: 42). Daneben ist EFA eine Serviceorganisation für die Festivals und betreibt politische Beratung gegenüber den europäischen Institutionen. Dieser Gedanke ist auch in der Agenda der Organisation formuliert: „EFA’s main role is to connect festival makers in order to inform, inspire and enrich the festival landscape. It wants to bring to life a community for festival makers that serves as a pool of peers to ask each other for advice, co-produce and get fresh ideas across borders“ (Europäische Kommission 2019b: 42).

### **European Festivals Academy**

Die EUFA „aims to share, exchange and construct know-how on festival management (The Festival Academy 2020) All trainings touch upon all artistic disciplines. It empowers a new

generation of emerging leaders and generates new professional opportunities for festival makers. This way, The Festival Academy develops and sustains a network of festival leaders of the future” (The Festival Academy 2020). Dadurch ist die EUFA die größte Repräsentanz und Netzwerk europäischer Festivalmanager und unterstützt diese beim best-practise Austausch, der Schaffung künstlerischer Kollaborationen und der Internationalisierung ihrer Programme. Auch die EUFA ist in der politischen Advocacy aktiv und berät die EU-Kommission insbesondere zur Gestaltung und Umsetzung europäischer und internationaler Kulturförderprogramme. Gegründet wurde die Organisation 2013 und hat 787 Einzelmitglieder, die die Leiter der beteiligten Festivals in Europa sind (The Festival Academy 2020).

### **European Bureau of Library, Information and Documentation Associations**

Die Missionen und Aufgaben des Verbandes sind die „European library legislation, including copyright & licensing, library impact on society, and Sustainable Development Goals in Europe“ (EBLIDA 2021) . Daneben unterstützt der Verband die Verbreitung von Wissen in Europa: „We support unhindered access to information in the digital age and promote the role of archives and libraries within an equitable, democratic and sustainable society” (EBLIDA 2021). EBLIDA wurde 1992 in Den Haag durch die nationalen Bibliotheksverbände gegründet und betreibt seitdem auch die politische Interessenvertretung auf europäischer Ebene, dazu hält der Verband unter anderem Veranstaltungen, wie eine jährliche Konferenz oder eine Bibliotheksmesse im EP, ab (EBLIDA 2021).

### **OPERAEUROPA**

OPERAEUROPA hat insgesamt 204 direkte Mitgliedsorganisationen in 43 Ländern und versteht sich selbst als „leading service organisation for professional opera companies and opera festivals throughout Europe“ (OPERAEUROPA 2021). OPERAEUROPA ist eng mit dem Arbeitgeberverband PEARLE und den nationalen Bühnenverbänden verbunden und dient auch besonders dem internationalen kulturellen Austausch. Anders als bei den anderen europäischen Dachverbänden ist die Interessenvertretung zwar ein kleiner Bestandteil der Arbeit, aber hauptsächlich betätigt sich OPERAEUROPA als Servicenetzwerk und will mit Projekten, wie der EU-geförderten OPERAVISION, Opernhäuser mehr Sichtbarkeit in Europa geben und die Relevanz des Sektors nach außen tragen (OPERAEUROPA 2021). Neben zwei jährlichen Konferenzen, stellt OPERAEUROPA Vernetzungsinstrumente für das Personal der Opernhäuser zur Verfügung, darunter Adressbücher, Leitfäden, wissenschaftliche Studien etc., bereitet jährlich den World Opera Day vor und verleiht den European Opera-directing Prize. Der Verband

entstand 1995 erstmals und existiert seit 2002 in der heutigen Organisationsform (OPERA-EUROPA 2021).

## **8.2. Annex 2 – Ausformulierte E-Mail (englische und deutsche Sprache)**

Dear Ms ...,

I am writing to you on behalf of an academic interview I would like to conduct.

As part of my master thesis in European Affairs / Cultural Policy at the Free University of Berlin and Sciences Po Paris, I would like to deal with the Europeanization of the interest representation of public cultural institutions in the multi-level-governance system of the European Union.

Based on the various theoretical approaches to lobbying, the resource exchange theory and the results of the INTEREURO survey, which is the first comprehensive study on interest groups in the European Union, I have developed a framework for guided interviews. With this I would like to answer the research question why public cultural institutions are involved in associations at the European level and which strategies they use to represent interests.

For this reason, I would like to interview experts from various European umbrella associations for my thesis, who represent public cultural institutions on the European and multilateral level and who network and represent interests in relation to and towards the European institutions.

In 2019, I attended the "Culture and the EU" course at Sciences Po, coordinated by Mrs. As part of this course, you organised a meeting on the European Festival Academy, which I found extremely exciting and which led me to write my master thesis on this subject. The forward-looking work, the interesting fields of activity of this network and the strong commitment to a common European cultural policy has also led me to write my thesis on this subject.

Since EFA is the most important interest group of public festival academies in Europe, I would be very happy if I could win you over for an expert interview on your work and the strategy of the association. The interview will last around 30 minutes and consist of around 10 questions.

I am very flexible with regard to the scheduling and organizational conditions of the interview and would be entirely up to you. If it were possible for you, I would very much like to conduct the interview by the mid of January at the latest.

Do you think there is a possibility of an interview with you? Or would you have a suggestion as to whom I could write to within the EFA network to conduct an interview about your association?

If you wish, I would also send you the possible questions and preparations. In case of questions, I am always available online via mail and telephone.

Short to me. I am currently studying in the last master semester of a German-French Dual Degree Programme European Affairs with a focus on Cultural Policy between Sciences Po in Paris and the Free University in Berlin. I write the master thesis with Dr. Andreas Hofmann, who is involved in several research projects on advocacy and lobbying in the EU, and Prof. Dr. Tobias Hofmann, who also deals with these aspects of European integration.

Thank you very much for your help and support. I would be very pleased to receive a positive response.

I wish you a pleasant day and a nice week.

Sincerely,

Kevin Hanschke

---

Sehr geehrter Herr..., sehr geehrte Frau...,

hiermit möchte ich Sie als Experten für ein akademisches, leitfadengestütztes Interview anfragen.

Im Rahmen meiner Masterarbeit im Fach European Affairs / Cultural Policy an der Freien Universität Berlin und der Sciences Po Paris möchte ich mich mit der Europäisierung der Interessenvertretung staatlicher Kulturinstitutionen im Mehrebenensystem der Europäischen Union auseinandersetzen.

Auf Basis der verschiedenen Theorieansätze zur Interessenvertretung, der Ressourcenaustausch-Theorie und der Resultate der INTEREURO-Survey, die die erste umfassende Studie zu Interessenverbänden in der Europäischen Union darstellt, habe ich ein Framework für leitfadengestützte Interviews entwickelt. Damit möchte ich die Forschungsfrage beantworten, warum sich staatliche Kultureinrichtungen auf europäischer Ebene in Verbänden engagieren und welche Strategien diese Verbände dabei zur Interessenvertretung anwenden.

Für meine Arbeit möchte ich aus diesem Grund sehr gern Fachexpertinnen aus den unterschiedlichen europäischen und deutschen Dachverbänden interviewen, die staatliche Kultureinrichtungen auf der regionalen, nationalen, europäischen und multilateralen Ebene repräsentieren, in der Kulturpolitik aktiv sind und die Interessenvertretung betreiben.

Im Jahr 2019 habe ich an der Sciences Po den Kurs „Culture and the EU“ besucht, der von Frau koordiniert wurde. Im Rahmen dieses Kurses hat von NEMO wir auch eine Sitzung zum Deutschen Museumsbund und dem NEMO-Netzwerk organisiert, welche ich als außerordentlich spannend empfunden habe.

Da der Deutsche Museumsbund der wichtigste Interessenverband staatlicher Museen in Deutschland und Europa ist und zu den zentralen Säulen der kulturpolitischen Lobbyarbeit in Europa gehört, würde es mich sehr freuen, wenn ich Sie für ein Experteninterview zu Ihrer Arbeit im Präsidium und der Strategie des Verbandes gewinnen könnte. Ich bin sehr stark an Ihrer Erfahrung und Expertise im Kulturbereich

interessiert, da Sie als Geschäftsführer die Interessenvertretung der Museen auf all diesen Ebenen mitgestalten. Das leitfadengestützte Interview würde circa 30 bis 45 Minuten dauern und umfasst in etwa 15 Fragen.

Ich bin sehr flexibel was die terminlichen und die organisatorischen Konditionen des Interviews angeht und würde mich ganz nach Ihnen richten. Wenn es für Sie möglich wäre, würde ich das Interview sehr gern bis spätestens Mitte Januar führen.

Denken Sie, dass eine Möglichkeit für ein Interview mit Ihnen besteht? Oder hätten Sie einen Vorschlag, wen ich innerhalb des Deutschen Museumsbunds anschreiben könnte, um ein Interview über Ihren Verband zu führen?

Wenn Sie es wünschen, würde ich Ihnen die Fragen zur Vorbereitung auch zukommen lassen. Ich bin stets unter dieser E-Mail-Adresse: zu erreichen oder unter der Telefonnummer.

Kurz zu mir. Ich studiere momentan im letzten Master-Semester eines deutsch-französischen Dual Degree Programmes European Affairs mit dem Schwerpunkt Cultural Policy zwischen der Sciences Po in Paris und der Freien Universität in Berlin. Die Masterarbeit schreibe ich bei Dr. Andreas Hofmann, der in mehreren Forschungsprojekten zur Interessenvertretung und Lobbying in der EU involviert ist und Prof. Dr. Tobias Hofmann, der sich mit der Europäischen Integration auseinandersetzt.

Ich danke Ihnen außerordentlich für Ihre Hilfe und Unterstützung. Über eine positive Rückmeldung würde ich mich sehr freuen.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Tag und eine schöne Woche.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

Kevin Hanschke

### **8.3. Annex 3 – Interviewfragebogen (deutsche Sprache)**

#### **Akademisches Interview zur kulturpolitischen Interessenvertretung im Multi-Level-Governance-System der Europäischen Union**

23.11.2020

**Kevin Hanschke, M. A. Europäische Angelegenheiten / Kulturpolitik und -management, Sciences Po Paris und Freie Universität Berlin**

**0. Stimmen Sie zu, dass dieses Interview zum Zwecke einer besseren Verarbeitung aufgezeichnet wird?**

#### **Interessenvertretung**

1. Warum vertritt Ihre Organisation Interessen auf der europäischen Ebene und warum sind die Mitglieder Ihres Verbandes daran interessiert, sich auf europäischer Ebene zu organisieren? Würden Sie sagen, dass die Politikgestaltung in der Kulturpolitik europäischer geworden ist?
2. Welche kulturpolitischen Themen in der EU sind für Ihre Organisation besonders relevant und interessant?

3. Wie wichtig sind die europäischen Institutionen für Ihre Arbeit? Wenn Sie allgemein über die gesamte Arbeit Ihrer Organisation nachdenken, wie viele Prozent der Zeit Ihrer Organisation wird auf nationaler, europäischer oder internationaler / globaler Ebene aufgewendet?

4. Welche Institutionen auf europäischer Ebene sind Ihr Hauptansprechpartner für politische Fragen?

5. Wie oft treffen Sie Vertreter oder stehen Sie in Kontakt mit Verantwortlichen der europäischen, nationalen (folgenden) Institutionen? Wie oft haben Sie versucht, Zugang zu diesen Institutionen zu erhalten?

**EU-Ebene:** Kommissare und ihre Kabinette, Beamte in den Generaldirektionen der Kommission, Delegationen der Mitgliedstaaten / Ständige Vertretungen in Brüssel, Sekretariat des Rates, Leitung von EP-Parteilgruppen und / oder europäischen Parteiföderationen, Sonstige Mitglieder des Europäischen Parlaments, Europäer Regulierungsagenturen, Interessengruppen auf EU-Ebene und Organisationen der Zivilgesellschaft

**Nationale Ebene:** Minister (einschließlich ihrer Assistenten / Kabinette / politischen Beauftragten), gewählte Mitglieder der Mehrheit oder der Regierungsparteien des Parlaments, gewählte Mitglieder der Minderheiten- oder Oppositionsparteien des Parlaments, im Amt des Premierministers tätige nationale Beamte, arbeitende nationale Beamte in Ministerien wie Landwirtschaft, Umwelt, Verkehr, Gesundheit usw. arbeiten nationale Beamte, die für die Koordinierung der EU-Angelegenheiten tätig sind, Gerichte

6. Wie würden Sie Ihre Beziehung zu den EU-Institutionen beschreiben?

#### **Strategie und Informationsaustausch**

7. Welche Aktivitäten und Strategien verwendet Ihre Organisation, um Themen und Inhalte an politische Entscheidungsträger zu adressieren, Beiträge zum politischen Prozess und zu den Ergebnissen politischer Entscheidungen zu liefern?

8. Welche Strategien spielen für Ihre Organisation eine Rolle (direkte Strategien wie Kontakte zu Politikern, Beamten und Teilnahme an Ausschüssen oder indirekte Strategien wie Medienkoordination, Schreiben von Briefen, E-Mail- oder Social-Media-Kampagnen, Kundgebungen und Demonstrationen)?

9. Die europäischen Institutionen benötigen unterschiedliche Arten von Informationen. Welche Informationen bietet Ihre Organisation?

(Technische oder wissenschaftliche Informationen, rechtliche Informationen, wirtschaftliche Informationen, eine Bewertung der gesellschaftlichen Auswirkungen, eine Bewertung der politischen Unterstützung)

10. In welcher Phase des politischen Prozesses wenden Sie sich an die EU und die nationalen Institutionen?

11. Wie werden Entscheidungen über die Interessenrepräsentation in ihrer Organisation getroffen? Wie funktioniert der Entscheidungsprozess in Ihrem Verband?

Wer ist verantwortlich für die politischen Inhalt? / Wer ist verantwortlich für die Formulierung der Strategie?

#### **Finanzierung und Budget**

12. Wie hoch war das jährliche Betriebsbudget Ihrer Organisation im Jahr 2019 oder 2020 in Euro?

13. Aus welchen Quellen finanziert sich Ihre Organisation? Wie hoch ist der Prozentsatz der Finanzierung aus folgenden Quellen?

(Finanzierung durch nationale Regierungen, Finanzierung durch die Europäische Union z.B. Zahlungen aus EU-Projekten oder -Programmen)

#### **Organisation**

14. Wie setzt sich die Mitgliederstruktur Ihres Verbandes zusammen? Welche Organisationsform und institutionelle Struktur haben Sie und Ihre Mitglieder?

15. Wie hoch ist der Prozentsatz der Mitglieder im Verhältnis zur Anzahl der potenziellen Mitglieder?



16. Welches Wettbewerbsniveau gibt es in dem Bereich, den Sie vertreten? Wie sieht dieser Wettbewerb mit Institutionen aus, die ähnliche Ziele wie Sie verfolgen oder ähnliche Mitglieder ansprechen möchten? Gibt es Kooperationen mit anderen Interessengruppen?

#### **8.4. Annex 4 – Interviewfragebogen (englische Sprache)**

##### **Academic interview about interest representation in cultural policy within the Multi-Level-Governance-system of the European Union**

23.11.2020

**Kevin Hanschke, M.A. European Affairs / Cultural Policy and Management, Sciences Po Paris and Freie Universität Berlin**

**Interview partner:**

#### **0. Do you agree that this interview will be recorded for the purpose of better processing?**

##### **Interest representation**

1. Why is your organisation representing interest in the European sphere and why are the members of your association interested in organising at the European level? Would you say that policymaking has become more European in your area?
2. Which topics in the field of cultural policy in the EU are particularly relevant and interesting for your organization?
3. How important are the European institutions for your work? Thinking generally about all the work your organisation undertakes, approximately what percentage of your organisation's time is spent at the national, European or international / global level?
4. Which institutions at the European level are your main contact for political issues and questions?
5. How often do you meet representatives or are you in contact with responsables from the European, national (following) institutions? How often have you tried to gain access to these institutions?

**EU level:** Commissioners and their cabinets, Officials in the DGs of the Commission, Member-state delegations / Permanent representations in Brussels, the Council secretariat, Leadership of EP party groups and / or European party federations, Other members of the European Parliament, European regulatory agencies, EU-level interest groups and civil society organizations

**National level:** Ministers (including their assistants / cabinets / political appointees), Elected members from the majority or governing parties of parliament, Elected members from minority or opposition parties of parliament, National civil servants working in the Prime Minister's Office, National civil servants working in departmental ministries such as agriculture, environment, transport, health, etc., National civil servants working for the coordination of EU affairs, Courts

6. How would you describe your relationship with the EU institutions?

##### **Strategy and information exchange**

7. Which activities and strategies does your organization use to address issues to political decision-makers, to provide input to the political process, and the results of politics?
8. Which strategies play the more important role for your organization (**direct** - contacts with politicians, civil servants and participation in committees or **indirect strategies**, such as media coordinating, letter writing, e-mailing or social media campaigns, rallies and demonstrations)
9. What kind of information does your organization provide to politicians and decision-makers?:

(Technical or scientific information, legal information, economic information, an assessment of the societal impact, an assessment of political support)

10. At what stage of the political process do you contact the EU and national institutions?
11. How are decisions about representation and lobbying made? How does the decision-making process work in your association?  
Content? / Formulation of the strategy?

#### **Financing and Funding**

12. What was the annual operating budget of your organization in 2019 or 2020 in Euros?
13. What sources does your organization finance itself from? What is the percentage of funding from the following sources?:  
Funding from national governments, Funding from the European Union (e.g. payments from EU projects or programs)

#### **Organisation**

14. How is the membership structure of your association composed? What form of organisation and institutional structure do you and your members have?
15. What is the percentage of members related to the number of potential members?
16. What level of competition is there in the area you represent? What does this competition look like with institutions that pursue goals similar to yours or want to address similar members? Are there collaborations with other interest groups?

### **8.5. Annex 5 – Tabelle mit Interviewzitat**

<b>Fragen- kategorie</b>	<b>Annahme 1:</b> Ursachen und Gründe für die Europäisierung	<b>Annahme 2:</b> Strategiewahl	<b>Annahme 3:</b> Kanal der Interessenvertre- tung	<b>Annahme 4:</b> Art der Informationen
<b>Interessen- organisation</b>				
<b>Interview 1: ETC</b>	„Wir wollen gemeinsame Zusammenarbeit generieren, den internationalen Austausch fördern und durch die europäischen Programme mehr Möglichkeiten im politischen und künstlerischen Feld haben. Als Repräsentationsorgan wollen wir über die politische Interessenvertretung auf der europäischen Ebene Unterstützung gewinnen, Förderer finden, die Relevanz unseres Sektors	„Wir nutzen unterschiedlichste Strategien, entwickeln dafür aber eine einheitliche Linie. Wir müssen unser Interesse immer genau darstellen, sagen, was will Organisation, Themen proaktiv besetzen. Ermitteln was Mitglieder wollen und Wege finden, wie wir gesellschaftlich wahrgenommen werden können und Relevanz erlangen bzw. die Frage beantworten, warum wir förderungswürdig	„Generell sind wir mit allen EU-Institutionen und deren kulturpolitischen Gremien in Kontakt, allerdings ist von praktischer Seite hin so, dass für uns die Kommission die wichtigste Institution ist, da sie Finanzmittel verteilt, unsere Projekte inhaltlich und finanziell fördert, durch das Gesetzgebungsverfahren der erster Ansprechpartner bei Gesetzes- und Regulierungsfragen ist	„Für uns ist die inhaltliche Arbeit sehr häufig der Hauptmodus bei der Interessenvertretung. Wir bieten den Verantwortlichen Sektorexpertise an mit allen technischen, juristischen, kulturellen und gesellschaftlichen Informationen. Daneben sind wir Teil der Zivilgesellschaft und wollen Bewusstsein auf europäischer Kulturbene dafür schaffen, was die Bedürfnisse des Theatersektors

	<p>darstellen und letztendlich politische und generelle Öffentlichkeit schaffen“.</p>	<p>sind. Dies geschieht unter Einsatz begrenzter Mittel, personell wie finanziell. Eine Kampagne ist dann gut, wenn wir mit kleinem Budget große Effekte generieren. Um das zu erlangen, braucht es viele Partner und Kooperationen. Deshalb ist der direkte Austausch und der inhaltliche Austausch über Konferenzen, Seminare, Referenten aus Politik, Kultur, Gesellschaft für uns die entscheidendere Strategie. Eine weitere wichtige Rolle spielt die Vorstellung unserer Projekte, die Generierung einer medienwirksamen Öffentlichkeit, das Teilnehmen an Gremien, der strategischer Dialog mit der EU, insbesondere über „Voices of Culture“ und die damit einhergehende Einladung, Kommentierung, Vorgabe von Themen gegenüber der Politik. Für uns spielt der direkte Austausch die wichtigste Rolle. Wir wollen inhaltlichen</p>	<p>und sich darum bemüht, durch Förderung und Austausch auf die Bedürfnisse unseres Sektors einzugehen. Daneben fördert die Kommission und das Generaldirektorat für Kultur gemeinsam mit der EACEA die Europäischen Kulturnetzwerke. Wir sind eines der „Europäischen Kulturnetzwerke“ und deswegen auch eng an die EK angebunden. Zweitwichtigste Institution ist das EP mit seinem Ausschuss für Kultur und Bildung. Auch hier haben wir wichtige Partner, MdEPs die die Scharnierfunktion zwischen europäischer und nationaler Repräsentanz einnehmen. Sie sind daran interessiert aufgrund der zunehmenden Kompetenzen im Legislativprozess Beziehungen mit externen Akteuren im Kultursektor aufzubauen. Wir bauen Kontakte so früh wie möglich auf, um sie dann in der richtigen Situation für uns zu nutzen. Wir dürfen niemals nur</p>	<p>sind. Wir beantworten die Frage, wie gesellschaftlicher Mehrwert durch Kultur geschaffen werden und Synergien entstehen können“.</p>
--	---	--	---	---

		<p>Austausch durch Konferenzen, Seminare, Referenten aus Politik, Kultur, Gesellschaft. Wir stellen unsere Projekte zudem medienwirksam in der Öffentlichkeit dar und wollen durch unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Aufmerksamkeit auf der europäischen Ebene generieren. Zudem nehmen wir an Gremien teil und beteiligen uns am strategischen Dialog mit der EK, sind in Foren und insbesondere „Voices of Culture“ aktiv. Dabei werden wir von der EK und dem EP eingeladen, und um Kommentierung, Ideensammlung und die Vorgabe Themen für die Politik gebeten“.</p>	<p>reagieren, sondern müssen immer proaktiv handeln. Wenn die Krise eingetreten ist und wir erst dann Kontaktaufbau leisten, ist es eigentlich zu spät. Die Mittel für eine genaue Analyse haben wir nicht, aber durch die Einladungen der EU-Institutionen werden wir relativ frühzeitig angefragt. Durch Corona sind wir beispielsweise momentan in ständigen Kontakt mit Politikern. Wir wollen nicht erst den Kontakt, wenn Probleme entstanden sind oder Forderungen bestehen, sondern müssen fortlaufend und antizipierend tätig sein um Probleme (mit den politischen Institutionen) zu vermeiden“.</p>	
<b>Interview 2: DBV</b>	<p>„Auf EU-Ebene werden Entscheidungen getroffen, die für die Mitglieder des DTB relevant sind. Das betrifft viele Bereiche, vom Arbeitsrecht bis zu kulturellen Themen. Aber die Relevanz der EU-Kulturpolitik hat nicht zugenommen. Es ist</p>	<p>„Die Säulen unserer Arbeit sind die Mitgliederkommunikation, die Information der Mitglieder über die geleistete Arbeit via Rundschreiben und Mitteilungen. Unsere Stellung als Tarifpartner im ständigen Austausch mit den</p>	<p>„Im Theatersektor haben wir es mit einer speziellen Situation zu tun. Wir haben einen europäischen Dachverband der Bühnenarbeitgeberverbände, nämlich, PEARLE, der zuallererst für europapolitische Fragen zuständig ist. Die haben auch ein</p>	<p>„Alle die genannten Informationen zusammen. Es geht darum die Komplexität des Theaterbetriebs in die politische Öffentlichkeit zu tragen und unsere Bedeutung darzulegen, die Sichtbarkeit gegenüber Ministerialbeamten, die Regelungen</p>

	<p>immer noch eine nationale Aufgabe. Die Gelder kommen von den nationalen Institutionen und den regionalen Trägern. Die EU ist mehr das Beiboot. Auch innerhalb der EU: Nur 1% des EU-Haushalts wird für Kultur ausgegeben. Es ist ein marginales Politikfeld, aber die arbeitsrechtlichen Fragen haben zugezogen, oder die Fragen der Freizügigkeit, Arbeitserlaubnisse, der internationale Austausch von Mitarbeitern, Mobilität, Einreise. Das sind alles eher rechtliche Fragen und Regulierungen, wo die EU ein paar originäre Kompetenzen mit Relevanz hat“.</p>	<p>Künstlergewerkschaften. Die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit über Zukunftspläne Wünsche, Ziele und über die Lage der Mitarbeiter im Sektor spielt eine Rolle. Dann auch die politische Kommunikation und der direkte Kontakt mit den Politikern und Beamten via Briefe, Telefonate, Hintergrundgespräche, Einladungen zu Ausschusssitzungen, Gremien. Daneben auch die Kooperation mit externen Vertretern der Kulturanbranche und die Vertretung des Sektors in Gremien, wie der Kulturministerkonferenz. Und zuletzt unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch über Social Media. Wo wir Standpunkte veröffentlichen. Und auch unsere Website natürlich. Gerade die Vernetzung mit anderen Kulturinstitutionen ist für unsere Interessenvertretung immer wichtiger. Der Deutsche Kulturrat vertritt nicht nur uns</p>	<p>Brüsseler Büro und sind Ansprechpartner Nr.1. Auf gemeinschaftliche Initiative hin entstand dieses europäische Büro, um näher am politischen Betrieb dran zu sein, kurze Dienstwege zu EU-Politikern zu haben, und besseren Austausch als ohne die Anbindung an die Institutionen zu generieren, EK und EP-Kulturausschuss spielen da eine Rolle. PEARLE als Arbeitgeberverband im Bereich Bühne hilft uns insbesondere bezüglich arbeitsrechtlicher Regulierungsfragen und vertritt die Arbeitgeber im Theatersektor gegenüber der Kommission. Hier ist das BKM ein wichtiger Ansprechpartner, aber noch mehr die Kommunen und Bundesländer. Das ist erst durch Corona wieder wichtiger geworden. Es gibt ja kein Bundestheater. Die Kulturpolitik ist föderalisiert. Die Ideen, die im Bund und in der EU entstehen, erfahren wir oft</p>	<p>umsetzen aus der Politik, zu erhöhen und wissenschaftliche Studien zur Informationsweitergabe bereitzustellen. Wir übermitteln arbeitsrechtliche und ökonomische Fragen zum Sektor. EU-Direktiven sind immer juristisch, wir geben juristische Expertise im Bereich kulturpolitischer Fragen ab. Es sind rechtliche und wirtschaftliche Informationen, die wir in den Kontakten mit den europäischen Institutionen übermitteln wollen. Es geht um ganz schwerwiegende rechtliche und aber auch technische Fragen, die wir mit der Politik erörtern. Kein Kulturpolitiker weiß, wie die arbeitsrechtlichen Grundlagen eines Bühnentechnikers aussehen oder wie dieses verbessert werden können. Da ist es unsere Aufgabe, das darzulegen Die Regulierungsfragen gerade auf EU-Ebene, die wirtschaftliche Unterstützung und die Hilfeleistung werden auch basierend auf der</p>
--	---	---	--	--

		<p>sondern alle künstlerischen Sektoren, dadurch wird natürlich mit einer einheitlicheren und stärkeren Stimme gesprochen. Die Hörbarkeit und Sichtbarkeit verstärken sich. Ich denke aber, dass der direkte Kontakt mit Politikern die zentrale Rolle spielt. Jeder dieser Kontakte ist besser als eine Pressemitteilung, Die Öffentlichkeitsarbeit flankiert unsere direkte politische Arbeit. Dennoch es bleibt so, Zentrum unserer politischen Kommunikation ist der direkte Kontakt mit Entscheidern. Diesen stellen wir über Briefe, Telefonate, Hintergrundgespräche, Einladungen zu Ausschusssitzungen, Gremienarbeit, die Kooperation mit externen Vertretern aus der Kulturbranche, der Vertretung des Sektors in Gremien, wie der Kulturministerkonferenz oder durch informelle Gespräche besonders auf Veranstaltungen her. Wir nutzen</p>	<p>nicht sofort. Es ist immer ratsam sich so früh wie möglich in den Prozess einzubringen, je eher man sich einschaltet, umso eher kann man mitsteuern. Je später der Eingriff ist, umso mehr Faktoren sind festgelegt. Veränderungen sind dann nur schwierig möglich, denn alle Stakeholder denken und agieren so wie wir“.</p>	<p>Beratung und den Erfahrungen von uns mitentwickelt. Es geht darum die Bedürfnisse der Branche im politischen Diskurs darzustellen und dadurch zielgerichtete Policy-Outcomes zu generieren. Das Expertenwissen als wichtiges Informationsgut. EU-Verordnungen betreffen uns in vielen Bereichen, aber wir werden vergessen. Es gab mal eine Direktive über Halogenleuchten, die das Theater massiv betraf. Wir mussten richtig aktiv werden, Briefe schreiben, informieren und unsere Punkte gegenüber der Politik deutlich machen. Kultur als Ganzes muss eine stärkere Stimme in EU haben. Bestimmte Branchen wurden gehört, Kultur oft nicht. Hierfür sind die Kulturinteressenverbände notwendig. Aufgrund mangelnder personeller und intellektueller Ressourcen vergisst EU oft bestimmte Details und Folgen im Politikprozess für uns, denn</p>
--	--	--	--	--

		<p>für die Pressearbeit insbesondere unsere Social-Media-Kanäle, emittieren Pressemitteilungen, veröffentlichten Standpunkte und versuchen unsere Website als Schaufenster unserer Arbeit zu präsentieren. Die Vernetzung mit anderen Kulturinstitutionen, wie dem Deutschen Kulturrat oder europäischen Kulturverbänden erhöht unsere Hörbarkeit und Sichtbarkeit. Auch der direkte Kontakt mit Politikern spielt zentrale Rolle. Direkte Kontakte sind immer besser als Pressemitteilung. Das liegt auch daran, weil wir kein reiner Interessenverband oder eine Gewerkschaft sind. Man kann der Politik Informationen geben und sie in eine bestimmte Richtung lenken, aber man kann nicht die Politik dauernd direkt kritisieren, da wir damit ja eigene Mitglieder (unsere Träger) kritisieren würden. Die Öffentlichkeitsarbeit</p>		<p>die EU-Bürokratie und Regulierungen sind oft komplex. Es ist die Aufgabe von uns als Verbänden auf diese Regelungen hinzuweisen und die Politiker zu unterstützen.“</p>
--	--	---	--	--

		flankiert diese direkte politische Arbeit“.		
<b>Interview 3: Staatsschauspiel Dresden</b>	„Die Kommission und die Institutionen müssen bearbeitet werden, damit die Theater gehört werden. Die ETC ist unser Gremium in der EU, welches die Arbeit der Theater kommuniziert und sichtbar macht. Die Lobbyarbeit ist in Zeiten sinkender nationaler Kulturbudgets ein wichtiges Thema. Wir wollen uns eine Stimme verschaffen, nicht nur um gehört zu werden, sondern um uns als vitalen Teil der Kulturlandschaft der jeweiligen Länder zu zeigen. Uns geht es auch darum, den politischen Entscheidungsträgern zu helfen, Prozesse zu begleiten, unser Know-How bereitzustellen, um Hilfestellung zu geben, den partnerschaftlichen Austausch forcieren. Uns sind die kulturpolitischen Zusammenhänge und die Wünsche des Sektors wichtig. Und es hat viel mit ideellen Gedanken zu tun.	„Es ist dir Mischung aus direkten und indirekten Strategien. Wir sind im Austausch mit der Politik auf der regionalen und Länderebene. Dort findet die Meinungsbildung statt und deswegen interagieren wir gezielt mit Abgeordneten, Parteivertretern, Kulturpolitiker, die wir direkt ansprechen, um Themen auf die Agenda zu setzen. Über Gremienarbeit, Veranstaltungen und unsere Öffentlichkeitsarbeit bleiben wir mit der Öffentlichkeit, den Politikern und den Theatermitarbeitern in Kontakt zu unseren Themen. Unsere Netzwerkarbeit im Mehrebenensystem der EU schafft Öffentlichkeit gegenüber der Politik auf all diesen Ebenen. Es geht darum, mithilfe der Kontakte auf Landes- und Bundesebene Themen in die EU-Kulturpolitik einzubringen und zu spiegeln und so auch unsere	„Es gibt deutlich zunehmende Kontinuität im Austausch mit der EK und dem EP und natürlich zu europapolitischen Themen auch mit dem BKM und dem LKM. Die ETC und wir als Mitglied des BoD helfen der EU-Kommission zu wissen was gebraucht wird, was hilfreich ist, welche Schwerpunkte zu setzen sind, wie eine effiziente Mittelverteilung aussehen kann und Legitimität im Sektor sicherzustellen ist. Hauptansprechpartner sind die EU-Kommission und die amtierende Kommissarin, in einzelnen Fällen EP-Parlamentarier, besonders die mit Kulturschwerpunkt aus den für uns interessanten Ländern“.	„Um Informationsaustausch geht es uns schon ja. Wir haben Interesse an einem Dialog und die Weitergabe unserer Expertise, um in der Regel Zugänge zum politischen Prozess und zu Fördermitteln zu erhalten. Wir wollen den Dialog für Sachpolitik, gemeinsame Initiativen gegenüber der Politik artikulieren, ideelle Interessen durchsetzen. Ich sehe Kulturpolitik als Mittel zum Austausch und als Instrument um Werte zu vermitteln, Bei der ETC wollen wir gemeinsame Werte repräsentieren und gemeinsamer kulturelle Hintergründe aufzeigen. Teil einer europäischen, kulturellen Identität sein. Differenzen auch deutlich machen und dadurch lebendige demokratische Diskussionen anregen. Diese Werte vertreten wir auch in unserer Lobbyarbeit. Politiker suchen den Austausch, um



	<p>Wir sichern Frieden, unterstützen Proteste in Ländern, wo Kunst- und Meinungsfreiheit in Gefahr sind. Wir helfen unseren Partnern bei der Finanzierung in Länder, wo Kultur nicht gut ausfinanziert ist: Die europäische Ebene ist dabei der Kanal um im Gespräch zu sein, damit sich Dinge bewegen im Kampf für die Freiheit der Kunst. Es ist auch ein Versuch auf europäischer Ebene Austausch zu generieren. Wir wollen die ETC als Plattform zur Zusammenarbeit sehen, nicht nur zwischen den Theatern, sondern auch zwischen den Mitarbeitern. Mit der Mitgliedschaft bei PEARLE und der ETC wollen wir inhaltliche Akzente setzen und zusammen mit anderen Institutionen Netzwerkbildung betreiben. Unser Interesse ist es sich nicht nur auf der europäischen Ebene über die jeweiligen Arbeitsbedingungen auszutauschen, sondern darüber hinaus</p>	<p>Interessen zu vertreten. Wir betreiben Meinungsbildung über das gezielte Ansprechen von Abgeordneten und Parteivertretern. In unserer Heimatstadt gibt es dieses Bewusstsein auf der regionalen Ebene, dass der internationale und auch die europäische Kulturpolitik eine Grundlage für Tourismus, wirtschaftliche Entwicklung und kulturelle Identität ist und dass unsere Themen deswegen berücksichtigt werden. Das Theater und die Kulturpolitik ist in der DNA der EU und von Deutschland. Die EU ist ein Wissenskontinent, und ein Kontinent der Ideen, das geht nicht ohne ein kreatives Umfeld. Regional- und Landesstrukturen mit all ihren Besonderheiten sind wichtig für die europäische Ebene, und das Mehrebenensystem. Alle müssen sich unterstützen und in einer im komplexer werdenden Zeit Informationen austauschen“.</p>		<p>Legitimität herzustellen, gegenüber denen die sie vertreten. In einer komplexen Welt müssen Politiker sachkundig sein. Wir helfen ihnen eine Haltung zu bestimmten kulturpolitischen Fragen einzunehmen. Sich also durch unsere Informationen sachkundig zu machen“.</p>
--	---	--	--	---

	wechselseitige Inspiration und künstlerischen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen“.			
<b>Interview 4: Kulturdezernat einer Bayrische Großstadt</b>	„Unsere Stadt hat ein Interesse an der kulturpolitischen Vertretung auf der nationalen Ebene und der europäischen Ebene. Es geht um Finanzen und die Sichtbarkeit der Stadt. Europäische und nationale Entscheidungen haben Auswirkungen auf das kulturelle Policy-Making und -gestalten. Es sind Themen, wie juristische Details, Arbeits- und Vertragsrecht, Steuerrecht. All diese Dinge beeinflussen die Arbeit im Kulturleben. Nationale Entscheidungen beeinflussen das kulturelle Handeln in der Kommune. Die Einflussnahme auf diese Entscheidungen und deren Auswirkungen ist deshalb für uns von besonderer Wichtigkeit. Kommunen sind auch auf der europäischen Ebene tätig. Wir sind über die Bayrische Landesvertretung, die Vertretung der	„Der kommunikative Hauptweg für uns, ist als Mitglied des DBV-Präsidiums ein Thema im Präsidium anzusprechen und im Vorstand, um die Durchsetzung dieses Themas mit Zielvorstellungen zu ringen. Ich setze ein Thema auf die Tagesordnung und durch die Diskussion kommt der Bühnenverein zu einer Haltung, die dann gegenüber der nationalen und europäischen Kulturpolitik vertreten wird. Die Abstimmung darüber und die Durchsetzung unserer Ideen über den Verband unterstützt unsere lokale Kulturpolitik. Ich bin wöchentlich direkt mit unserem Bundestags- und EP-Abgeordneten in Kontakt. Die Geschäftsstelle der Verbände gibt unsere Position weiter auf alle Ebenen. Beim Städtetag funktioniert es ähnlich. Der	Der Bühnenverein fungiert als wichtiger Ansprechpartner aber auch Bundestagsabgeordnete, verschiedene andere Kanäle, wie der Kulturausschuss des Deutschen Städtetag. Unser direkter politischer Weg läuft über die örtlichen Parlamentarier. Es geht dabei um einen informellen Austausch. Abgeordnete nutzen das regelmäßig und selbstverständlich. Zudem sind wir im Kulturausschuss des Deutschen Städtetags aktiv. Auch dieses Gremium ist gut um Positionen zu entwickeln, die gegenüber der Bundesregierung und den europäischen Institutionen in kulturpolitischen Fragen artikuliert werden. Beim MdB oder MdEP reicht ein Anruf, die Abgabe unserer Information zu unseren Wünschen oder der Behinderung unserer Arbeit durch die EU. Und	„Informationen jeglicher Natur stellen wir bereit. Insbesondere zur Lage in den Kommunen mit Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben. Der Bayrische Städtetag sendet alle kulturpolitischen Themen zu mir und bittet um die Stellungnahme von den Städten. Die Stellungnahmen werden von der Fachabteilung hier verfasst, die nehmen Stellung. Ich lese es durch und wenn es fachlich nachvollziehbar ist, leite ich es weiter an Städtetag. Das wird nicht in Gremien entschieden, aber in der Verwaltung, nicht von mir allein, sondern wieder mit Einbeziehung aller Kulturverbände und Institutionen in der Stadt. Es geht mir um Inhalte und Strategien: Wie richtet sich Stadt kulturpolitisch aus? Das wird im Stadtrat entschieden und ich setze

	<p>bayrischen Kommunen in Brüssel und Verbände, wie dem Deutschen Städtetag, oder dem Bühnenverein als Intermediäre in Brüssel kulturpolitisch vertreten. Der Deutsche und Europäische Bühnenverein betreibt die Interessenvertretung für Theater auf europäischer und nationaler Ebene und hilft damit auch uns. Die Zunahme von Regulierungen und Kompetenzen der EU führt auch im Kulturbereich und bei den Kommunen für neue politische Herausforderungen. Bestimmte Subventionen, Förderpfe, Finanzmittel sind nur über unser Engagement dort zu erhalten“.</p>	<p>Städtetag fragt die Kommunen an, ob sie Stellung zu bestimmten Gesetzgebungsverfahren nehmen wollen, subsumiert das und nimmt Position ein, die dann national oder in der EU vertreten wird. Im Theaterbereich ist auch das Brüsseler Büro bzw. die kulturpolitischen Gremien des Deutschen Städtetags wichtig. Der Städtetag fragt Kommunen an, ob sie Stellung zu bestimmten Gesetzgebungsverfahren nehmen wollen, subsumiert das und nimmt eine gemeinsame Position ein, die anschließend in Brüssel vor der Kommission vertreten wird“.</p>	<p>die kümmern sich dann darum. Das ist der politische Weg über die regionale Vertretung auf Europa einzuwirken“.</p>	<p>das mit der Exekutive um“.</p>
<p><b>Interview 5: NEMO</b></p>	<p>„NEMO wurde gegründet, um die Relevanz von Museen zu zeigen. Wir stehen im kulturellen und sozialen Dienst für die Gesellschaft. Ein Museum ist eine internationale Institution und eine Dienstleistung für alle. Wir sind zudem ein ENC. Wir wollen die</p>	<p>„Mit Corona ist es gerade eine spezielle Situation. Gerade jetzt spielt der direkte Kontakt eine wichtige Rolle. Aber, uns liegt die Kommunikation am Herzen, weswegen wir immer alle Strategien nutzen. Wir wollen ja bewusst europäische Öffentlichkeit schaffen und</p>	<p>„Wir müssen proaktiv agieren, langfristig an unserer Strategie arbeiten und so früh wie möglich, ohne Hintergedanken mit den wichtigen Entscheidungen in Kontakt treten. Unser General Secretary ist oft im Austausch mit der EK. Einmal in der Woche hat sie</p>	<p>„Wir stellen EK und EP technische, rechtliche und wissenschaftliche Informationen über den Sektor bereit. Keine Einzelinteressen bestimmter Museen. Es ist immer besser proaktiv zu sein, eine langfristige Strategie zu haben aufgrund der EU-Kulturpolitik. Der EU fehlen</p>

	<p>Reichweite unserer Mitglieder erhöhen. Für sie politisch kommunizieren. Und einfach aufzeigen, was Museen tun. Also insbesondere wollen wir die Kommunikation und die Reflexion in der EU-Öffentlichkeit“.</p>	<p>Teil eines größeren europäischen Diskurses sein, bzw. diesen mit aufbauen. Es braucht permanenten Austausch, man kann nicht nur Relationen aufbauen, wenn man sie gerade benötigt, sondern muss im stetigen Austausch mit den jeweiligen Entscheidungsträgern sein. Sowohl politische Kontakte als auch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sind Teil unserer Vermittlungsstrategie. Es hat sich herausgestellt, dass die Verbindung beider Strategieinstrumente uns dabei hilft, eine Botschaft besonders reichweitenstark und zugleich zielgenau zu verbreiten“.</p>	<p>Kontakt mit der EK und der Kommission für Kultur, Gabriel. Es ist ein freundschaftlicher Austausch, ein ehrliches Engagement für die Kultur, mit viel Verlässlichkeit. Auch zum EP hegen wir enge Kontakte. Insgesamt wird der Austausch in der EU-Kulturpolitik immer professioneller und besser. Davor hatten wir nur Kontakte mit Kommissionsbeamten. Es gab starke Hierarchien. Und seit ein paar Jahren, seit der neuen Kommission, sind wir jetzt mit der obersten Ebene vernetzt. Die Professionalisierung nimmt zu. Wir haben sogar die privaten Handynummern mittlerweile. Auch auf Parlamentsebene haben wir viele Kontakte gepflegt. Allerdings hat das EP keine so direkte Wirkung und Einfluss auf den Teil Kulturpolitik den wir bearbeiten. Das ist anders als im Bundestag, wo mit kulturpolitischen Sprechern und den Kulturausschüssen sehr</p>	<p>Ansprechpartner für bestimmten Kreativsektoren. Wir leisten strukturelle Vorarbeit und gestalten dadurch die Förderinstrumente der EU, die uns dann zugutekommen, mit. So wirken sie zielgerichtet und genau. In allen Stufen des Politikprozesses, aber so früh wie möglich, sind wir mit den Projektverantwortlichen direkt in Kontakt. Viele Kollegen aus dem Verband sind direkt in Programmen involviert. Mit unseren Studien und Erhebungen erhalten die Politiker wissenschaftlichen Evaluationen, in denen auch unsere Positionen eingearbeitet sind“.</p>
--	---	---	--	---

			<p>wichtige Gremien existieren, die viel Entscheidungsmacht haben. Hier verfassen wir Briefe und Pressemitteilungen. In der EU liegt unsere Fokussierung auf der Exekutive. EP hat nicht die Macht. Anders als bei der EK geht es nicht um Zugänge zum politischen Prozess in der Interaktion mit dem EP, sondern eher um den Austausch von Information mit den Angeordneten. Wir müssen proaktiv agieren, langfristig an unserer Strategie arbeiten und so früh wie möglich, ohne Hintergedanke mit den wichtigen Entscheidern in Kontakt treten“.</p>	
<p><b>Interview 6: DMB</b></p>	<p>„Die Museen gehören zum Non-Profit-Bereich und stehen nicht in marktwirtschaftlichem Wettbewerb zueinander. Der europäische Austausch und das Lernen von den anderen spielt eine wichtige Rolle im Verband. Museen sind öffentliche Einrichtungen und müssen Steuer-gelder immer effizienter</p>	<p>„Wir nutzen drei Ebenen der Kommunikation. 1. direkten Kontakt mit Beamten und Politikern, 2. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und 3. Veranstaltungen. Unsere Strategie zur Übermittlung und Durchsetzung politischer Botschaft ist dreigliedrig. Es gibt die Serviceebene, also den Austausch und die Information</p>	<p>„NEMO agiert als unser europäischer Dachverband. Zu den EU-Institutionen treten wir häufig darüber in Kontakt. NEMO ist auch komplett durch die nationalen und durch die EU-Institutionen finanziert. NEMO wurde in der Zeit des Maastricht-Vertrags gegründet Seit der Gründung ist es eines</p>	<p>„Wir sind Sachkundige in der EU für unser Land und unseren Sektor. Wir aggregieren die Meinungen unserer Mitglieder, übermitteln die Infos an die Politik und bekommen dadurch Zutritt zu Gremien, werden als Experten gehört. Wir müssen qualitativ hochwertige Informationen abliefern, ja Sachkundige sein. Nur</p>

	<p>einsetzen. Es ist effizient voneinander zu lernen, weswegen der europäische Dachverband ein wichtiges Instrument ist, durch den Best-Practise-Austausch diese Effizienz zu generieren und von den besten im Sektor zu lernen und erfolgreiche Museen nutzen das als Plattform um Ideen. Museen sind deswegen an einer europäischen Zusammenarbeit interessiert. Gründe sind also Austausch, der Service für unsere Mitglieder, das professionelle Netzwerk und der Wunsch voneinander zu lernen. Die EU-Ebene spielt nicht unbedingt eine wichtigere Rolle, denn die Träger der staatlichen Kultureinrichtungen in Europa sind die Nationalstaaten oder lokale Exekutiven, bzw. die Bundesländer in Deutschland. Die regionale Ebene ist damit zunächst deutlich attraktiver als Kanal für unsere Interessenvertretung. Das Feld der Kulturpolitik ist</p>	<p>der Mitglieder. Ebene Zwei ist die politische Arbeit, also der direkte Kontakt mit den politischen Entscheidungsträgern, ausgeführt von mir oder unserer Mitarbeiterin für politische Kommunikation. Die dritte Ebene ist die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, konzipiert von unserem Kommunikationsbeauftragten. Alle Ebenen werden bezüglich einer Botschaft verzahnt, um so möglichst effizient zu arbeiten. Zur Umsetzung von Kommunikationszielen müssen alle drei Ebenen genutzt werden, manchmal verwenden wir für ein oder zwei Ebenen ein anderes Framing. Aber unsere Botschaften müssen auf allen Kanälen immer kohärent und zielorientiert sein, denn nur dadurch entsteht Legitimität. Wir nutzen alle Wege, die existieren, aber gehen dabei nicht hoch strategisch vor. Aber unsere Botschaften müssen auf allen Kanälen immer kohärent und</p>	<p>der Netzwerke, das systematisch von der EU unterstützt wurde. Die EU führt eine subsidiäre Kulturpolitik aus und will immer dabei Ansprechpartner auf europäischer Ebene aus dem Kultursektor zur Beratung haben. NEMO muss nicht um Gehör kämpfen, sondern wird im Rahmen der strukturierten Dialoge im Politikprozess hinzugezogen“.</p>	<p>dadurch werden wir als Experten und mit unserer Expertise wahrgenommen. Wir leben in einer komplexen, hochgradig fragmentierten und differenzierten Welt. Verschiedenste gesellschaftliche, kulturelle, soziale und politische Fragen benötigen unterschiedliche Expertise. Die Herausforderung Politik zu machen, liegt heute darin, diesen komplexeren Problemlagen mit gleichen Ressourcen Herr zu werden und Entscheidungen zu treffen, die optimale Outputs generieren und diese durch Effizienz und Zielgenauigkeit zu legitimieren. Hier setzen wir an, wir bieten Informationen, Fachexpertise über den Sektor und Wissen über den Bereich Kultur, das gar nicht anderweitig bereitgestellt werden kann. Neue Bedürfnisse entstehen. Politik wird komplexer und das hat Auswirkungen auf die Frage, welche Informationen an welchem Punkt</p>
--	---	---	---	--

	<p>dennoch vor allem ein Bereich der Förderpolitik. Es ist also wichtig, wer bezahlt und weniger wichtig, wer die großen Linien bestimmt. Der Geldgeber ist der zentrale Einflussfaktor und da EU die Museen nicht direkt bezahlt hat sie weniger Einfluss. Dennoch existiert mit Creative Europe ein Fördertopf, der attraktiv für unsere Mitglieder ist und eine weitere Säule in der Kulturfinanzierung darstellt“.</p>	<p>zielorientiert sein, denn nur dadurch entsteht Legitimität und Glaubwürdigkeit. In der politischen Arbeit spielen direkte Kontakte mit Politikern und den Entscheidungsträgern die wichtigste Rolle. Das ist aber eng mit unserer Öffentlichkeitsarbeit verbunden. Zur Umsetzung von Kommunikationszielen müssen alle drei Ebenen genutzt werden. Es gibt verschiedene Instrumente, um Informationen zu übermitteln: Briefe, ein direkter Kontakt, Telefonanrufe, persönliche Treffen, Pressestatements, Pressemitteilungen, die wir an alle Kulturpolitiker senden. Die Öffentlichkeitsarbeit im Radio, Zeitungen oder Fernsehen. All das hat Auswirkungen, wir messen diese allerdings nicht, denn dazu fehlen uns die personellen Ressourcen. Wir nutzen alle Wege, die existieren, aber gehen dabei nicht hoch strategisch vor. Krisenkommunikation oder ad-</p>		<p>des politischen Prozesses notwendig sind und wer diese Informationen bereitstellt. Wir leiden nämlich oft darunter, dass man uns vergisst, weil wir nicht zu den mächtigen und finanzstarken Interessen gehören“.</p>
--	--	---	--	--

		<p>hoc Lobbying ist nicht unser Geschäft. Wir haben seit einem Jahr eine Mitarbeiterin nur für politische Kommunikation. Dies ist auch dringend notwendig, sie strukturiert unsere Interessenvertretung, arbeitet Termine und Veranstaltungen ab und schafft es dadurch Themen frühestmöglich zu erkennen. Sie ist das Scharnier. Die Hauptsache ist eigentlich nicht nur so früh wie möglich Politikprozesse auf dem Schirm zu haben, sondern ständig in Kontakt zu sein und Politiker auf Probleme hinzuweisen.“</p>		
<p><b>Interview 7: Technoseum Mannheim</b></p>	<p>„Zum Engagement des Museums in Fragen der europäischen Kulturpolitik gehört schon sehr viel Idealismus dazu. Ich will mich über die tägliche Arbeit hinaus ideell engagieren, etwas für die Gemeinschaft und die Kollegenschaft der Museen machen. Es ist ein Geben und Nehmen, eine Information erhalten, aktiv in den Arbeitskreisen</p>	<p>„Wir nutzen voice- und access-Strategien. Alles was möglich ist. Wir benutzen ein kohärentes, aber unterschiedliches Set aus Strategien“.</p>	<p>„Für uns zuständig ist kulturpolitisch erst einmal die Stadt, also der Mannheimer Bürgermeister für Kultur und der Oberbürgermeister. Unsere weiteren Ansprechpartner sind die örtlichen Bundestagsabgeordneten, Stadträte und auf Bundesebene das BKM. Es ist mir wichtig, direkte Kontakte zu allen zentralen Ansprechpartnern zu haben.</p>	<p>„Wir stellen rechtliche, wirtschaftliche Informationen für die politischen Institutionen bereit. Ich arbeite ja in dem Arbeitskreis im DMB mit. Es sind alles unabhängige Arbeitskreise. Es gibt keine Vorgaben und Input vom Vorstand. Als Mitglied im AK kann man passiv reingehen und passiv Informationen konsumieren. In Vorträgen,</p>



	<p>mitarbeiten. Ich arbeite im Arbeitskreis „Verwaltung“ des DMB mit und bin im Präsidium durch mein Sprecheramt im Arbeitskreis „Verwaltung“. Es ist Tradition, dass der Sprecher im Vorstand mitarbeitet, denn der Sachverstand der Verwaltungsleitungen soll auch im Vorstand entfaltet werden. Der Sprecher ist meist Jurist mit rechtlicher Expertise, die die Interessenvertretung natürlich noch besser ermöglicht. Das gibt mir einen guten Einblick in die dt. und europäische Museumslandschaft. Ich genieße die Möglichkeit mitzugestalten und Einfluss zu nehmen“.</p>		<p>Ich finde die Verbindungen zu den politischen Institutionen in Berlin, BKM und DMB sehr essentiell. Wir benötigen ja inhaltliche und institutionelle Unterstützung für unsere Arbeit. Auch die Kulturministerkonferenz ist wichtig. Die EU ist für mich selbst weniger wichtig in ihrer Rolle als subsidiäre, kulturpolitische Institution. NEMO ist für uns dennoch eine wichtige Mediatororganisation. Wer Lust hat mitzumachen, macht da mit. Mit dem DMB betrieben wir auch Zusammenarbeit bezüglich EU-Richtlinien oder dem strukturierten Dialog mit der Zivilgesellschaft. Wir verfassen für die Interessenvertretung Stellungnahmen und Pressemitteilungen. Der direkte Kontakt, ist außerhalb von Bewerbungen um Kulturmittel recht gering. Wir sind aber im Austausch mit dem DMB und NEMO und damit zumindest im weitesten Sinne auf der</p>	<p>Schulungen, Diskussion zwischen den Kollegen, Pausen zum Austausch von Informationen, kollegialen Gesprächen, werden Netzwerke gebildet, politische Entscheidungen getroffen und die Strategie für die Interessenvertretung entwickelt. Rechtliche und technische Fragen spielen in meinem Arbeitsbereich natürlich die wichtigste Rolle“.</p>
--	--	--	--	---

			europäischen Ebene vertreten“.	
<b>Interview 8: EFA</b>	<p>„Wir vertreten europäische Festivals und haben Mitglieder in allen europäischen Ländern. Wir sind 70 Jahre alt, gegründet 1952 von 15 Festivals. Wir sind nicht nur eine Plattform, die nach innen arbeitet und künstlerische Kollaboration stärken und Festivals in Austausch bringen will. Wir sind schon immer als globales Projekt angedacht, als europäisch, föderalistisches Projekt. Wir verstehen Europa als intellektuelles Projekt, das nicht nur über die Ökonomie zusammenkommen sollte, sondern auch über die kulturelle Identität und die kulturelle Zusammenarbeit eine Seele bekommen muss. Festivals sind ein Teil davon. Wir wollen das Kulturleben durch Festivals fördern. Das steht auch in unseren Gründungsstatuten. Wir wollen einen Beitrag zur europäischen Integrationsbewegung seit Ende 2. WK</p>	<p>„Unser Sitz ist in Brüssel, wodurch wir wunderbar vernetzt sein können und direkte und indirekte Strategien überhaupt erst für uns möglich sind. Wir sind in ständigem analogem und digitalem Austausch mit Politikern und Beamten über Live-Treffen, über Empfänge, Konzerte, Events. Dort lernt man sich kennen, lässt sei Gesicht sehen und tauscht sich aus. Wir wollen Dauerpräsenz. Erfahrung, in welchen Programmen ist man involviert. Wenn wir in einem Programm, wie den ENC drin sind und Gelder von der EU erhalten, dann rapportiere wir und haben die Pflicht zu Erfolgsstudien und Messungserhebungen und involvieren die politischen Verantwortlichen über Veranstaltungen und unseren Events. Wir wollen ja bestimmte Ideen umsetzen und wollen sie umgesetzt haben. Deshalb setzt man</p>	<p>„Wir interagieren mit allen von unserem Brüsseler Büro aus. Das Parlament ist unser direkter Kontakt zu den Vertretern der Bürger. Es ist nicht die Hauptinstitution aber ein guter, dezentraler Weg zur Einbeziehung der Bürger. Die Kommission ist die entscheidende Institution, mit der wir allein schon über das ENC verbunden sind. Es geht denen und uns um Aufarbeitung, Implementierung von Programmen, Ideen- und Wissensaustausch und Austausch bezüglich Creative Europe. Wir würden gern immer die ersten sein und als erstes eingeladen werden. Durch strukturierte Dialoge und die Arbeit in den Gremien werden wir oft früh konsultiert und einbezogen. Es ist eine Besonderheit im Kultursektor, dass die Lobbyarbeit momentan im europäischen Kontext noch wenig professionalisiert ist. Die Art und</p>	<p>„Wir sind Teil der ENC. Ein wenig betreiben wir auch Advocacy schreiben juristisch-politische Papiere, zu Gesetzen. Aber das ist noch mehr die Aufgabe unserer Partner PEARLE und CAE. Wir machen nur ein bisschen Lobbying. Diese beiden Institutionen wurden vom Kultursektor geschaffen, um das für uns zu übernehmen. PEARLE und CAE spielen für uns eine wichtige Rolle, denn sie verknüpfen die Forderungen der meisten Kulturakteure auf europäischer Ebene und sind darauf spezialisiert, Advocacy und Lobbying für den gesamten Kultursektor gegenüber den EU-Institutionen zu betreiben. Dennoch haben wir Expertise im rechtlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich. Wir versuchen die Kraft der Festivals an die EK und das EP zu tragen. Diese künstlerische Kraft der Festivals wollen</p>

	<p>leisten. Kultur sehen wir als ein Instrument zur Friedenssicherung und das prägt auch unsere Interessenvertretung. Wir haben ganz grundlegend zwei Arten von Mitgliedern mit zwei Gründungsansätzen. Zum einen die Perspektive der Künstler. Die wollen künstlerische Verständigung zwischen den Festivals, Netzwerke bilden und ihre Publikumszahlen verbessern. Dann den Blickwinkel der kulturpolitischen Experten, zu denen ich mich auch zähle. Wir wollen die europäische Einheit über Kunst und Kultur. Die meisten Mitglieder wollen durch die Mitarbeit bei uns Benefits für den Mitgliedsbeitrag. Die fordern nicht in erster Linie eine Vertretung auf der europäischen Ebene, aber nutzen EFA als Instrument für die lokale Ebene, um dort politisch kulturelle Streitigkeiten zu lösen. Aber sie geben EFA ja auch ein Mandat sie zivilgesellschaftlich zu</p>	<p>ihnen diese Ideen in den Kopf und zeigt auf, was der Sektor benötigt. Das passiert relativ regelmäßig mit ausgewählten Personen. Die Kulturblyse in Brüssel ist ein kleiner Kreis. Im DG Culture arbeiten 20 Leute, die für uns relevant sind, da sie Referenten sind. Man kennt die alle. In der Agentur kennt man auch alle. Das sind kleine Teams. Früher habe ich sehr viel an Expertenforen und Committee-Hearings teilgenommen. Aber wenn man dann erstmal alle kennt, braucht man das gar nicht mehr so sehr. Wir sind auch zu schwach aufgestellt, man bräuchte ein ganzes Policy-Department, da das lang andauernde Prozesse sind. Man muss sich bekannt machen. Es braucht permanente Kommunikation. Man kann nicht nur Relationen aufbauen, wenn man sie gerade benötigt, sondern muss im stetigen Austausch mit den jeweiligen</p>	<p>Weise der Dialogherstellung ist sehr anders, wir haben nicht die Möglichkeiten wie Wirtschaftsverbände den politischen Prozess und alle Gesetzgebungsverfahren kontinuierlich zu screenen. Zudem sind wir an der Gesetzesgestaltung in der Form nicht direkt beteiligt. Das ändert sich aber immer mehr und deshalb ist frühes Eingreifen essentiell, der Kampf um die Einbindung selbst sehr wichtig. Wir sind mit allen europäischen Ebenen in Kontakt. Das Parlament, da geht es uns um den direkten Kontakt. Die MdEPs sind die Vertreter der Bürger. Über das EP generieren wir Relevanz und nutzen einen dezentralen Weg zur Einbeziehung unserer Interessen. Die Kommission hingegen ist das Exekutivorgan und soll im besten Fall unsere Forderungen umsetzen. Wir arbeiten eng mit der EK zusammen und unterstützen die Beamten bei der Aufarbeitung</p>	<p>wir nutzen, um über die Situation im kulturellen Bereich und für unsere Mitglieder zu informieren. Wir geben den Nutzen für Institutionen. Sie sollen unsere kreativen und partizipativen Prozesse nutzen, um diese auf die Gestaltung der Förderprogramme anzuwenden. Wir bieten den Institutionen also künstlerische Informationen an und übermitteln Kreativität im Problemlösen. Gemeinsam mit den europäischen Institutionen wollen wir neue Wege finden, die Kraft für die Fortentwicklung der Demokratie in Europa und der Europäischen Idee zu nutzen. Andere machen das anhand von Research, durch politische Agenden und strategische Themen. Wir machen das eher ad hoc und mithilfe der Vielfalt und Kreativität unserer Mitglieder. Was anderes können wir gar nicht leisten, denn anders als die Wirtschaftsverbände sind wir zu klein“.</p>
--	--	---	--	---

	<p>repräsentieren und sie zu vertreten. Es gibt da eben einen Interessenkonflikt zwischen den zwei Ansichten zur Funktion eines Verbandes. Die einen wollen Meetings, Trainings, Finanzierungsmöglichkeiten und Vehikel zur Steigerung von Profit, einem ROI oder die Erhöhung der Publikumszahlen. Für die anderen ist es ein Vehikel zur Repräsentation in der EU und um überhaupt eine Stimme zu haben. Das liegt auch an der Lage der Kulturpolitik insgesamt. Es geht immer um die Frage, wie kriegen wir mehr Mittel und Geld für unser künstlerisches Programm? Auf regionaler, lokaler Ebene gibt es immer weniger Mittel. Europapolitik wird da im Rahmen verschiedener Finanzierungsmöglichkeiten gesehen. Es geht immer um Geld. Klar, darum kümmern wir uns auch. Aber mein Ziel ist es, das politische Feld der Citizenship weiterzuentwickeln.</p>	<p>Entscheidungssträgern sein. Mehrmals im Monat am besten um bestimmte Updates zu erhalten, Involvierung einzufordern. Es ist einfach mit Kommissionleuten, Parlamentsleuten, im Austausch zu stehen. Alle paar Monate geben wir bestimmte Updates über unsere politischen und inhaltlichen Forderungen und Bedürfnisse. Zudem involvieren wir Kommissionbeamte, Politiker und Parlamentarier in unseren Veranstaltungen. Wir haben ein Hospitationsprogramm für Kulturpolitiker aufgesetzt, Laden sie zu unseren Versammlungen ein oder als Speaker bei Veranstaltungen. Dadurch ist es einfacher Updates zu bekommen und kontinuierlich im Austausch zu stehen. Die Bindung an unseren Verband und die Auseinandersetzung mit unseren Mitgliedern und den Bedürfnissen des Sektors ist dadurch intensiver“</p>	<p>und der Implementierung von Programmen der Kommission. Insbesondere der Austausch bezüglich Creative Europe spielt eine wichtige Rolle für uns, weil wir über die Effizienz und Effektivität des Programmes mitbestimmen können“.</p>	
--	--	---	--	--

	<p>Ein lebendiger Teil der Zivilgesellschaft zu sein. Aber das ist komplexer. Es hat nicht direkt den ROI, den die Festivals sich erhoffen. Ich verstehe Europa als öffentlichen Raum. Als Ort der Bürgerschaft, der Verantwortlichkeiten der Kultur im öffentlichen Raum, wo Bürgerschafts- und Communitybuilding geschehen muss. Es geht um die Zukunft der Städte mithilfe der Kultur. Wir machen das, obwohl unsere Mitglieder nicht die Externalitäten daran sehen, dabei ist es auch für sie nachhaltig. Ich setze mich mit EFA für Die Schaffung einer Europäischen Öffentlichkeit, Stakeholder zusammenbringen, Lösungen zu finden, auf die Frage, wie kann Integration voranbringen, sind meine Ziele. Die Festivals denken aber oft nicht so nachhaltig und kulturpolitische, sondern müssen aus der Not heraus praktisch und pragmatisch sein. Es geht eigentlich um zwei Dinge,</p>	<p>Wir haben auch konkrete Arbeitsprogramme auf lokaler Ebene, wie die Festival Cities 2018, wo wir Entscheidungsträger und Festivalträger an einen gleichen Tisch bringen und diskutieren wie Mehrwert generiert werden kann und wie alle in Austausch kommen können. Ich mag es immer sehr, wenn das alles partizipativ ist. Wir sind auch in Arbeitsgruppen vom EP engagiert. Wir stehen für ein Europe bottom up, also setzen uns für partizipatorische Möglichkeiten ein. Parlamentarier sind Teil des Arbeitsprozesses. Wir bieten ihnen Dinge an und treten selbstbewusst als ENC auf und bieten denen Austausch an. Beim ENC gibt es Workshops und Arbeitsgruppen, die uns mit den Entscheidungsträgern zusammenbringen. Dabei schauen wir, wie Mehrwert durch die Fördermittel der EU generiert werden kann, wie der Austausch intensiviert wird</p>		
--	---	---	--	--

	<p>die die unsere Mitglieder wollen und die, die wir als Verband und europainteressierte Policy-Experten vertreten wollen. Es geht immer ums Geld. Unsere Mitglieder wollen durch die Mitgliedschaft in unserem Verband möglichst viele Benefits. Zum einen exklusivere Zugänge zu Finanzmitteln und Fördermöglichkeiten, aber auch die politische Unterstützung und die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit generieren. Die andere Ursache ist weniger ökonomisch, sondern intellektuell begründet. Unser Verband wurde gegründet, um den kulturellen Austausch in der EU voranzubringen und damit auch die europäische Integration in ihrer Gesamtheit zu fördern. Das Netzwerk war schon in den Fünfzigern als europäisch-föderalistisches Projekt angedacht und sollte als Teil der europäischen Integrationsbewegung etwas zur Friedenssicherung und zur</p>	<p>und wie Partizipation und demokratischere Vergabe- und Teilhabeprozesse implementiert werden können. Daneben gibt es Arbeitsgruppen im EP an denen wir partizipieren. Unser Ziel ist ein Europa bottom up, mit partizipatorischen Möglichkeiten für die Interessensakteure in der Kulturpolitik. Die Beamten, Kommissare und Parlamentarier sind Teil dieses Arbeitsprozesses, wir bieten ihnen Dinge an und treten Selbstbewusst als Netzwerk auf, das ihnen einen Mehrwert bietet. Ich glaube nicht an reine Öffentlichkeitsarbeit. Ich glaube an das von unten nach oben, von innen nach außen und denke nicht, dass öffentliche Kampagnen ohne Kern funktionieren. Wir machen das auch, aber es ist ein exponentieller Prozess und keine Frage von einer Kampagne, die aufkotroyiert wird. Es gibt Multiplikatoreneffekte bei</p>		
--	---	--	--	--

	<p>Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität beitragen. Und in diesem Spannungsverhältnis befinden wir uns nun. Das politische Feld der „Citizenship“, die Schaffung einer demokratischen und europäischen Zivilgesellschaft mithilfe der Kunst und unseres Netzwerks, ist unser Ziel“.</p>	<p>Einbeziehung aller Mitglieder und Politiker. Man braucht Visionen und Richtungen, eine Art von Ownership. Durch die Beteiligung von Politikern an unseren Events und Projekten kann das entstehen, verbunden mit Verantwortungsbewusstsein der Entscheider. Kultur und Festivals sind ein bescheidener, kleiner Teil der Gesellschaft. Wir haben keine Kampagnenmöglichkeiten und können nur den außergewöhnlichen Mehrwert von Kultur ausspielen. Wir haben nicht die Marktorientierung bzw. können im direkten Wettbewerb mit anderen Stakeholdern wie Cola, Greenpeace auch schon aufgrund unserer geringen Ressourcen nicht bestehen. Wir müssen alles immer Grassroots und mir Kollaborationen machen. Wir sind kleine Netzwerke und streben nach kontinuierlicher, nachhaltiger Erweiterung und Überleben. Wir übersetzen diese</p>		
--	--	--	--	--

		wissenschaftlichen Resultate in Policy-Empfehlungen und übermitteln die gesammelten Informationen an die europäischen Institutionen und die Medienöffentlichkeit. Wir wollen unsere Bedürfnisse aufzeigen zu Finanzen und Unterstützung durch die Politik, aber auch als Teil der aktiven Zivilgesellschaft neue Ideen für die Ausgestaltung der zukünftigen Kulturpolitik einbringen“.		
<b>Interview 9: EUFA (Übersetzung)</b>	„Idee hinter uns ist das Network-building. Die Schaffung eines Netzwerks zwischen den Festival-Managern, Künstlern und Politikern und dementsprechend auch Interessenvertretung. Das Netzwerk ist ein Resultat der Trainingsprogramme, die angeboten werden. EUFA ist eine Unterorganisation der EFA. Wir bieten Training für junge Festivalmanager und den Austausch mit erfahrenen Festivalmachern, die politische Repräsentanz des	„Wir sind durch das Brüsseler Büro direkt ansprechbar für die politischen Institutionen und nehmen zugleich alle Veranstaltungen, Empfänge oder Gremien war, die die Brüsseler Maschinerie bietet Auch das sorgt für Präsenz und kontinuierlichem Austausch. Die kulturpolitische Blase ist in Brüssel nicht so groß. Man kennt sich nach wenigen Wochen, weiß mit wem man wann reden muss. Daneben entwickeln wir zur Politikberatung Reports,	„Schwierig zu sagen. Die Organisation hat ihren Hauptsitz in Brüssel und EK und EP spielen eine entscheidende Rolle in der Gestaltung von Politik. Die Verbindung mit der EK ist sehr eng. Das läuft aber alles sehr stark über die EFA als Intermediär, also Policy und Advocacy wird über die EFA abgedeckt. Doch die Informationen und das Wissen dafür und die Empfehlungen werden von uns an die EFA weitergeleitet und dann ausgewertet an die Mitglieder	„Wir versuchen mit Beispielen und dem Aufzeigen von Projekten zu arbeiten. Wir haben eine besondere Struktur aufgesetzt bei Veranstaltungen. Wir versammeln immer unterschiedliche Stimmen des Sektors, um Dialog anzuregen. Wir sind nicht hauptsächlich Übermittler politischer Botschaften, wir setzen uns für den Sektor ein, allerdings indirekt und bottom-up. Wir sehen uns als globale Gemeinschaft, die weiß was die Kultur



	<p>Führungspersonals von Festivals und den künstlerischen Austausch. Wir wurden 2012 gegründet, da war der globale Aspekt wichtig, Austausch weltweit zu Governance, Funding, politische Fragen, die Zusammenarbeit mit dem globalen Süden im Kulturbereich, Austauschmöglichkeiten auf der europäischen und globalen Ebene, Friedenssicherung und ganz praktische Fragen: Wie sollte ein Programm gestaltet sein? Wir funktionalisieren die Finanzierung? Wir wollten eine bessere Vertretung gegenüber regionalen und politischen Institutionen, aber auch Kollaborationen. Und dann geht es uns auch um die SDGs der UN. Wie kann Kultur das umsetzen“?</p>	<p>Tool-Kits, Studien und wissenschaftliche Paper, Open-Source Dokumente, Leitfäden und betreiben Alumniarbeit. Wir organisieren Trainingsprogramme zur Wissensvermittlung und zur Erweiterung unserer Wissensbasis. Wir übersetzen diese wissenschaftlichen Resultate in Policy-Empfehlungen und übermitteln die gesammelten Informationen an die europäischen Institutionen. Wir betreiben Expertenarbeit, bei der wir politische Verantwortliche in die Programme einbeziehen. Wir sorgen für Austausch dieser bei Veranstaltungen, um so auf unsere Bedürfnisse einzugehen, unsere Gefühle zu zeigen und uns Finanzen und Unterstützung zur Bedürfniserfüllung zu holen und neue Ideen einzubringen“.</p>	<p>getragen, aber EFA setzt dann die Maßnahmen und den Kontakt mit den politischen verantwortlichen in Europa um. Es gibt Treffen mit der Kulturkommissarin und einmal im Jahr mit allen Board-Mitgliedern. Direkte Ideen lassen wir bei „Voices of Culture“ einfließen. An Gremiensitzungen nehmen wir auch teil, auch mit den einzelnen Mitgliedern der EFA. Wir tragen den globalen Blick bei, übermitteln dort unsere Expertise und Informationen. Das ist ein regulärer und kontinuierlicher Kontakt mit den politischen Verantwortlichen aus der EU und der EU-Kommission. Häufigere Treffen gibt es mit Beamten der EK und Agency, mit Leuten von Creative Europe gibt es auch monatliche Treffen“.</p>	<p>benötigt, Frieden sichern möchte, mithilfe der Kultur und Festivals, als Orte der Zivilgesellschaft, neue Wege des Zusammenlebens aufzeigen können, weltweite politische Probleme aufzeigen, Impact schaffen in den Städten, Zuschauer anregen und Sichtbarkeit für politische Probleme schaffen. Das ist kein revolutionärer Akt, aber dennoch eine Art von Aktivismus. Wir wollen Werte übermitteln, Geschichte erzählen, Zugang zur Politik demokratisieren und egalisieren. Den Politikern geht es darum erstmal von uns etwas zu erfahren. Sie haben nämlich nicht die personellen Ressourcen, um tiefgehende Expertise im kulturpolitischen Bereich zu entwickeln. Es gibt nur wenige Mitarbeiter im DG Culture. Es geht um Informationsaustausch und wir haben Interesse an diesem Dialog und in der Regel die sich daraus ergebenden Zugänge zum</p>
--	--	---	--	---

				<p>politischen Prozess. Informationen und die Mitgestaltung von Förderprogrammen verbessern aber auch den Zugang zu Fördermitteln für unsere Mitglieder. Der Dialog, die gemeinsamen Initiativen mit Kooperationspartnern, die Vertretung ideeller Interessen, macht die Kulturpolitik für uns zu einem Mittel zum Austausch von Werten. Wir wollen gemeinsame Werte repräsentieren. Das nach außen tragen, um eine lebendige demokratische Diskussion anzuregen. Wir übermitteln den Puls des Sektors, also kulturelle und soziale, gesellschaftliche Informationen“.</p>
<p><b>Interview 10: EBLIDA (Übersetzung)</b></p>	<p>„Alle politischen Fragen, die Bibliotheken betreffen, sind auch EU-Fragen und von den EU-Institutionen beeinflusst. Das betrifft Regulierungen, Gesetze oder Fördermittel. Alle politischen Aktivitäten der EU im Kulturbereich betreffen EBLIDA und dessen Mitglieder.</p>	<p>„Wir nutzen alle Strategien. Welche im konkreten Fall hängt allerdings vom Thema ab. Im letzten Jahr war ein Hauptthema das Urheberrecht. Das war öffentlichkeitswirksam. Deswegen eher direkte Strategie. Es dominierte lauter Protest, den wir auch</p>	<p>„Das EU-Parlament ist für uns die wichtigste Institution. Es hat eine wichtige Stellung im EU-Entscheidungsprozess und kann EK-Gesetzesvorschläge beeinflussen. Die Abgeordneten sind unsere engen Vertrauten aus den einzelnen Ländern und geben uns</p>	<p>„Wir betreiben insbesondere Lobbying mit Briefen, Pressemitteilungen oder Nachrichten an MdEPs und Beamte, die mit EBLIDA kooperieren. Daneben organisieren wir jährlich eine Bibliotheksmesse im EU-Parlament für MdEPs und verschiedene</p>

	<p>Und ja, es ist europäischer geworden, die Kulturpolitik ist sehr viel abhängiger von den Entscheidungen der EK. Sie beeinflusst viele Aktivitäten bezüglich Arbeit und Erziehung, Gesellschaft oder Nachhaltigkeit“.</p>	<p>mitorganisiert haben, also über die Mittel von voice-Strategien haben wir uns Öffentlichkeit für das Thema verschafft. Wir schreiben auch Briefe, und wenden alle mögliche Lobbyingaktivitäten an. Aber öffentliche Strategien spielen die wichtigste Rolle. Während Corona und bezüglich der SDGs sind jedoch direkte Strategien mit Politikeraustausch am besten. Nur so haben wir schnelle Informationen zu Fonds und Fördermitteln in Austausch mit Politikern für unsere Mitglieder erhalten. Es geht Hand in Hand. Der direkte Austausch ist nur dann effektiv und effizient, wenn wir auch indirekt arbeiten. Das unterstützt den Austausch mit Politikern und die Positionierung in der Öffentlichkeit und steigert somit den Erfolg des Austausches. Das Ziel ist eine nachhaltige Dauerpräsenz und die Schaffung von politischen Mehrheiten für unsere Anliegen. Es ist zudem</p>	<p>Informationen aus erster Hand für unsere Mitglieder. Die EK steht, was die Anzahl der Kontakte angeht, an zweiter Stelle. Der EU-Ministerrat wird insbesondere durch die nationalen Verbände oder durch lokale Institutionen angesprochen und ist deshalb nicht unser Main-Target. Wir schauen uns das Amtsblatt und die Pressektion der EU-Kommission an, dort werden die aktuellen und geplanten Drafts kommuniziert. Das ist dann der Zeitpunkt, an dem wir mit der Interessenvertretung beginnen“.</p>	<p>Veranstaltungen. Dort präsentieren wir das Beste, was der Sektor zu bieten hat und kommen ins Gespräch mit den Parlamentariern. Ein perfekter Ort, um Informationen und Bedürfnisse unserer Mitglieder vorzutragen. Bei neuen Direktiven entwickeln wir juristische Handreichungen“.</p>
--	---	--	---	---

		<p>wichtig Bewusstsein zu schaffen für unsere Ziele und die Bedeutung des Sektors. Dafür sind öffentlichkeitswirksame Kampagnen essentiell. Auf der europäischen Ebene brauchen die politischen Prozesse viel Übersetzung und vorausschauende Konzeption, bestimmte Dinge haben nicht gleichen Stellenwert für die EU-Institutionen, als sie das für uns oder die Mitgliedsstaaten haben. Zuständige Verantwortliche haben oft andere Ansichten. Man lernt in der Interessenvertretung voneinander. Der strukturierte Dialog mit seinen direkten Austauschgremien hilft dabei, uns eine Stimme in diesem Gewirr an Institutionen und Bürokratie zu verschaffen. Wegen unserer begrenzten Mittel müssen wir Multiplikatoreffekte schaffen“.</p>		
<p><b>Interview 11: OPERA- EUROPA (Übersetzung)</b></p>	<p>„Unsere Mitglieder wollen Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern, kulturellen Austausch über</p>	<p>„Wir versuchen die Vorstellungen unserer Mitglieder zu erfassen und diese auf der europäischen Ebene</p>	<p>„Wir sind nie direkt mit den EU-Kulturinstitutionen in Kontakt, außer im Bezug auf unsere Projekte. Unser</p>	<p>„Wir bereiten wissenschaftliche Informationen auf, Umfragen und Veröffentlichungen für Mitglieder oder</p>

	<p>Aufführungen, Konzepte, Audience-Building und Beratung zu internationalen künstlerischen Fragen und Techniken. Organisationen wie Pearl oder Cultural Action Europe helfen uns dabei, bessere Zugänge zu Fördermitteln zu erhalten und informieren uns über die Finanzierungsmöglichkeiten durch die europäischen Institutionen. Daneben tauschen sich die Mitglieder untereinander darüber aus, wie Anträge verfasst werden müssen. Die Dachverbände erstellen Leitlinien und Grundsatzpapiere, die uns dabei helfen, diese Mittel zu beantragen und abzurufen“.</p>	<p>umzusetzen, und die Informationen für all unsere Mitglieder bereitzustellen. Wir vertreten da einen Servicegedanken. D.h. wir betreiben keine strikte politische Positionierung, aber gestalten OPERAEU-ROPA als wichtiges Instrument auf der nationalen Ebene aus, wenn Opernhäuser oder der Sektor in einem Land Unterstützung benötigt, dann setzen wir uns ein, schreiben Briefe, geben Statements ab. Das ist eine wirksame indirekte Strategie. Wir stellen europäische Öffentlichkeit für nationale Thematiken her. Wir sind eine sehr diskrete Organisation und generieren wenig Öffentlichkeit über Medien und Presse. Mit der Öffentlichkeit sind wir im Austausch über OPERAVISION unserem von der EU geförderten Online-Portal für Oper. Das ist ein öffentlicher Kanal und eine Website zur Diversität der Oper in Europa und soll dabei</p>	<p>Intermediär ist die NGO Cultural Action Europe“.</p>	<p>entwerfen Benchmarking-Tools für das Lobbying der einzelnen Mitglieder in den Ländern (Produktivität, Arbeitsmarktregulierungen, was tut der Sektor, Subventionen). Diese nutzen die Mitglieder dann zur Arbeit und zur Argumentation in den jeweiligen nationalen Kontexten. Wir geben wissenschaftliche Informationen durch Umfragen, Studien und Veröffentlichungen heraus. Die Benchmarking-Tools dienen für das Lobbying der einzelnen Mitglieder in den Ländern (Produktivität, Arbeitsmarktregulierungen, was tut der Sektor, Subventionen) als Argumentationsgrundlagen gegenüber den nationalen Regierungen“.</p>
--	--	--	---	---

		<p>helfen, die Relevanz und Bedeutung des Sektors einem breiten Publikum erfahrbar zu machen. Eine andere Säule ist die Mitgliederkommunikation, also die Information der Mitglieder über die geleistete Arbeit via Rundschreiben und Mitteilungen die wichtigere Rolle“.</p>		
<p><b>Interview 12:</b> <b>EU-Kommission DG Culture</b> <b>(Übersetzung)</b></p>	<p>„Expertenwissen und sektorales Wissen aus den Ländern ist sehr essenziell für uns. Die Reports spielen wichtige Rolle aus allen Mitgliedsstaaten. Die wichtigen Themen eines Landes sind oft auch für uns und andere Länder relevant. Jedes Land will seine Ideen einbringen, was über die OMK geschieht. Die Sektorenvertreter und Programme wie „European Voices of Culture“ stellen sicher, dass auch die Kultursektoren und deren Stakeholder eine Stimme erhalten. Man muss die Basis dieser Organisationen zusammenbringen und alle Mitgliedsstaaten zusammenführen,</p>	<p>„Zwischen der Kulturverbänden herrscht eine Kombination von Wettbewerb und Kooperation, Akzeptanz und Kollaboration bei großen Fragen. Creative Europe mixt verschiedene Sektoren, ob Tanzperformance, Theater, Museum, Kunst etc. Viele Verbände mixen ebenso die Sektoren, Definitionen wer was macht sind oft nicht strikt oder valide. Es gibt Spannungen. Jeder denkt er ist wichtiger als der anderer. Wettbewerb um die besten Informationen ist prinzipiell gut für uns und auch im Sinne der EU, solange es nicht zu einem zu sehr fragmentierten</p>	<p>„Es geht dabei oft um die Frage, welche Netzwerke beteiligt werden. Es gibt Calls und offene Einladung auf denen sich alle bewerben können. Bei den Netzwerken gibt es einen Wettbewerb zur Finanzierung. Es gab einen Open Call für den ersten strukturierten Dialog. Die europäische Relevanz einer Kulturvereinigung war dabei ein wichtiges Kriterium für uns und dass die Verhandlungspartner des Dialogs nach Brüssel kommen können. Wir wollen gezielt europäische Kulturinteressenvertreter damit aufbauen. Wir brauchen nationale Organisationen dafür. Aber es sind zu</p>	<p>„Es ist ein transversales Prinzip, welches wir nutzen. Durch unsere Inklusionsprogramme ergibt sich die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Netzwerke. Die Reports unserer Netzwerkpartner beeinflussen die Beamten in der EK und helfen bei der Gestaltung der Proposals und Drafts. Vom ersten Proposal über die Verhandlungen und immer wieder werden Informationen von allen Stakeholdern benötigt. Kultur wird anders wahrgenommen. Es ist wichtiger geworden als Politikfeld. Jeder Akteursblock ist in ständiger Verhandlung. Die Drafts werden auf Basis neuer</p>

	<p>besonders bei der Konzeption und den Verhandlungen zum neuen „Creative Europe-Programm“. Es besteht eine große Wichtigkeit bei Verhandlungen den Konsens der 27 Staaten herzustellen. Es braucht die MdEPs von all diesen Staaten. Wir müssen deswegen wissen, was wichtig ist, in welchem Land. Es gibt so viele unterschiedliche Interessen, alle unterschiedlichen Stimmen und dann auch die Zivilgesellschaft. Nur das „mixing all that together“ schafft Relevanz und Effizienz“.</p>	<p>System der Interessenvertretung, der Kulturpolitiken und Sektoren führt. Kultur ist sowieso schon kein großes Politikfeld. Uns fehlen ja personelle Ressourcen. Wir sind 17 Referenten in 2 Abteilungen, die nur für Kultur zuständig sind. Nicht einmal ein Referent für jeden Mitgliedsstaat. Und es gibt viele kleine Sektoren mit geringer Stimme. an muss zusammenkommen, um eine stärkere Stimme zu haben. Jede Meinung ist wichtig, aber die Vereinigung und der „common ground“, die Konsensfindung sind essentiell, um den Sektor ganzheitlich zu stärken. Am Ende gibt es einen besseren Gesetzestext, wenn alle Stimmen gehört wurden, aber er wird noch besser, wenn all diese Stimmen kohärent kondensiert werden“.</p>	<p>viele. Deren Interessen sind zu fragmentiert. Wir versuchen im Rahmen der Professionalisierung der EU-Kulturpolitik europäische Organisationen aufzubauen und die bestehenden zu unterstützen, so dass sie uns mit ihrer Expertise zur Seite stehen. Es ist unser Ziel, eine europäische Sphäre für die Repräsentanz des Sektors zu schaffen. Es benötigt einen „Sense of Belonging“, eine gemeinsame Zusammenarbeit, europäische Gemeinschaft und Öffentlichkeit. Es geht nicht darum die nationale Identität abzulegen und nicht mehr national aktiv zu sein, sondern eine europäische Ebene hinzuzufügen und den Wahrnehmungshorizont zu erweitern. Dies dient dem Ziel der Friedenssicherung. Aber auch der Förderung und Verbreitung unserer gemeinsamer kultureller Werte und Lebensweise. Wir wollen affirmativ sein und</p>	<p>Kenntnisse immer wieder geändert. Dann folgen die Finalisierung und Implementierung. Das Arbeitsprogramm für Creative Europe, die damit einhergehende Zielformulierung, auch auf Basis der Informationen, was möglich ist und die Erreichung der Ziele dort, Prioritäten, Ziele, Guidelines. Auf all das wird von Seiten unserer Partner Einfluss genommen. Die Interessenvertreter spielen eine entscheidende Rolle, um die Programme europaweit zu legitimieren. Es ist unmöglich von Brüssel und der Metaebene der europäischen Verwaltung zu antizipieren was in den Mitgliedsstaaten relevant ist und welche Bedürfnisse die kulturellen Akteure in den Ländern haben. Wir haben lediglich den Blick aufs große Ganze, auf Brüssel und die Metaebene. Über die Beteiligung von Interessenvertretern werden „Legacy“, die Effektivität der Programme</p>
--	---	---	--	---

			<p>kooperieren. Kulturpolitik bringt diese Werte zusammen, Menschenrechte und Friedenssicherung. Die nationalen Interessenvertreter müssen dennoch auch auf EU-Ebene zusammenkommen. Beim Aufbau eines europäischen Systems der Kulturinteressenvertretung kooperieren wir schließlich mit ihnen. Die nationale Ebene ist zudem wegen der Finanzierung sehr wichtig. Wir träumen ja in der Kulturpolitik oft von der Schaffung eines neuen Europas, das alle Kultursektoren zusammenbringt und zur Arbeit über die Grenzen hinweg führt, mit anderen Menschen, mit anderen Kulturen. Das soll den Horizont erweitern und Kreativität fördern und diese Entwicklung eines professionellen Systems von Interessenvertretern hilft, mit den regionalen und nationalen politischen Institutionen zusammenzuarbeiten“.</p>	<p>und Policy-Outputs, sowie die demokratische Akzeptanz gegenüber den politischen Entscheidungen in diesem schwach integrierten Politikfeld gesteigert“.</p>
--	--	--	---	---



## **Eidesstattliche Erklärung**

zur Masterarbeit Politikwissenschaft –

Affaires européennes/Affaires internationales

Name: Hanschke

Vorname: Kevin

Ich versichere, die Masterarbeit selbstständig und lediglich unter Benutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfasst zu haben.

Ich erkläre weiterhin, dass die vorliegende Arbeit noch nicht im Rahmen eines anderen Prüfungsverfahrens eingereicht wurde.

09.05.2021

---

(Datum und Unterschrift Kandidat/in)